Kreistag Unstrut-Hainich-Kreis Mühlhausen, 28.03.2023

Niederschrift über die 27. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 06. März 2023

Tagungsort:	Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Lindenhof 1, Barbaraheim
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	21:56 Uhr
Sitzungsleitung:	stellvertretender Kreistagsvorsitzender, Herr Jörg Klupak (bis TOP 7 und TOP 17)
	Kreistagsvorsitzender, Herr Jeremi Schmalz (ab TOP 8, außer TOP 17)
Schriftführung:	Büro Kreistag

Anwesenheiten:

Landrat, Harald Zanker

- **CDU-Fraktion:**
  Conrad, Matthias
  Croll, Jane (bis 21:16 Uhr)
  Holzapfel, Elke
  Hunstock, Manfred
  Kühler, Tobias
  Lehmann, Annette (bis 21:48 Uhr)
  Lutze, Karsten
  Mascher, Reinhard
  Roth, Hans-Joachim
  Dr. Scharf, Eberhard
  Schmalz, Jeremi
  Zunke-Anhalt, Klaus

- **SPD-Fraktion:**
  Dr. Bruns, Johannes (bis 21:48 Uhr)
  Gött, Jürgen
  Henning, Andreas
  Kleemann, Dagmar
  Klupak, Jörg
  Niebuhr, Matthias
  Shevchenko, Oleg
  Wacker, Martin
  Zanker, Claudia

- **AfD-Fraktion**
  Görbig, Iven
  Kleinschmidt, Angelika
  Kleinschmidt, Detlef
  Lindner, Andreas
  Poppner, Ronny Hermann
  Sell, Stefan

- **Fraktion Freie Wähler-Unstrut-Hainich**
  Montag, Karl-Josef
  Reinz, Matthias (bis 21:16 Uhr)
  Riemann, Jan (bis 21:16 Uhr)
  Wronowski, Torsten
  Zehaczek, Uwe

- **Fraktion DIE LINKE**
  Eger, Cordula
  Kubitzki, Jörg
  Ortmann, Monika
  Pollak, Petra
  Rebenschütz, Anja

- **Fraktion B'90 / DIE GRÜNEN**
  Gaßmann, Tino
  Schlegel, Edgar

- **FDP-Fraktion**
  Groß, Marko
  Dr. Kappe, Alexander

- **fraktionslose Kreistagsmitglieder**
  Kirchner, Björn Guido
  Kunze, Jens

- **entschuldigt gefehlt:**
  Ahke, Thomas
  Boelecke, Bastian
  Reidat, Jens

- **Verwaltung**
  Frau Engelhardt-Schütze, FBL 1
  Frau Junker, Kreistagsbüro
  Frau Zimmermann, Kreistagsbüro
  Herr Mock, Webmaster
  Herr Grabe, FD Informationstechnik
  Herr Piontek, FD Informationstechnik
  Frau Richardt, FDL Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
  Frau Jünemann, FDL Finanzen

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

3 Bestätigung der Tagesordnung

4 Vorstellung der Ergebnisse des Umsetzungscontrolling gemäß Kreistagsbeschluss KT/B/345-22/2022 vom 25. April 2022 mit anschließender Aussprache

5 Anfragen aus dem Kreistag

6 Bürgeranfragen

7 Wahl eines / einer Kreistagsvorsitzenden

8 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 11. Juli 2022

9 Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 05. September 2022

10 Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Haushalts- und Finanzausschuss

11 Bestellung eines Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

12 Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten

13 Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales

14 Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Rechnungsprüfungsausschuss

15 Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten

16 Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes des Unstrut-Hainich-Kreises

17 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Sportbeirat Unstrut-Hainich-Kreis

18 Bestellung eines stellvertretenden Verbandsrates für Frau Elke Holzapfel in den Zweckverband Mühlhäuser Museen

19 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für Frau Annette Lehmann in die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen

20 Fortschreibung Schulnetzplan - Schließung des FÖZ "An der Salza" in Bad Langensalza zum 31.07.2023

21 Fortschreibung Schulnetzplan - Schließung des Seilergymnasiums Schlotheim zum 31.07.2025

22 Fortschreibung Schulnetzplan - Standortwechsel der Grundschule Schlotheim zum 01.08.2026

23 Beschluss der 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Unstrut-Hainich-Kreises für den Zeitraum 2023 - 2025

24 Beschluss des Antrages auf Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 Abs. 2 Ziffer 1 Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG)

25 Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 sowie des Finanzplanes für den Zeitraum 2022 - 2026 des Unstrut-Hainich-Kreises und Verweisung in die Ausschüsse außer Rechnungsprüfungsausschuss

26 Ergänzungswahl eines Kreistagsmitgliedes der CDU-Fraktion und eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich

27 Bestellung von Katharina Mock zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

28 Bestellung von Doreen Duda zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

29 Öffentliche Ausschreibung NR. 082-2022-UHK-IT_Los 1: Umsetzung Digitalpakt Grund- und Regelschule Schlotheim - Elektroinstallation

30 Vorschlagsliste des Unstrut-Hainich-Kreises für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Nordhausen

31 Verlängerung des Mietvertrages für die Blöcke 4 und 5 der Wohnsiedlung Am Flugplatz Obermehler mit einer Kapazität von maximal 350 Plätzen für die Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft

32 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigen Mitgliedes der AfD-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss

33 Antrag der AfD-Fraktion: Alleen pflanzen und pflegen

34 Beteiligungsbericht des Unstrut-Hainich-Kreises 2021

35 Bericht des Landrates zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr. KT/B/407-24/2022 vom 05. September 2022 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne: Zustand der Löschwasserversorgung im Unstrut-Hainich-Kreis

Nichtöffentlicher Teil

36 Offenes Verfahren Nr. 178-2022-UHK-BKR: Kommunikationssystem Zentrale Leitstelle Unstrut-Hainich-Kreis

37 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 01
Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Kreistagsvorsitzende, Herr Klupak eröffnete die Sitzung des Kreistages und begrüßte die Kreistagsmitglieder, den Landrat, die Gäste, den Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter des Landratsamtes.

Zum TOP 02
Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Klupak gab bekannt, dass sich derzeit 41 Kreistagsmitglieder im Saal befinden würden und somit die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Die Einladung sei ordnungsgemäß erfolgt.

Er wolle zu Beginn einen Hinweis geben: Im Namen der Schüler, Eltern und Lehrer des Förderzentrums Bad Langensalza liege ein Appell mit der Bitte um Berücksichtigung auf den Plätzen der Kreistagsmitglieder aus.

Weiterhin möchte er bekanntgeben, dass Herr Manfred Hunstock, CDU-Fraktion, mit Schreiben vom 23. Februar 2023 die Ehrenerklärung als Mitglied des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises gemäß des Kreistagsbeschlusses vom 02.12.2020 abgegeben habe.

Des Weiterhin wolle er auf Folgendes hinweisen:

Im § 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises heiße es:

„Unentschuldigtes Fehlen wird nach vorheriger schriftlicher Anhörung des Kreistagsmitgliedes durch den Kreistagsvorsitzenden, der sich hierfür des Kreistagsbüros bedienen kann, in der darauffolgenden Sitzung durch den Kreistagsvorsitzenden öffentlich festgestellt. Gegen Kreistagsmitglieder, die sich der Verpflichtung aus Absatz 1 ohne genügende Entschuldigung entziehen und dies vom Kreistagsvorsitzenden nach Satz 1 festgestellt wird, kann der Kreistag durch Beschluss für jedes unentschuldigte Fehlen ein Ordnungsgeld in Höhe von 150,00 EUR verhängen.“

In der Kreistagssitzung am 07. November 2022 haben Herr Uwe Zehaczek und Herr Björn Guido Kirchner unentschuldigt gefehlt. Die beiden Herren wurden mit E-Mail am 16. November 2022 angehört.

Herr Zehaczek hatte eine Sitzung in der Gemeinde. Durch eine Vielzahl an Sitzungen zur damaligen Zeit, auch in der Gemeinde, in Vorbereitung auf den Haushalt 2023 und anderer wichtiger Themen, hatte er es versäumt sich satzungsgemäß abzumelden.

Herrn Kirchner seine Tochter wurde an diesem Tag geboren. Daher hatte er es versäumt sich für die Sitzung zu entschuldigen.

Diese beiden Entschuldigungen wurden von ihm als stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden akzeptiert.

In der Kreistagssitzung am 21. Februar 2023 haben Herr Thomas Ahke, Herr Björn Guido Kirchner, Frau Petra Pollak und Herr Ronny Hermann Poppner unentschuldigt gefehlt. Die Anhörungen wurden mit Mail vom 24. Februar 2023 versandt.

Herr Ahke führte aus, dass dienstliche Gründe einer Teilnahme im Weg gestanden haben. Dafür hat Herr Ahke sich nachträglich entschuldigt.

Herr Kirchner habe aufgrund von Personalengpässen seitens Arbeitgeber momentan größere Verpflichtungen, so dass er nicht immer alle Termine wahrnehmen könne oder diese, wie im vorliegenden Fall, schlicht vergesse.

Von Frau Pollak und Herrn Poppner gebe es bisher keine Rückmeldung zur Anhörung.

Herr Poppner redete vom Platz aus.

Herr Klupak gab bekannt, dass er diesen Grund akzeptiere.

Frau Pollak redete vom Platz aus.

Herr Klupak bat Frau Pollak, dies am Mikrofon zu wiederholen. Die Entschuldigung des Herrn Poppner, Fehlen aufgrund von Urlaub, habe er zur Kenntnis genommen.

Frau Pollak bat förmlich um Entschuldigung für ihr Fehlen bei der Kreistagssitzung. Ihre Sekretärin hatte den Termin gestrichen, da sie Kreisausschuss mit Kreistag verwechselt habe. Im Übrigen wäre sie aber auch wegen anderer Verpflichtungen nicht anwesend gewesen, da sie zur Zeit eine weitere ehrenamtliche Tätigkeit ausübe, die sie sehr in Anspruch nehme.

Herr Klupak erwiderte, dass er dies so zur Kenntnis nehme und akzeptiere.

Herr Klupak stellte fest, dass Herr Poppner seine Entschuldigung am Mikrofon wiederholen wolle.

Herr Poppner merkte an, dass er im Urlaub gewesen und erst am 25. Februar wiedergekommen war. Die Anhörung habe er auf seinem Laptop übersehen, sonst hätte er geantwortet.

Herr Klupak erwiderte, dass er dies so zur Kenntnis nehme und akzeptiere.

Zum TOP 03
Bestätigung der Tagesordnung

Herr Klupak gab folgende Information zum TOP 26: Hier werde die Bezeichnung redaktionell geändert. Es sei zu streichen „eines Kreistagsmitgliedes der CDU-Fraktion und“. Somit heiße der Tagesordnungspunkt richtig: „„Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich“.

Der Landrat beantragte die Aufnahme eines neuen TOP 36 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit: „Übertragung der Zuständigkeit des Kreistages gem. § 26 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Unstrut-Hainich-Kreis bezüglich der Vergabe Brunnenstraße 94 – Natursteinfassade auf den Kreisausschuss“

Zur Begründung sei zu sagen, dass diese Arbeiten zwingend notwendig seien. Es bestehe ein rechtlicher Anspruch für den Mietsvertragspartner, den TLBV. Aufgrund von Baumaßnahmen seien unter anderem Öffnungen für Fluchttüren geschaffen worden. Diese Bereiche müssen weiter bearbeitet werden. Es gebe technische Vorschriften, wie die Übergänge gestaltet werden müssen, um Wärmebrücken und Feuchtigkeitseindringungen zu verhindern.

Die Kreisausschussmitglieder kennen diese Vergabe. Bei der letzten Ausschreibung sei sie durch einen Subunternehmer fehlgeschlagen.

Es besteht zwingender Handlungsbedarf, da diese Maßnahme bis Mitte Mai abgeschlossen sein soll. Vertraglich bestehe dieser Rechtsanspruch für das Gebäude Brunnenstraße 94. Aus den genannten Gründen und damit nicht noch eine zusätzliche Kreistagssitzung durchführen zu müssen, bitte er um Zustimmung.

Herr Görbig redete vom Platz aus.

Herr Klupak wiederholte, dass bitte der TOP 33 auf der Tagesordnung zu streichen sei.

Weitere Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Herr Klupak rief zur Abstimmung über den Antrag des Landrates auf, im Rahmen der Dringlichkeit einen neuen TOP 36 aufzunehmen:

- Übertragung der Zuständigkeit des Kreistages gem. § 26 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Unstrut-Hainich-Kreis bezüglich der Vergabe Brunnenstraße 94 – Natursteinfassade auf den Kreisausschuss

  Der Antrag wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen angenommen.

Herr Klupak rief zur Abstimmung über die geänderte Tagesordnung auf. Sie wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

3 Bestätigung der Tagesordnung

4 Vorstellung der Ergebnisse des Umsetzungscontrolling gemäß Kreistagsbeschluss KT/B/345-22/2022 vom 25. April 2022 mit anschließender Aussprache

5 Anfragen aus dem Kreistag

6 Bürgeranfragen

7 Wahl eines / einer Kreistagsvorsitzenden

8 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 11. Juli 2022

9 Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 05. September 2022

10 Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Haushalts- und Finanzausschuss

11 Bestellung eines Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

12 Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten

13 Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales

14 Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Rechnungsprüfungsausschuss

15 Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten

16 Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes des Unstrut-Hainich-Kreises

17 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Sportbeirat Unstrut-Hainich-Kreis

18 Bestellung eines stellvertretenden Verbandsrates für Frau Elke Holzapfel in den Zweckverband Mühlhäuser Museen

19 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für Frau Annette Lehmann in die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen

20 Fortschreibung Schulnetzplan - Schließung des FÖZ "An der Salza" in Bad Langensalza zum 31.07.2023

21 Fortschreibung Schulnetzplan - Schließung des Seilergymnasiums Schlotheim zum 31.07.2025

22 Fortschreibung Schulnetzplan - Standortwechsel der Grundschule Schlotheim zum 01.08.2026

23 Beschluss der 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Unstrut-Hainich-Kreises für den Zeitraum 2023 - 2025

24 Beschluss des Antrages auf Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 Abs. 2 Ziffer 1 Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG)

25 Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 sowie des Finanzplanes für den Zeitraum 2022 - 2026 des Unstrut-Hainich-Kreises und Verweisung in die Ausschüsse außer Rechnungsprüfungsausschuss

26 Ergänzungswahl eines Kreistagsmitgliedes der CDU-Fraktion und eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich

27 Bestellung von Katharina Mock zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

28 Bestellung von Doreen Duda zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

29 Öffentliche Ausschreibung NR. 082-2022-UHK-IT_Los 1: Umsetzung Digitalpakt Grund- und Regelschule Schlotheim - Elektroinstallation

30 Vorschlagsliste des Unstrut-Hainich-Kreises für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Nordhausen

31 Verlängerung des Mietvertrages für die Blöcke 4 und 5 der Wohnsiedlung Am Flugplatz Obermehler mit einer Kapazität von maximal 350 Plätzen für die Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft

32 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigen Mitgliedes der AfD-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss

33 Beteiligungsbericht des Unstrut-Hainich-Kreises 2021

34 Bericht des Landrates zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr. KT/B/407-24/2022 vom 05. September 2022 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne: Zustand der Löschwasserversorgung im Unstrut-Hainich-Kreis

35 Übertragung der Zuständigkeit des Kreistages gem. § 26 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Unstrut-Hainich-Kreis bezüglich der Vergabe Brunnenstraße 94 – Natursteinfassade auf den Kreisausschuss

Nichtöffentlicher Teil

36 Offenes Verfahren Nr. 178-2022-UHK-BKR: Kommunikationssystem Zentrale Leitstelle Unstrut-Hainich-Kreis

37 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 04
Vorstellung der Ergebnisse des Umsetzungscontrollings gemäß Kreistagsbeschluss KT/B/345-22/2022 vom 25. April 2022 mit anschließender Aussprache

Der Landrat beantragte gemäß § 14 Abs. 9 der Geschäftsordnung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises, Herrn Neuse, Mitarbeiter Rödel & Partner, das Rederecht zu erteilen. Herr Seitz, Rödel & Partner, kann aufgrund von Bahnverspätungen leider nicht anwesend sein.

Herr Klupak rief zur Abstimmung über den Antrag auf, Herrn Neuse Rederecht zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen angenommen.

Herr Neuse gab bekannt, dass er die Abschlusspräsentation zum Umsetzungscontrolling vorstellen wolle. Sein Name sei Marcel Neuse, er sei Manager im Unternehmen Rödel & Partner und er durfte das Projekt seit Mitte letzten Jahres vollumfänglich begleiten.

Anhand einer Power-Point-Präsentation führte er zu folgenden Punkten umfangreich aus:

- Ausgangslage und Zielsetzung
- Ursprüngliches Einsparpotenzial
- Projektplan - Umsetzungscontrolling HSK
- Methodische Umsetzung (Vorbereitung, Durchführung, Auswertung / Ergebnis
- Übersicht Maßnahmen nach Fachbereichen
- Maßnahmenüberblick Gesamtverwaltung

- Erläuterung der Einsparmaßnahmen nach Fachbereichen, jeweils unterteilt in Maßnahmenüberblick, Einsparungen ursprünglich kumuliert, Darstellung abgebrochene Maßnahmen, Darstellung beendete Maßnahmen, Darstellung Maßnahmen in Umsetzung, grafische Darstellung der Zusammenfassung Ursprünglicher Plan und Aktuelles Ist kumuliert

    - Fachbereich Landrat
    - Fachbereich Innere Verwaltung
    - Fachbereich Öffentliche Ordnung
    - Fachbereich Jugend, Soziales, Gesundheit

- Gesamtübersicht

- Ursprünglicher Plan und Aktuelles Ist kumuliert

- Ausblick und Fazit

- Schließen der Lücke der Einsparpotenzialen in 3 Schritten

Herr Roth fragte Herrn Neuse, wie sich die 867 TEUR bei der Schulnetzplanungsänderung zusammensetzen?

Herr Neuse gab bekannt, dass letztendlich 2023 eine Schließung erfolgt sei und 2024 eine Schließung erfolgen soll. Im Jahr 2023 sei das das Gymnasium Schlotheim. Das führe zu Einsparungen von Personalkosten und ergebe letztendlich die 867 TEUR.

Es gab einen Zwischenruf aus dem Saal, dass die noch offen sei.

Herr Neuse erwiderte, dass dies vom jeweiligen Fachdienst so genannt worden sei.

Herr Roth merkte an, dass er wohl wisse, dass Herr Neuse auf die Informationen angewiesen sei, die er vom Landratsamt bekomme. Sei in diesen 867 TEUR der Verkauf des Gebäudes in Bad Langensalza mit einberechnet?

Herr Neuse antwortete, soweit er den Beträgen das entnehmen könne, könnte er es daraus schließen. Eine genaue Rückmeldung bei den Bemerkungen stehe da nicht.

Der Landrat wandte sich an Herrn Roth. Der Bericht heiße und so sei es vom Kreistag beschlossen worden, bis 2024. Da seien natürlich die Zahlen von 2023 und 2024 enthalten. Wenn man seinen sehr ausführlichen Ausführungen am 21. Februar gefolgt sei, habe man gesehen, wie sich die einzelnen Positionen zu den einzelnen Schulen darstellen. Das sei natürlich summarisch bis einschließlich 2024 aufgezählt. Damit werde man nicht nur keinen Haushaltsplan haben, sondern man werde auch die Auflagen für die Bedarfszuweisung für Rödel & Partner nicht erfüllen. Wenn heute anders beschlossen werde, gebe es nicht nur keinen Haushalt und keine Bedarfszuweisung, sondern man werde auch keine HSK-Verlängerung bekommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Klupak beendete den Tagesordnungspunkt.

Zum TOP 05

01. Anfrage des Herrn Groß, FDP-Fraktion (aus der Kreistagssitzung vom 07.11.2022):
verlesen durch Herrn Klupak

„Wie hoch war der letztjährige Gasverbrauch bei jedem einzelnen unserer Schulstandorte?“

Der Landrat antwortete, dass er die vielen Zahlen nicht vortragen wolle. Man habe die Verbräuche nach Schulen aufgelistet. Wichtig sei, wenn man mit den Zahlen umgehe, dass man aufgrund Corona keine vergleichbaren Entwicklungen darstellen könne, da die Nutzungen der Schulen sehr unterschiedlich gewesen waren.

Die Antwort gehe morgen allen Kreistagsmitgliedern per Mail zu.

Der Vollständigkeit halber erfolgt die Aufnahme der Antwort in die Niederschrift:

„Nachstehend erhalten Sie den aktuellen Gasverbrauch aus dem Jahr 2022 der jeweiligen Schulen:

Zu beachten ist, dass aus den nachfolgenden Daten keine Schlüsse zum Vergleich unter den jeweiligen Schulen gezogen werden können, da unterschiedliche Versorgungsbereiche in Größe und Bauphysik zugrunde liegen.

In Bezug auf die gesamte Thematik, aus welcher diese Anfrage entstanden ist, kann gesagt werden, dass das Energiemanagement und der Hochbau bestrebt sind, die Wärmeerzeuger auf Erneuerbare Energie umzustellen. Dementsprechend wurden bereits Gespräche mit Bürgermeistern geführt. Ziel war es, den Kontakt zu Betreibern der ortsansässigen Anlagen (z.B. Biogasanlagen) herzustellen und eine Anbindung zu der jeweiligen Schule zu eruieren.

Liegenschaft	*Verbrauch (kWh)*
SGS Daltonschule Unstruttal	*88.518*
SGS Großengottern	*206.895*
SGS Katharinenberg	*163.079*
SGS Martinischule	*298.318*
SGS Nikolaischule	*404.590*
SGS Schönstedt	*229.681*
SGS Sebastian-Kneipp-Schule	*282.704*
SGS Vogteischule	*246.034*
SRS Am Nationalpark Hainich	*474.127*
SRS Wiebeckschule	*291.559*
SRS Forstbergschule (inkl. SGS)	*455.561*
SRS Langula	*181.882*
SRS Novalisschule	*417.946*
SRS Petrischule	*432.399*
SRS Schlotheim (inkl. SGS)	*74.792*
SRS Thomas-Müntzer-Schule	*343.488*
SRS Unstruttal	*429.777*
TGS Johann Wolfgang von Goethe	*393.540*
TGS Menteroda	*189.799*

SGym Salza-Gymnasium	*237.871*
SGym Seiler-Gymnasium (inkl. Halle und Bad)	*891.734*
SGym Gymnasium Großengottern	*315.961*
FÖZ An der Salza (inkl. SGS Hufeland)	*610.052*
FÖZ Pestalozzi ST Rosenhof	*156.315“*

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt. Damit war die Fragestunde beendet.

Zum TOP 06
Bürgeranfragen

Bürgeranfrage Herr Florian Kliewe

„Ich bin Florian Kliewe, Hausarzt in Schlotheim, Notarzt im Unstrut-Hainich-Kreis. Ich habe meine Frage noch mal umformuliert. Es geht um die Gemeinschaftsunterkunft Obermehler. Eine kleine Einführung gewähren Sie mir bitte:

Die Belegung ist von 300 auf 800 Personen erhöht worden, ohne zu hinterfragen, ob die hiesige Infrastruktur dem Ganzen gewachsen ist. Mein Praxisteam und ich behandeln jeden Tag Jeden, der sich auch bei uns vorstellt, auch wenn sie keine Chipkarte haben. Wir machen massiv Überstunden und versuchen trotz aller Probleme, wie beispielsweise bei der Verständigung, für jeden Einzelnen auch Lösungen zu finden und bekommen dafür kein zusätzliches Honorar.

Mit anderen Worten, wir sind bestrebt, eine Lösung zu finden, die im Sinne aller ist, im Sinne aller Beteiligten. Und das bedeutet auch, nicht immer den einfachsten Weg zu gehen. Sie treffen heute hier im Kreistag eine Entscheidung, die die Region und ich unter großen Anstrengungen meistern muss, Entscheidung die unsere Kinder ausbaden müssen. Treffen sie die richtige Entscheidung. Ändern Sie ihre Meinung Herr Landrat, Herr Zanker.“

Herr Klupak unterbrach Herrn Kliewe. Damit sei man bei der Tagesordnung. Er hatte es angekündigt. Herr Kliewe möge eine Frage formulieren.

Herr Kliewe fuhr fort:

„Ich bin gleich fertig, 10 Sekunden noch. Sie haben in 30 Jahren Amtszeit so viel geschafft.“

Herr Klupak unterbrach Herrn Kliewe erneut und bat ihn, seine Frage zu formulieren.

Herr Kliewe fuhr fort:

“Habe ich doch gerade. Wie stellen Sie sich die zukünftige medizinische Versorgung in Obermehler vor?

Und noch eine Frage, die vielleicht auch nicht auf der Tagesordnung steht, auch wenn sie mich jetzt hier abwürgen: 30 Jahre Amtszeit: Wie viele Schulen haben Sie geschlossen und wie viele Schulen haben Sie neu eröffnet? Die Frage habe ich auch noch.“

Der Landrat erwiderte, dass es ihn schon sehr wundere, aber halt nicht immer der Schulabschluss ausschlaggebend sei. Wenn der Versammlungsleiter sage, dass zu Punkten, die auf der Tagesordnung stehen, keine Fragen gestellt werden können, sehe man, wie das funktioniere.

Es gab Zwischenrufe aus dem Saal.

Der Landrat fuhr fort. Langsam, er sei Arzt und wisse genau, dass das, was er gefragt habe, genau auf diese Punkte ziele und dass die andere Frage nicht in seiner Zuständigkeit liege.

Er wolle die Fragen beantworten und Herr Kliewe bekomme das auch gerne noch schriftlich, weil er von 30 Jahren nicht mehr alles genau wisse:

Fakt sei, dass man immer noch die dichteste Schulnetzplanung, an dritter Stelle in Thüringen, habe. Der Unstrut-Hainich-Kreis habe fünf Gymnasien, der Eichsfeldkreis drei und der Kyffhäuserkreis zwei. Fakt sei auch, dass der Unstrut-Hainich-Kreis nur schulorganisatorisch zuständig sei, das heiße, für die Gebäude, das Personal, die Sekretärin, die Reinigungskräfte und die Hausmeister.

Fakt sei auch, dass er nicht Landtagsabgeordneter oder Minister sei oder die Regierung vertrete. Wenn der Landtag Gesetze verabschiede, habe man sich daran zu halten. Er hoffe, dass die Eltern ihren Kindern auch beibringen, dass man sich an Vorschriften halten müsse.

Man habe Schulen geschlossen. Er freue sich sogar über die Frage. Diese Schulschließungen der Gymnasien in der Vogtei und in Mühlhausen haben bewiesen, dass dies damals zu Verbesserungen geführt habe. Man habe sogar eine Grundschule geschlossen, dort wo heute die Volkshochschule sei. Das war die erste Schule, die er geschlossen habe. Er habe damals den Eltern gesagt, dass es in der anderen Schule für die Kinder besser sei, nicht nur Treppenaufgang und Toiletten, sondern auch die Ausstattung. Alle Eltern haben ihm drei Jahre später bestätigt, dass es die richtige Entscheidung gewesen war.

Er akzeptiere, dass die Eltern hier eine ganz andere Auffassung haben als er als Landrat. Trotzdem war es die richtige Entscheidung. Man habe auch gemerkt, dass der Zugang zum Gymnasium anders geworden sei, weil manchmal auch die Kinder sehr schnell und früh aufs Gymnasium gehen und dann eine andere Entscheidung treffen und doch auf die Regelschule kommen.

Er habe versucht, klar zu machen, dass man diese Entscheidung nicht nur vom Haushaltssicherungskonzept her getroffen habe.

Er habe versucht, klar zu machen, dass dieses Gymnasium aufgrund der Haushaltsrahmenbedingungen, die Herr Neuse versucht habe hier darzustellen, in Zukunft qualitativ keinen Sprung nach vorne machen könne. Nicht er als Landrat habe gesagt, man wolle so eine Studie haben und wolle an der Stelle sparen. Man konnte auch sehen, dass gegen seine Überzeugung hier Sparmaßnahmen dargestellt seien.

Man müsse es immer in der Gesamtheit sehen. Wenn der Kreistag der Meinung sei, die Schulen sollen bleiben, dann gebe es keinen Haushalt und das wahrscheinlich nicht nur für dieses Jahr.

Die zweite Frage zur Gesundheit finde er nicht fair, weil Herr Kliewe wisse, dass er alles versucht habe und dafür sogar abgemahnt wurde.

An Herrn Kliewe gewandt meinte er, dass er sitzen bleiben solle. Er habe hier kein Recht, er sei Besucher. Er bitte das auch mal zu akzeptieren. Im Landtag oder im Bundestag würde kein Publikum klatschen. Es handele sich um ein unabhängiges Gremium und die Besucher versuchen mit ihrem Applaus dieses Gremium ganz gezielt zu beeinflussen. Das gebe es nirgendwo.

Er habe damals, als man das aufgebaut habe, einen Vorschlag gemacht, zu dem er stehe, dass man nach Obermehler gehe. Das habe zwei Gründe gehabt: Zum einen waren die Wohnungen schnell verfügbar und zum anderen waren alle Bürgermeister froh, dass sie die Belastung nicht mehr haben, wo man jemanden unterbringe. Zu ihm sei damals sogar gesagt worden, er könne gerne Flüchtlinge bringen, solange sie katholisch seien.

Man habe damals versucht, alles zu tun, weil man sofort so eine große Gemeinschaftsunterkunft hatte, mit den Kassen, dem zuständigen Ministerium und der KV eine Lösung zu finden, wie man abrechne. Dann habe man, weil man keine Unterstützung bekommen habe, es auf die eigene Kappe genommen. Hufeland habe diese Leistung erbracht und man habe es nicht bezahlt bekommen, weil man zurückgepfiffen worden sei.

Wenn man solche Fragen stelle, müsse man so fair sein und darüber berichten, was man gegen Vorschriften und im Interesse auch des Umfeldes versucht habe. Man sei aber nicht zuständig und die zuständigen Behörden haben den Landkreis zurück gepfiffen.

Auch jetzt sei man wieder bemüht und werde es auch hinbekommen, wenn endlich in Erfurt und bei den Kassen akzeptiert werde, dass die Krankenhäuser diese Leistung erbringen können in Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten. Daran arbeite man.

Es sei unfair, in einer Diskussion zur Schulnetzplanung hier so etwas hochzufahren, weil er von keinem anderen aus irgendeiner Region gehört habe, man habe ideale Bedingungen für die Menschen in Obermehler, man habe Wohnungen, Ärzte usw. Auch sei es unfair, dass ihm als Landrat unterstellt werde, dass er seine Arbeit nicht mache. Er glaube, er könne in den Spiegel schauen.

Bürgeranfrage Herr Alexander Blankenburg:

„Sehr geehrter Landrat, sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, ich habe Ihnen ein Schreiben geschickt, in dem ich darauf hingewiesen habe, dass der Schultransport aus manchen Ortschaften aus dem Stadtgebiet Schlotheim nach Mühlhausen zur nullten Stunde nicht möglich ist.

Der Landrat hat in der letzten Sitzung ausgeführt, dass Schüler auch von Schlotheim nach Mühlhausen fahren können. Da hat er Recht, können die. Wir haben aber ca. 100 Schüler von Schlotheim und Körner, die nach Mühlhausen müssen, in einem Bus. Ich möchte gerne einen Bus sehen mit 100 Schülern plus diese Schüler, die noch dazukommen.

Meine Frage ist jetzt, Herr Landrat, wie ist Ihr Konzept, wie zukünftig alle Schüler aus den Ortsteilen von Schlotheim an die Schulen, die Sie vorschlagen, nach Bad Langensalza und nach Mühlhausen kommen? Und haben Sie eine Idee, was das kosten würde?“

Der Landrat merkte an, dass er zu Protokoll geben wolle, so viel zum Thema Schulbildung. Man habe eben gesagt, Applaus sei zu unterlassen, aber es werde weiter applaudiert.

Es gab erneuten Applaus aus dem Saal.

Der Landrat fuhr fort. Dann räume man den Saal.

Auf Zwischenrufe aus dem Saal erwiderte der Landrat, dass das Ordnung sei. Dafür gebe es eine Geschäftsordnung. Man habe ihm vorgeworfen, er halte sich nicht an die Geschäftsordnung und er habe sich daran gehalten. Das habe nichts mit Arroganz zu tun, sondern mit Anstand.

Er wolle die Frage beantworten: Er habe in der Kreistagssitzung am 21. Februar öffentlich mitgeteilt, dass die Kosten kalkuliert seien. Das könne man auch heute deutlich sehen. Die Kreistagsmitglieder haben neue Unterlagen bekommen, in denen die Zahlen angepasst wurden. Die Zahlen, die er am 21. Februar vorgestellt hatte und was in den Beschlussvorlagen enthalten gewesen war, welche die Kreistagsmitglieder vorher bekommen haben, mussten angepasst werden. Man habe die Erhöhung auch dargestellt und nichts weggelassen.

In den Ausschüssen habe er deutlich signalisiert, dass man noch gar nicht wisse, ob die Zahlen überhaupt stimmen. Wenn das 49 EUR Ticket komme, sei alles Makulatur, dann spare er sogar noch Geld. Das heiße, die Einsparung komme dazu. Er gehe davon aus, dass die Eltern logischerweise das 49 EUR Ticket kaufen und nicht das andere Schulticket, welches zu 90 % über diesen 49 EUR liege.

Zur Frage des ÖPNV sei zu sagen, dass er versucht habe, das zu erklären. Man dürfe nicht in den jetzigen Busfahrplan schauen. Wenn der Kreistag die Beschlussvorlagen beschließe, würde der Fahrplan geändert werden. Die jetzigen Linien und Fahrzeiten seien auf den jetzigen Bedarf abgestimmt. Der zukünftige Fahrplan werde auf den neuen Bedarf umgestellt, der dann erst definiert werden könne, wenn alle Anmeldungen für die Gymnasien vorliegen.

Man könne nicht immer bei einer Gebietsreform, bei einer Neugliederung oder was auch immer sämtliche Regionen überarbeiten. Das gehe nicht. Das würden auch andere Gesetze, Verordnungen oder das Konzessionsrecht nicht zulassen. Da seien der Verwaltung die Hände gebunden.

Natürlich sei, dass die Kinder der Gemeinde Nottertal Heilinger-Höhen nicht zusammen in dieselbe Region gehen können. Das heiße, die Orte, die jetzt eine direkte Anbindung nach Bad Langensalza haben, gehen nach Bad Langensalza. Die Busse seien da. Die Schüler, die sich für das Gymnasium Mühlhausen entscheiden, müssen mit dem Bus fahren.

Das Thema nullte Stunde werde jedes Jahr diskutiert, in allen Gymnasien. Das hänge auch mit Lehrern und bestimmten Angeboten zusammen. Deswegen werde auch jedes Jahr der Fahrplan im Sommer und mit der Bahn im Dezember überarbeitet.

Die Frage, die Herr Blankenburg gestellt habe, könne er nicht beantworten. Wie viele Kinder im Bus seien, wisse er noch nicht. Eine Frage könne er aber beantworten. Es sei seit Jahren öffentlich bekannt, dass man das Problem habe, dass die Busse, die von Mühlhausen über Grabe, Körner, Volkenroda, Österkörner Schlotheim, was Regelschule und Gymnasium angehe, überfüllt seien. Daher könne es auch sein, dass es erstmal für die Linie eine Entlastung sei, weil die Schüler von Grabe und Körner nicht mehr nach Schlotheim fahren, sondern nach Mühlhausen. Also werden die Busse in diese Richtung leerer.

Er könne aber nicht beantworten, wie viele Kinder es seien. Fakt sei, dass man das System umstellen müsse, unabhängig der Schülerzahl. Fakt sei auch, dass es keine Leerfahrt geben werde. Vielleicht werde ein Bus dort 10 bis 15 Minuten stehen und müsse dann in der zweiten Welle den Rest mitnehmen. Das könne er aber erst beantworten, wenn der Beschluss gefasst sei und die Anmeldungen vorliegen. Wie immer laufen in den Monaten März und April die Anmeldungen und der Fahrplan werde, wie jedes Jahr, im Mai / Juni angepasst und im Juli bekanntgegeben. Damit wissen die Eltern rechtzeitig vor Schulbeginn, wie die Busse fahren.

Weitere Bürgeranfragen wurden nicht gestellt.

Zum TOP 07
Wahl eines / einer Kreistagsvorsitzenden

Herr Klupak fragte nach Vorschlägen.

Herr Zunke-Anhalt schlug im Namen der CDU-Fraktion Herrn Jeremi Schmalz als Kreistagsvorsitzenden vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht eingereicht.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Klupak bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Klupak stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Klupak gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 41 gültige Stimmen abgegeben worden. Herr Schmalz erhielt 33 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen und sei damit zum Kreistagsvorsitzenden des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises gewählt.

Herr Klupak stellte fest, dass Herr Schmalz die Wahl annehme. Er gratulierte ihm zur Wahl und übergab ihm die Sitzungsleitung.

Herr Schmalz bedankte sich für das Vertrauen. Er wolle zuerst auch noch mal herzlich die Gäste, die Verwaltung und die Kreistagsmitglieder begrüßen.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/456/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises vom 11. Juli 2022 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 23. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 11. Juli 2022 wird genehmigt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 38 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/456-27/2023.**

Zum TOP 09

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/457/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises vom 05. September 2022 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 24. Sitzung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis vom 05. September 2022 wird genehmigt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/457-27/2023.**

Zum TOP 10

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/441/2023 lag die Verwaltungsvorlage - Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Haushalts- und Finanzausschuss – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die CDU-Fraktion anstelle von Herrn Jonas Urbach Herr Tobias Kühler als stellvertretendes Mitglied für Frau Annette Lehmann in den Haushalts- und Finanzausschuss bestellt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 40 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/441-27-27/2023.**

Zum TOP 11

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/442/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die CDU-Fraktion anstelle von Herrn Jonas Urbach Herr Tobias Kühler als Mitglied in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport bestellt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/442-27/2023.**

Zum TOP 12

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/458/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten – vor.

Herr Schmalz gab bekannt, dass der Name „Herr Manfred Hunstock“ in die Beschlussvorlage einzusetzen sei.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die CDU-Fraktion anstelle von Herrn Thomas Kretschmer Herr Manfred Hunstock als stellvertretendes Mitglied für Herrn Karsten Lutze in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten bestellt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 41 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/458-27/2023.**

Zum TOP 13

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/445/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 27 Abs. 5 (ThürKO) und gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis wird für die CDU-Fraktion als sachkundiger Bürger anstelle von Herrn Tobias Kühler Frau Katrin Schmidt in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales bestellt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 40 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/445-27/2023.**

Zum TOP 14

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/446/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Rechnungsprüfungsausschuss – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 27 Abs. 5 (ThürKO) und gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis wird für die CDU-Fraktion als sachkundiger Bürger anstelle von Herrn Tobias Kühler Frau Katrin Schmidt in den Rechnungsprüfungsausschuss bestellt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 42 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/446-27/2023.**

Zum TOP 15

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/459/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines sachkundigen Bürgers der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten – vor.

Herr Schmalz gab bekannt, dass der Name „Herr Marcel Hentrich" in die Beschlussvorlage einzusetzen sei.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 27 Abs. 5 (ThürKO) und gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich-Kreis wird für die CDU-Fraktion als sachkundiger Bürger anstelle von Herrn Manfred Hunstock Herr Marcel Hentrich in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten bestellt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/459-27/2023.**

Zum TOP 16

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/443/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes des Unstrut-Hainich-Kreises – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 6 Abs. 1 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes Unstrut-Hainich-Kreis wird für die CDU-Fraktion anstelle von Herrn Jonas Urbach Herr Tobias Kühler als stellvertretendes Mitglied für Herrn Reinhard Mascher in den Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes Unstrut-Hainich-Kreis bestellt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/443-27/2023.**

Herr Schmalz übergab die Sitzungsleitung an Herrn Klupak.

Herr Klupak rief den Tagesordnungspunkt 17 auf.

Zum TOP 17

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/444/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion in den Sportbeirat Unstrut-Hainich-Kreis – vor.

Herr Klupak gab bekannt, dass der Name „Herr Jeremi Schmalz" als stellvertretendes Mitglied in die Beschlussvorlage einzusetzen sei.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Klupak rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 3 Ziffer 1 Buchstabe b) der Satzung für den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises wird für die CDU-Fraktion

- anstelle von Herrn Jonas Urbach Herr Tobias Kühler als Mitglied und
- anstelle von Herrn Thomas Kretschmer Frau / Herr Jeremi Schmalz als stellvertretendes Mitglied

in den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises bestellt."

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/444-27/2023.**

Herr Klupak übergab die Sitzungsleitung an Herrn Schmalz.

Herr Schmalz rief den Tagesordnungspunkt 18 auf.

Zum TOP 18

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/460/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines stellvertretenden Verbandsrates für Frau Elke Holzapfel in den Zweckverband Mühlhäuser Museen – vor.

Herr Schmalz gab bekannt, dass der Name „Herr Klaus Zunke-Anhalt“ in die Beschlussvorlage einzusetzen sei.

Er wolle noch anmerken, dass alle Fraktionen ein Vorschlagsrecht haben. Darüber wurden die Fraktionsvorsitzenden mit Mail vom 16. Januar 2023 informiert. Es liege ein Vorschlag der CDU-Fraktion vor, Herrn Klaus Zunke-Anhalt zu bestellen. Falls es keine weiteren Vorschläge gebe. könne hierüber abgestimmt werden.

Herr Schmalz stellte auf Nachfrage fest, dass es keine weiteren Vorschläge gebe.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 5 Abs. 1 der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Mühlhäuser Museen“ wird anstelle von Herrn Jonas Urbach Herr Klaus Zunke-Anhalt als stellvertretender Verbandsrat für Frau Elke Holzapfel in den Zweckverband „Mühlhäuser Museen“ bestellt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 38 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/460-27/2023.**

Zum TOP 19
Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für Frau Annette Lehmann in die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen

Herr Schmalz gab bekannt, dass aufgrund der Mandatsniederlegung des Herrn Urbach für Frau Lehmann ein neues stellvertretendes Mitglied in die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen zu wählen sei. Vorschlagsrecht haben alle Fraktionen. Darüber wurden die Fraktionsvorsitzenden mit Mail vom 16. Januar 2023 informiert.

Es liege ein Vorschlag der CDU-Fraktion vor, Herrn Reinhard Mascher zu wählen. Falls es keine weiteren Vorschläge gibt, könne der Wahlgang gestartet werden. Sollten weitere Vorschläge von den Fraktionen unterbreitet werden, müsse die Sitzung kurz unterbrochen werden, um neue Wahlzettel zu erstellen.

Herr Schmalz stellte auf Nachfrage fest, dass es keine weiteren Vorschläge gebe.

Es gab keine Wortmeldungen.

Herr Schmalz bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Schmalz stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Schmalz gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 40 gültige Stimmen abgegeben worden. Herr Mascher erhielt 34 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen und sei damit als stellvertretendes Mitglied für Frau Annette Lehmann in die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen gewählt.

Herr Schmalz stellte fest, dass Herr Mascher die Wahl annehme.

Zum TOP 20

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/462/2023 lag die Verwaltungsvorlage - Fortschreibung Schulnetzplan - Schließung des FÖZ "An der Salza" in Bad Langensalza zum 31.07.2023 – vor.

Herr Schmalz gab bekannt, dass aus zwei Fraktionen die Bitte vorliege, die Sitzung zu unterbrechen, da ein Änderungsantrag der Freien Wähler vorliege. Er rief zur Abstimmung über diesen Antrag auf. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Herr Schmalz unterbrach um 17:36 Uhr die Sitzung für eine 10-minütige Pause.

Herr Schmalz setzte um 17:46 Uhr die Sitzung fort.

Herr Schmalz und merkte an, dass es einen Änderungsantrag der Verwaltung gebe.

- *Hinweis:*
  Die Beschlussvorlage zum TOP 20, Drucksache-Nr.: KT/BV/462/2023 wird von der Verwaltung ausgetauscht. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen wurden die Beförderungskosten entsprechend angepasst. Diese neuen Zahlen wurden auch bereits in der Präsentation des Landrates in der Kreistagssitzung am 21. Februar 2023 vorgestellt. Weiterhin wurden Rechtschreibfehler korrigiert.

  Die ausgetauschte Beschlussvorlage liegt allen Kreistagsmitgliedern vor.

Der Landrat verwies darauf, dass bereits im Vorfeld schon medial dieser Antrag vehement abgelehnt worden sei, weil er natürlich im ersten Schritt die Schließung der Förderschule in Teilen zumindest beinhalte.

Es gebe einen Änderungsantrag der Freien Wähler, den sicherlich Herr Reinz noch einbringe. Formell bringe er für die Verwaltung einen Änderungsantrag ein.

- *<u>Der Vollständigkeit halber wird der Änderungsantrag hier aufgeführt:</u>*

„Die bisherigen Punkte 1 und 2 werden wie folgt geändert bzw. ergänzt:

1. *Zum Schuljahresende 2022/2023 am 31.07.2023 wird das staatliche Förderzentrum „An der Salza“ in 99947 Bad Langensalza, Poststraße 2 – 3 aufgehoben und dem staatlichen Förderzentrum Pestalozzi in Mühlhausen zugeordnet.*

   Mit Beginn des Schuljahres 2023/2024 zum 01.08.2023 werden die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 6 des bisherigen FÖZ „An der Salza“ als Schulteil des FÖZ Pestalozzi in die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten von der Grundschule Sonnenhof in die Grundschule Sonnenhof, Brentanostraße 1 in 99947 Bad Langensalza, einziehen.

   Die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7 bis 9 werden am Schulteil Johannistal des FÖZ Pestalozzi unterrichtet.

2. *Der Landrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Bad Langensalza einen geeigneten und genehmigungsfähigen Standort in der Stadt Bad Langensalza zu finden, der die Möglichkeit bietet, für die Schülerinnen und Schüler des Förderzentrums aus dem Bereich Bad Langensalza und Umgebung einen Neubau zu errichten, der so dann wieder alle Klassenstufen von 1 bis 9 bzw. 10 als Schulteil des FÖZ Pestalozzi aufnehmen kann.*

3. *Die Finanzierung des Neubaus soll im Haushaltsplan 2024 sowie im Finanzplan 2025 bis 2027 aufgenommen und eingearbeitet werden. Ziel soll es sein, dass die Fertigstellung und der Bezug des Neubaus durch die Förderschüler im Schuljahr 2026/2027 erfolgen können.*

   Beim Neubau soll darauf geachtet werden, dass alle aktuellen und zukünftigen gesetzlichen Vorgaben nach Schulgesetz und Schulbaurichtlinie, wie z.B. Raumprogramm, Barrierefreiheit und Energieeffizienz Berücksichtigung finden.

4. *Der Landkreis wird verpflichtet, alle denkbaren Fördermittelprogramme auszuschöpfen, um die größtmögliche prozentuale Förderung für einen Schulneubau zu erhalten. Der Antrag nach Schulbauförderung soll, sofern es die haushaltrechtlichen Voraussetzungen des Landkreises ermöglichen, zum 30.06.2024 beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport bzw. beim Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr eingereicht werden. Für die Vorplanung sind entsprechende Mittel im Haushaltsplan 2024 einzustellen.*

5. *Mit der regulären Fortschreibung des Schulnetzplanes ab dem Schuljahr 2026/2027, mit der die gesamte Schullandschaft des Unstrut-Hainich-Kreises zu aktualisieren ist, soll geprüft werden, ob mit dem Neubau eines Gebäudes für ein Förderzentrum in der Stadt Bad Langensalza wieder ein eigenständiges Förderzentrum für den Bereich Bad Langensalza und Umgebung gegründet wird.“*

Der Landrat fuhr fort:

Der Antrag sei ein gewisser Spagat zwischen dem das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, sprich den Haushaltsplan mit einer Bedarfszuweisung umzusetzen und dabei trotzdem nicht das, was in den nichtöffentlichen Ausschusssitzungen besprochen worden sei, als Möglichkeit zu schaffen.

Die Kreistagsmitglieder können nachvollziehen, dass dieser Antrag nicht einfach sei. Er wolle ein Beispiel nennen: Man gehe den Schritt der Schließung in Teilen und dann mache man eine Art Letter of Intent. Zum ersten Mal sei sehr konkret formuliert worden, was die Verpflichtungen seien. Das heiße, man habe in den Punkten 2. bis 5. sehr deutlich definiert, was Stadt und Kreis gemeinsam in diesem Jahr tun müssen. Basis sei ein Haushaltsplan. In 2024 habe man dazu die notwendigen finanziellen Mittel bereitzuhalten. Die seien recht klein, aber sie müssen für die Leistungsphase 1 bis 3 und natürlich auch für den Fördermittelantrag, den man in 2024 einreichen müsse, vorrätig sein.

In diesen fünf Punkten seien zwei Sachen deutlich dargestellt: Das Ziel sei, wenn man die Fördermittel bekomme, mit dem Schuljahr 2025/2026, spätestens im Sommer 2026, einen Neubau zu haben, der in einer gewissen Form den Ansprüchen nicht nur entspreche, sondern auch den Zahlen, die ja immer viel diskutiert werden. Es werde erzählt, dass es ein Gesetz demnächst geben werde, mit dem die Zahlen wieder zunehmen. Das könne man nicht einschätzen. Man wisse nicht, wie Eltern handeln und auch nicht, wie durchzügig von der ersten bis zur neunten Klasse das funktioniere.

Deswegen werde ein ebenerdiges, barrierefreies Gebäude geplant, welches auch ein wichtiger Bestandteil für zukünftige Bauten sei. Es werde aber auch ein Gebäude geplant, welches der Größenordnung und dem Einzugsgebiet der Schule entspreche.

Damit erfülle man das Haushaltssicherungskonzept und bekomme die Bedarfszuweisung. Er erinnere, erst müsse man die Bedarfszuweisung haben, dann könne man den Haushaltsplan beschließen. Das Gesetz habe sich vor zwei Jahren geändert und das sei jetzt Sachlage.

Auf der anderen Seite wäre es eben nicht nur der Neubau, sondern auch die klare Aussage, dass es dann damit ein Förderschulzentrum Bad Langensalza gebe. Die Frage, die dabei nicht geklärt werde und das müsse das Ministerium noch mitteilen, sei, ob das in dieser Übergangsphase ein Teil der Pestalozzischule sei, so wie jetzt der Antrag sage oder nur für den Übergang Räume der Pestalozzischule genutzt werden, bis die Förderschule in Bad Langensalza als Förderschulzentrum neu gebaut sei. Das seien Fragen, die das Ministerium klären müsse, was dabei praktikabel sei, ob das auf die Lehrerzahl oder Leitungsfragen oder schulorganisatorische Fragen Auswirkungen habe.

Es sei ein Kompromiss, nämlich einen Haushaltsplan, eine Bedarfszuweisung zu bekommen und in der öffentlichen Diskussion der betroffenen Eltern zu sagen, es seien halt nicht normale Schüler und es seien bestimmte Belastungen, die hier eintreten.

Er sage auch, dass er persönlich in der nichtöffentlichen Sitzung gesagt habe, er hoffe, dass durch diesen Neubau auch zum Beispiel Kinder aus Menteroda, die in die Förderschule gehen, nicht bis nach Bad Langensalza fahren müssen. Denn die müssen bis Bad Langensalza fahren und denen kann man es wieder zumuten. Er wisse, da sei er das letzte Mal ausgebuht worden, als er das Beispiel gebracht habe, aber wenn die vier Eltern jetzt hier wären und den Mut hätten, sich dieser Mehrheit zu stellen, würden sie das bestimmt bestätigen, denn man fahre eine dreiviertel Stunde mit umsteigen.

Bezogen auf den Antrag, welchen der Bürgermeister oder Herr Montag bestimmt noch vortrage, möchte er darauf hinweisen, dass alles, was dort stehe, sehr schön und auch erst mal für die Eltern ein gutes Zeichen sei. Er bleibe aber dabei, damit gebe es keinen Haushaltsplan und das mit allen Konsequenzen, die er dargestellt habe.

Wenn man berücksichtige, welche Rahmenbedingungen in der Pestalozzischule geschaffen werden und wurden, warum gönne man das den Förderschülern von Bad Langensalza nicht? Warum müssen die in einem riesen großen Gebäude, einem mittelalterlichen Bau, mit großen Fluren und Rahmenbedingungen, die nicht der Förderschule entsprechen, mit 79 Kindern sein?

Er habe auch mit der ehemaligen Schulleiterin gesprochen. Das sei heute nicht mehr die Wahrheit, die hier erzählt werde aus ganz anderen Gesichtspunkten. Auch die Diskussion Zentralisierung oder Neubau sei nicht neu, die gebe es schon seit Jahren. Das heiße, es gebe anscheinend Eltern und Lehrer, die schon sagen, es könne nicht so bleiben, wie es bei allen Sparzwängen sei. Wenn man so rede, Förderschüler seien einem wichtig, dann sollte man es auch für beide Seiten gelten lassen und Möglichkeiten schaffen.

Wenn man jetzt sehe und darauf ziele ja die Diskussion mit Elternvertretern, die von vornherein schon sehr skeptisch waren bei diesem Vorschlag, welchen die Verwaltung konkretisiert habe: Klasse 1 bis 6 gehen in die Sonnenhofschule, in der räumlich alles geklärt worden sei für diese zweieinhalb bis drei Jahre. Die Klassen 7 bis 9 überführe man in die Pestalozzischule. Das halte er für die im Moment betroffenen Eltern für nicht schön, aber mit Blick in die Zukunft sei das der bessere Weg, da sie bessere Bedingungen bekommen.

Zu der anderen Diskussion, die jetzt in den Fraktionen zu Unruhe geführt habe, wolle er Folgendes sagen:

Dieser Hinweis in der Begründung des Antrages der Freien Wähler sei völlig richtig, aber nicht neu. Den kennen die Kreistagsmitglieder, die schon lange dabei seien, schon immer. Wenn der Kreistag eine Schule geschlossen habe, musste als erstes laut Schulfinanzierungsgesetz die Schulsitzgemeinde gefragt werden, ob das Gebäude zurückfalle.

Wenn man in der Begründung sage, die Möglichkeit bestehe, sei dass das erste Mal. Einige Bürgermeister sitzen hier, auch einige Bürgermeister, die betroffen seien von Schulschließungen. Es sei noch nie der Fall gewesen, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Mal wollte man das Gebäude nicht haben, aufgrund der Verantwortung, die man übernehme, mal weil das Gebäude in einem Zustand gewesen war, bei dem man zu viel Geld hätte ausgeben müssen, mal weil man keinen Nutzen für das Gebäude gesehen habe.

Das Gesetz sei schon immer da gewesen, es sei nur 2004 im Rahmen der Umstellung der Schulfinanzierung modifiziert worden. Wenn man dann sage, das wolle man nicht, dann müsse man das Haushaltssicherungskonzept fortschreiben. Das sei genauso, wie er in öffentlicher Sitzung gesagt habe, die 600.000 EUR, die man stehen habe, seien konservativ gerechnet, weil man in Bad Langensalza ein viel kleineres Gebäude für 655.000 EUR verkauft habe. Hier habe man ein großes Gebäude mit mehr Möglichkeiten. Das bringe vielleicht auch mehr Erlös.

Vielleicht habe man auch Glück, dass man gar nicht schauen müsse, wo man das Geld hernehme, sondern sage, durch den höheren Mehrerlös, den man eingetragen habe, könne man der Schulsitzgemeinde Bad Langensalza, den Förderschülern, dem neuen Konzept für Förderschulen gerecht werden. Aber das könne man erst sehen, wenn es so weit sei.

Diese Zahlen, die man heute treffen müsse, seien aufgrund dieser Beschlüsse begründbar und führen zum Haushaltssicherungskonzept und zur Bedarfszuweisung. Wenn man heute nicht beschließe, gebe es keinen Haushaltsplan. Das sei keine Erpressung, sondern normale Rechtsumsetzung.

Herr Schmalz gab die Ausschussvoten für die ursprüngliche Beschlussvorlage bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	2	4	2
Haushalts- und Finanzausschuss	3	3	0
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten	2	2	2

Herr Schmalz gab bekannt, dass im Wirtschaftsausschuss auch der Änderungsantrag der Verwaltung abgestimmt worden sei:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten	4	1	1

Herr Reinz merkte an, dass er, bevor er den Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich zum TOP 20 vortragen wolle, noch ein paar Anmerkungen habe:

Der Landrat hatte es eben gerade angesprochen, was er mit seiner Absicht verfolge. Dieser Beschlussantrag, der von den Freien Wählern im Anschluss eingebracht werde, sage auch nichts anderes. Die Stadt Bad Langensalza möchte mit dem Landkreis eine Möglichkeit finden, dass das Förderschulzentrum in der jetzigen Form in Bad Langensalza verbleiben könne. Das heiße, dass die Klassen 1 bis 9 gemeinsam in dieser Schule unterrichtet werden. Alles andere mache seines Erachtens nach keinen Sinn und werde den Schülern auch nicht gerecht.

Genau das sei jetzt das Problem, welches man habe, dass in der Hektik vorneweg mit Schulschließung gedroht bzw. hantiert worden sei, um ein Haushaltssicherungskonzept einzubringen. Und genau jetzt habe man das Schlamassel, dass innerhalb kürzester Zeit Änderungen eintreten sollen, die zu Lasten der Kinder gehen und das trage die Fraktion der Freien Wähler, das trage er als Bürgermeister der Stadt Bad Langensalza, so auch nicht mit.

Er komme nun zum Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler Unstrut-Hainich zum TOP 20 der Kreistagssitzung am 06.03.2023:

Der Kreistag möge beschließen

1. „Das staatliche Förderzentrum „An der Salza“ in Bad Langensalza wird nicht geschlossen.

2. Der Landkreis Unstrut-Hainich und die Stadt Bad Langensalza suchen gemeinsam nach Möglichkeiten eines Neubaus in der Stadt Bad Langensalza für das Förderschulzentrum „An der Salza“.

3. Der Neubau muss mindestens die Schülerzahl der bisherigen Schule aufnehmen können.

4. Der bisherige Standort bleibt bis zur endgültigen Bezugsfertigkeit erhalten.

5. Sämtliche Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen.“

Die Fraktion der Freien Wähler beantragt hiermit für die TOP 20, 21 und 22 namentliche Abstimmung.

In der Begrünung der Beschlussvorlage, auf Seite 5, werde auf die zu erwartenden Verkaufserlöse eingegangen. Diese solle für das Förderzentrum 600.000 EUR betragen und sei als Maßnahme in die 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes aufgenommen. Dies verwundere sehr. Die Rechts- und Vertragslage scheine nicht bekannt zu sein.

§ 5 Abs. 2, frühere Fassung § 6 Abs. 2, des Thüringer Gesetzes für die Finanzierung der Staatlichen Schulen laute:

„Der Schulträger ist auf Verlangen des früheren Eigentümers zur Rückübereignung verpflichtet, wenn nach Absatz 1 übereignete Grundstücke nicht mehr den Zwecken einer staatlichen Schule dienen oder die Gebietskörperschaft nach Absatz 1 Satz 1 selbst die Schulträgerschaft übernimmt. Aufwendungen, die der Schulträger während der Dauer seines Eigentums gemacht hat, ersetzt ihm im Fall der Rückübereignung der frühere Eigentümer, soweit die Aufwendungen den Wert des Eigentums zurzeit der Rückübereignung für den früheren Eigentümer noch erhöhen. Die Verpflichtung zur Rückübereignung ist durch eine Vormerkung im Grundbuch zu sichern.“

Am 24. Juni 1996 wurde ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Unstrut-Hainich-Kreis und der Stadt Bad Langensalza geschlossen, der eine identische Regelung beinhalte. Dies wurde auch durch eine Vormerkung im Grundbuch gesichert. Der Text lautet:

Vormerkung gemäß § 6 Abs. 2 Schulfinanzierungsgesetz für Bad Langensalza gemäß Bewilligung vom 15.11.2002, 05.02.2004 mit dem Aktenzeichen etc., eingetragen am 14.06.2004.

Weshalb diese Rechtslage seitens des Landrates ignoriert werde, sei unverständlich. Dies betreffe selbstverständlich auch die nachfolgenden Beschlüsse TOP 23 bis 25 in der heutigen Kreistagssitzung - die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, die Beantragung der Bedarfszuweisung und die Haushaltssatzung für das Jahr 2023.

In diesen Unterlagen sei eine Einnahme von 600.000 EUR mit enthalten, wohlwissend, dass diese rechtlich und tatsächlich auf keinen Fall erzielt werden könne. Es sei damit auf jeden Fall eindeutig, dass mit der Schließung des Förderzentrums und der fingierten geplanten Einnahme der Haushalt des Landkreises nicht konsolidiert werden könne.

Das Förderzentrum befinde sich seit 2007 in diesem Gebäude. Seitdem seien keine nennenswerten Investitionen in das Gebäude durch den Landkreis erfolgt. Es wurde zwar teilweise neues Mobiliar angeschafft, aber diese Investition erhöhe nicht den Wert der Immobilie. Die Hofgestaltung sei durch Fördermittel des ERASMUS-Programmes finanziert worden. Hier seien möglicherweise Rückforderungen zu beachten. Die malerische Instandsetzung erfolgte durch Bedienstete der Schule, Eltern und Hausmeister. Die Farbe und andere Materialien wurden größtenteils durch Sponsor Leistungen aufgebracht. Vor 2007 vorgenommene Investitionen dürfen in ihrem Restwert auch nicht nennenswert zu Buche schlagen.

Dies alles mache deutlich, dass das Gebäude, wie die Schule, ausgegliedert an die Stadt zurückfalle und Werterhöhungsmaßnahmen nicht gegengerechnet und angerechnet werden können. Im Übrigen sei es nicht nur rechtlich nicht möglich, dass Gebäude zu veräußern, auch tatsächlich praktische Gründe sprechen gegen die Schließung.

Werde der Standort aufgeteilt, sei zu erwarten, dass Lehrer in den Ruhestand eintreten. Dies zu kompensieren sei aufgrund des allseits bestehenden Lehrermangels fast nicht möglich, womit der Bestand der kompletten Förderschule in Gefahr gerate.

Weiterhin waren die Absprachen mit dem Staatlichen Schulamt im zeitlichen Ablauf nicht so, wie vom Landrat dargestellt. Das Staatliche Schulamt wurde nicht so eingebunden wie erforderlich.

Hier noch einige Argumente, die direkt aus der Schule gekommen seien und dagegensprechen:

Die Klassen 5 und 6 haben Mensch/Natur/Technik und benötigen Fachräume, die in der Sonnenhofschule nicht bereitgestellt werden können. Es müssen also auch diese Klassen nach Mühlhausen umgesetzt werden.

Die Bedingungen am Förderschulzentrum in Mühlhausen seien auch schwierig durch stark verhaltensauffällige Schüler. Transportkosten fallen auch bei einer Trennung an. Elternarbeit komme zum Erliegen. Viele haben kein Auto, kommen nach Elternversammlungen nicht in ihr Dorf. Das Förderschulzentrum in Mühlhausen habe ebenfalls starken Lehrermangel. Kaum Kollegen aus Bad Langensalza werden nach Mühlhausen wechseln, aus dem Dienst ausscheiden, was überwiegend keine leere Ankündigung sei, wie es der Landrat vermute.

Wer beaufsichtige die Schüler im Bus? Die Sicherheit der Schüler auf dem Fußweg zur Schule sei gefährdet. Eltern erkrankter Kinder können nicht zeitnah reagieren, dass komme öfter vor, als man denke.

Es seien Förderschüler, die ihre Strukturen brauchen - neues Umfeld, neue Lehrer, neue Hackordnung. Schulabstinenz nehme vermutlich zu. Durch die lange Fahrzeit müsse auch sehr früh losgefahren werden, was nicht jeder auf sich nehme. Die Stundentafel der Förderschüler zeige 35 Stunden pro Woche plus teilweise erhebliche Schulwegzeiten. Dadurch sei kaum noch Freizeit möglich.

Hier sehe die Fraktion der Freien Wähler deutlichen Handlungsbedarf und deshalb bitte man um Zustimmung zum Beschlussantrag.

Er könne nicht für den Stadtrat sprechen, sondern der Stadtrat müsse sich damit befassen, ob die Stadt Bad Langensalza einer Rückübertragung zustimme oder nicht. Aber er sage es jetzt hier klar und deutlich, die Stadt Bad Langensalza habe auch erhebliche finanzielle Probleme und dieser Beschlussantrag solle nicht am Ende so ausgeschlachtet werden, dass die Stadt die Einnahmen für die Stopfung der Lücken im Haushalt nehme. Ihm und den Freien Wählern komme es darauf an, dass die Schüler, solange es in Bad Langensalza keinen Neubau einer Schule gebe, zusammenbleiben. Das sei aus seiner Sicht, aus Sicht der Freien Wähler, nur dann möglich, wenn die Schüler und Schülerinnen am jetzigen Standort in der Poststraße verbleiben.

Auch wenn heute vielleicht hier der Sündenbock gefunden sei, das Haushaltssicherungskonzept, welches ja auch noch beschlossen werden solle, jetzt nicht mehr eingebracht werden könne, müsse er doch ganz klar und deutlich sagen, sei es nicht die Schuld der Kreistagsmitglieder, sondern die Schuld der Verwaltung, die am Ende auch wusste, dass es so etwas gebe. Man könne doch hier nicht voraussetzen und mit der Stadt sei in keiner Art und Weise im Vorfeld darüber gesprochen worden, ob die Stadt Bad Langensalza eine Rückübertragung möchte oder nicht.

Deswegen sage er hier klar und deutlich, habe es den Landrat und die Verwaltung hier eiskalt erwischt. Es gehe ihm am Ende nicht um Fördermaßnahmen bzw. Maßnahmen, die den kompletten Landkreis betreffen. Man müsse sich hier in diesem Hause mit dem Haushaltssicherungskonzept befassen. Es dürfe letztendlich nicht im Vorfeld zur Schulschließung kommen, denn was einmal weg sei, komme nicht wieder. Deshalb bitte er nochmals den Beschlussantrag der Freien Wähler zu unterstützen.

Herr Schmalz gab bekannt, dass es einen Geschäftsordnungsantrag gebe und die Gegenrede Landrates. Um es nicht aus dem Zusammenhang zu reißen, würde er die Gegenrede vorlassen, sofern das in Ordnung sei.

Der Landrat gab bekannt, dass er klarstellen wolle, dass es für einen Bürgermeister schon mehr als blamabel sei, hier eine Verwaltung vorzuführen. Er habe nicht das Recht, öffentlich seine Verwaltung oder ihn zu kritisieren, dass man nicht wisse, was man tue. Er habe auch genug Kenntnis darüber, was nicht im Stadtrat Bad Langensalza laufe und gehe nicht damit in die Öffentlichkeit.

Er habe es eben gesagt. Das sei halt so, wenn man seine Rede ablese und nicht auf den Vorredner eingehe. Dann entstehe so etwas, dass man hier behaupte, dass der Kreistag überfallen wurde. Allen Kreistagsmitgliedern sei das seit 2 ½ Jahren bekannt. Es sei in all diesen Fragen übliche Praxis gewesen, dass man immer gesagt habe, dass ein Haushaltssicherungskonzept eine Ist-Aufnahme sei. Wenn sich etwas ändere, müsse es fortgeschrieben werden. Es sei bösartig hier zu unterstellen, dass man nicht seine Aufgaben erledigt habe.

Heute seien ja viele Bürger da und wenn die Bürger richtig aufgepasst haben und wenn die Kreistagsmitglieder richtig aufgepasst haben, hatte Rödl & Partner eine Frage gestellt: Welche Vorschläge seien aus dem Kreistag gekommen, welche Vorschläge seien von einer Fraktion gekommen, um einen Beitrag für diese Konsolidierung, die man noch nicht erreicht habe, umzusetzen. Nicht ein Vorschlag.

Er habe die Rede deswegen jetzt gehalten, weil das erste Mal ein Bürgermeister so böswillig über die Verwaltung geredet habe und er sich einfach wehren musste. Er müsse sagen, man solle in den Spiegel schauen. Wo seien die Vorschläge?

Wenn Herr Reinz sage, die Stadt könnte die Schule, wenn sie leer sei, ja selber nutzen, habe er auch zwischen den Zeilen gesagt, es könnte ja sein, dass dem Stadtrat das Portmonee wichtiger sei als die Kinder.

Das finde er sehr unanständig. Er habe ihn vor der Demonstration angerufen. Das hier sei keine Demonstration, sondern Kreistag und man sei Kreistagsmitglieder und keine Bürgermeister. Man müsse die Interessen des gesamten Kreises vertreten. Dann der Verwaltung vorzuschlagen oder vorzuwerfen und zu beleidigen, dass man nicht wisse, was man tue. Das sei eigentlich das Schlimme.

Er erinnere sich an die Stadtratssitzung in Bad Langensalza, als es um die Salzahalle gegangen sei. Da war es auch völlig egal, Hauptsache die Salzahalle werde in Bad Langensalza gebaut und auch zu Lasten anderer Kommunen. Insofern finde er es sowas von unfair und werde es auch mit seinen Mitarbeitern klar besprechen, wie man in Zukunft die Zusammenarbeit mit der Verwaltung organisiere. Man lasse sich öffentlich nicht mehr beleidigen und mache im Hintergrund wirklich gute Arbeit gemeinsam.

Herr Groß gab den Hinweis, dass über Geschäftsordnungsanträge vorher abzustimmen sei. Das hätte vielleicht jetzt auch den Vorteil gehabt, dass die Emotionen nicht ganz so hochgekommen wären.

Er möchte, dass den Kreistagsmitgliedern klar sei, worüber sie überhaupt abstimmen. Wenn er so auf die Tische schaue, könne das nicht klar sein.

Man habe den aktuellen Änderungsantrag der Verwaltung gar nicht in Papierform vorliegen gehabt. Es habe einen alten Antrag gegeben, der sollte ausgetauscht werden gegen einen neuen. Da sei allerdings der Beschlusstext nicht geändert bzw. seien nur Kleinigkeiten hinsichtlich der Begründung geändert worden. Schaue er bei Herrn Dr. Kappe in den Laptop, finde sich dann der Änderungsantrag, von dem der Landrat in seinem Redebeitrag vorhin geredet habe. Dass, was man auf den Tischen gefunden habe, fand sich da nicht wieder.

Er beantrage deshalb noch mal eine Pause von 10 Minuten, damit man den Änderungsantrag genau studieren könne, denn sonst könne man nicht genau sagen, worüber man überhaupt abstimme. Es haben auch nicht alle am Bildungsausschuss teilgenommen.

Herr Schmalz rief zur Abstimmung über den Antrag für eine 10-minütigen Pause auf.

Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Herr Schmalz unterbrach um 18:15 Uhr die Sitzung für eine 10-minütige Pause.

Herr Schmalz setzte um 18:25 Uhr die Sitzung fort.

Herr Schmalz berichtete, dass auch der Bildungsausschuss über den Änderungsantrag der Verwaltung abgestimmt habe und gab das Ausschussvotum bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	4	1	1

Herr Schmalz erklärte, dass nunmehr der ursprüngliche Antrag, ein Änderungsantrag der Verwaltung und ein Änderungsantrag der Freien Wähler vorliegen. Nun setze er die Debatte fort.

Herr Görbig führte aus, dass Dank des einberufenen Kreistages im Februar, nun alle Kreistagsmitglieder Zeit gehabt haben, die durch den Landrat präsentierten Fakten sacken zu lassen. Die Ausschüsse hatten die Gelegenheit darüber zu diskutieren und jedes einzelne Kreistagsmitglied konnte sich damit auseinandersetzen, um für sich persönlich eine Entscheidung zu treffen.

Da sei er schon beim eigentlichen Skandal in dieser Angelegenheit. Hätte es diesen Kreistag im Februar nicht gegeben, wann hätte denn dann die Kommunikation seitens des Landrates mit dem Kreistag begonnen? Welche Zeit hätte den Kreistagsmitgliedern dann noch zugestanden, eine fundierte Entscheidung treffen zu können?

Die Entscheidung, die man heute treffen müsse, sei eine Entscheidung zwischen „Pest“ und „Cholera“. Einerseits möchte niemand eine Schule im ländlichen Raum schließen, andererseits möchte man auch nicht den Haushalt in Gefahr bringen und dadurch viele andere Projekte, die viele andere Schüler und Eltern betreffen, gefährden.

Als Kreistagsmitglieder müsse man allerdings die Lage im gesamten Kreis im Blick haben, anders als ein Stadtrat in Schlotheim oder Bad Langensalza. Natürlich spiele bei solch einer Entscheidung auch der persönliche Bezug zum Ort eine Rolle. Daher werde es in seiner Fraktion vermutlich auch kein einstimmiges Votum geben. Jedes Fraktionsmitglied sei in seiner Entscheidung frei. Er persönlich werde für den Erhalt des Gymnasiums und der Förderschule stimmen.

Das wolle er kurz begründen: Die Ursachen für die schlechte Situation in den Kreisen und Gemeinden liegen hauptsächlich in der Bundes- und Landespolitik. Die Einnahmen werden aufgrund der Wirtschaftspolitik im Bund auch mittelfristig im Landkreis nicht üppiger werden, eher im Gegenteil. Die Sozialausgaben werden weiterhin steigen. Auch dies habe seine Ursache in der Politik der Merkel-Jahre. Die derzeitige Koalition verschärfe dieses Ungleichgewicht noch zusätzlich. Die Rahmenbedingungen für Wohlstand in der Gesellschaft werden immer schlechter.

Warum sollte der Kreis das ausbaden? Im Bund werde mit üppigen Summen um sich geschmissen, Hunderttausende für Leibfotografen und Maskenbildner, Millionen für ideologische Projekte und Milliarden an Entwicklungshilfe für Länder, die Deutschland in der Entwicklung inzwischen überholt haben. Selbst die Taliban erhalten Entwicklungshilfe, obwohl sie viele seiner Kameraden getötet haben.

Er sage, man sollte es darauf ankommen lassen. Man sollte sich durch das Landesverwaltungsamt nicht erpressen lassen. Die Bedarfszuweisung sei kein Almosen, die Bedarfszuweisung stehe dem Landkreis zu, bei der Betrachtung der von ihm aufgezählten Geldverschwendung.

Die AfD-Fraktion beantrage ebenfalls für die TOP 20, 21 und 22 die namentliche Abstimmung.

Herr Zunke-Anhalt gab bekannt, dass die CDU-Fraktion sich die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Man habe mehrere intensive Beratungen und Informationsgespräche durchgeführt, unter anderem auch mit dem Schulamt. Man habe sich aufklären lassen, welche Aufgaben ein Förderzentrum habe und was ein Förderzentrum sei. Fakten seien zusammengetragen worden. Wie man der Zeitung entnehmen konnte, habe die CDU-Fraktion schon vorab einheitlich gesagt, dass man nicht für die Schließung des Förderzentrums stimmen werde, weil die Fakten ganz einfach dagegensprechen.

Wie bereits gesagt, habe man das Problem, dass man natürlich den ganzen Kreis im Auge behalten müsse. Aber wenn die Fakten dagegensprechen, sei das genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. Für die CDU-Fraktion waren die Fakten gewichtiger. Man habe die Kinder in den Vordergrund gestellt, die Belastung, die hier auf die Kinder zukomme, eine neue Umgebung, die auf die Kinder zukomme, die einen erhöhten Pflegebedarf haben. Das habe die CDU-Fraktion trotz aller Sparzwängen mit ihren Auswirkungen, die bewusst seien, dazu geführt zu sagen, dass man den Antrag auf Schließung des Förderzentrums Bad Langensalza nicht mittragen werde. Er sei den Freien Wählern dankbar, dass sie den Antrag eingebracht haben, hier ein neues Förderzentrums bauen zu wollen.

Natürlich müsse man sich über die Finanzierung Gedanken machen und alle Möglichkeiten ausloten bzw. die Verwaltung. Aber das Staatliche Schulamt habe ihm das Protokoll, welches sie selber gefertigt haben aus dem Bildungsausschuss zur Verfügung gestellt und extra noch mal darüber geschrieben, dass er das öffentlich verwenden dürfe. Hier werde auch der Vorschlag über den Neubau gebracht bzw. darüber nachzudenken ein Förderzentrum im Unstrut-Hainich-Kreis zu errichten. Man habe im Unstrut-Hainich-Kreis eigentlich kein Förderzentrum, welches den gesetzlichen Vorgaben, sprich Barrierefreiheit, entspreche. Er könne das auch nur so weitergeben, das sei vom Schulamt so gesagt worden. Dementsprechend werde der Antrag der Freien Wähler von der CDU-Fraktion unterstützt.

Abschließend wolle er allen Kreistagsmitgliedern der CDU-Fraktion, der Fraktion der Freien Wähler und der FDP-Fraktion danken, die mit ihm zusammen die Sondersitzung am 21. Februar 2022 mit auf den Weg gebracht haben. Er werbe dafür, den Antrag der Freien Wähler zu unterstützen mit allen Konsequenzen.

Herr Kubitzki merkte an, dass sich der Kreistag diese Entscheidung heute nicht einfach mache, zeuge auch davon, dass man schon eine zweite Unterbrechung hatte und bestimmt auch noch mehrere Unterbrechungen bekomme. Schulschließungen, das hatte er schon am 21. Februar 2023 gesagt, seien nichts Angenehmes und dürfte es nicht geben. Auch am 21. Februar 2023 hatte er gesagt und das werde er dann beim Seilergymnasium nicht wiederholen, die Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen sei schlecht und darunter leide auch die Bildung. Er würde sich wünschen, wenn zum Beispiel in Berlin ein Sondervermögen von 100 Mrd. EUR für die Bildung aufgelegt werde. Das wäre eine feine Sache, aber da werden wir noch ein Stück warten können.

Dem ursprünglichen Antrag der Verwaltung zum Förderzentrum hätte die Fraktion DIE LINKE nicht zugestimmt, da war man sich einig. Zum Antrag der Freien Wähler sei man unterschiedlicher Meinung.

Dazu wolle er aber auch sagen, ohne zu viel aus der nichtöffentlichen Sitzung zu sagen, der jetzige Änderungsantrag der Verwaltung, so wie er hier vorliege, sei auch inhaltlich so geworden, wie er jetzt sei, weil Herr Reinz, als Bürgermeister, bei der Ausschuss-Sitzung als Anzuhörender dabei gewesen war und diesen Vorschlag eingebracht habe. Er habe ein Gelände in Bad Langensalza, irgendein Kaufmarkt stehe darauf. Den könne er mit Fördermitteln vom Land abreißen lassen und darauf könnte man einen Schulneubau errichten.

Damit hatte er die Ausschussmitglieder überrascht. Es schauten sich alle erst einmal an. Man hatte den Antrag der Verwaltung und dann der Vorschlag dazu. Dieser Kompromissantrag, wie ihn der Landrat nenne, sei eigentlich aus dem Verwaltungsantrag und dem Vorschlag vom Bürgermeister entstanden und habe mehrheitlich Konsens im Bildungsausschuss gefunden.

Der Antrag der Freien Wähler habe sicher ein gewisses Geschmäckle und könnte auch als gut empfunden werden: die Kinder bleiben alle zusammen in Bad Langensalza und alles sei gut.

Eines wolle er noch zu den Argumenten sagen, was einen so hin und her reiße. Herr Roth hatte es ihm im Ausschuss vorgeworfen, er spiele eine Schule nach der anderen aus. Das mag vielleicht für die Betroffenen so ankommen. Wenn man aber heute dem Antrag der Freien Wähler die Mehrheit gebe, dann müsse man auch den Mut haben, den Eltern im Johannistal zu sagen, dass es mit den Investitionsmaßnahmen an dieser Schule, die geplant seien, in diesem Jahr nichts werde.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Kubitzki fuhr fort.

Dann sei es so. Alle kennen das Haushaltsrecht. Da müsse man jetzt nicht so tun, als wenn das alles neu sei. Man könne das Geld für Investitionen nur ausgeben, was man habe.

Dann sei hier etwas mit Fahrzeiten gesagt worden, wer wolle, dass seine Kinder halbstündlich durch den ganzen Kreis gefahren werden.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Kubitzki fuhr fort. Stündlich lasse das Schulgesetz zu.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Schmalz bat um Ruhe im Saal.

Herr Kubitzki fuhr fort.

Das Schulgesetz sage eindeutig, 60 Minuten Fahrzeit.

Das andere sei und das sei im Bildungsausschuss deutlich geworden, Frau Köhler möge ihm verzeihen, was er jetzt sage, man habe im Unstrut-Hainich-Kreis kein Förderzentrum für geistig-behinderte Kinder. Man habe kein staatliches Förderzentrum, sondern habe zwei Förderzentren, die in freier Trägerschaft seien. Ein Förderzentrum davon sei an der äußersten Ostgrenze des Kreises, nämlich in Bruchstedt und das andere Förderzentrum sei in Höngeda.

Er kenne die Förderzentren und er kenne viele Schüler. Auch wisse er, dass viele Eltern nach Höngeda wollen, weil dort ein anderes Konzept sei. Es werden Kinder von Bad Langensalza in das Förderzentrum nach Höngeda gefahren und auch Kinder vom Umland von Bad Langensalza nach Bruchstedt. Seine Mitarbeiter, die in Bruchstedt arbeiten, müssen jeden Tag eine dreiviertel Stunde fahren, also er kenne die Fahrzeiten.

Deshalb wäre so ein Neubau, der hier vorgeschlagen werde, keine schlechte Sache. Der Neubau müsste und das würde er empfehlen, da man das nicht beschließen könne, ein Teil ein Staatliches Förderzentrum für G-Kinder rein.

Jetzt sei die Sache, wie entscheide man. Für den Neubau seien wahrscheinlich alle. Nur jetzt gehe es darum und das sage er für die Kinder, das sehe man als Eltern anders, die Schule in Bad Langensalza, das Förderzentrum, diese hohen Räume, diese Treppenaufgänge, die mit Barrierefreiheit gar nichts zu tun haben, vor allem der offene Raum, Treppenhäuser, Flure usw. Er habe mit dem ehemaligen Schuldirektor, der vor dem jetzigen Schuldirektor die Schule geleitet habe, gesprochen, in der Heizperiode fallen monatlich 40.000 EUR allein für Heizkosten für diese Schule an, damit das Gebäude für 79 Kinder geheizt werden könne. Das seien Sachen, die gehören unter haushälterischer Betrachtung auch dazu.

Er sage, nutze man für die kleinen Kinder die Sonnenhofschule, damit sie in Bad Langensalza bleiben können und für die größeren, die dann auch Kabinette haben, das Förderzentrum im Johannistal. Da habe man ordentliche Lernbedingungen und deshalb plädiere er für den Änderungsantrag der Verwaltung.

Herr Shevchenko führte aus, dass er etwas vorweg sagen wolle. Zum Teil werde ja suggeriert, dass man gegen Kinder hier spreche. Er glaube, hier sei Niemand im Raum, der gegen Kinder arbeite. Dafür habe man im Kreistag schon ganz schön viele Mehrheiten für ganz schön viele Investitionen in Schulen auch getätigt, auch in Jugendhilfe und im Jugend- und Kinderschutz. Er möchte an dieser Stelle noch mal sagen, er würde sich freuen, wenn man so viel Beteiligung habe, auch mit den Gästen, wenn man über andere Schulinvestitionen spreche. Komischerweise sei es so, dass man bei positiven Nachrichten, wenn man wirklich über Millionen spreche, sehr selten Gäste habe.

Er sei in dieser Periode neu im Kreistag und er sei auch das jüngste Kreistagsmitglied. Hier habe er noch nie so viele Menschen gesehen und es freue ihn. Er würde sich aber auch freuen, wenn man häufiger hier genügend Menschen sitzen würden, die über andere Schulinvestitionen mit diskutieren.

Er wolle an das anknüpfen, was der Landrat zum Teil gesagt habe. Der Landkreis habe ein sehr dichtes Schulnetz. Das sollte man sich immer wieder verinnerlichen. Wenn er in den Landkreis Gotha schaue, wo er arbeite, da habe man eine Schule in Gotha bzw. zwei Schulstandorte in Gotha als Förderzentren und dort fahren auch alle Kinder hin.

Das war so ein bisschen auch sein Blick auf die Debatte, als er das erste Mal den Antrag der Verwaltung gelesen habe. In der Fraktion habe man sehr lange darüber diskutiert. Ihnen sei sogar vorgeworfen worden, warum man keine öffentliche Position bezogen habe. Es wurde gefragt, was mit der SPD los sei? Das habe auch daran gelegen, dass man erst die Ausschüsse abwarten wollte.

Man habe viel um Alternativen gerungen, in vielen Fraktionssitzungen lange gesessen und sich viel damit beschäftigt, auch mit der Alternative der Verwaltung, die jetzt auf dem Tisch liege.

So einfach, dass man einfach dicht mache, auf die Kinder keine Rücksicht nehme, so sei es zu keiner Zeit bei keinem einzigen Kreistagsmitglied gewesen. Da sei er sich sicher. Er finde, das gehöre auch zur Fairness dazu, dass man das auch hier betone und so damit umgehe. Manchmal empfinde er es ein bisschen komisch, dass man anfange sich das vorzuwerfen, was man eigentlich jahrelang nicht gemacht habe.

Er wolle noch mal auf den Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wähler eingehen: Eigentlich finde er sehr viele Punkte seien sehr zustimmungswürdig und seien ein Stück weit eine Vereinfachung der Formulierung dessen, was die Verwaltung vorschlage. Nur bei Punkt 4. sei es deswegen ein Problem, weil, wenn man Punkt 4. beschließe, könne man die nächsten Tagesordnungspunkte auch sein lassen.

Weiterhin sei hinzuzufügen, dass der Bad Langensalzaer Bürgermeister den Mühlhäuser Part vergessen habe. Das sei halt manchmal so bei Bad Langensalza, dass man da die Kreisstadt vergesse. Es stehe auch ein Mühlhäuser Part in der Vorlage der Verwaltung, weil es auch darum gehe. Es sei auch sehr schmerzhaft, dass man den Rosenhof aufgeben wolle. Darüber spreche keiner. Das sei für die Mühlhäuser, die im Kreistag sitzen, eine schmerzhafte Frage.

Es sei so, dass im Rosenhof die kleinen Schüler seien und im Johannistal die großen Schüler. Der Blick der Verwaltung war, man gebe 4 Mio. EUR aus, um das Johannistal genauso zu machen, wie es sein solle, barrierefrei so passend mit den Bedingungen, dass man ein echtes Förderschulzentrum habe. Damit schließe der Rosenhof. In der ursprünglichen Variante hätten auch die Kinder aus Bad Langensalza dort hingekonnt.

Jetzt habe man eine neue Variante, die einen Neubau in Bad Langensalza vorschlage, auch genauso wie dann im Johannistal mit den besten Bedingungen für Schülerinnen und Schüler und die brauchen sie auch. Sie brauchen die räumlichen Bedingungen. Er finde es absurd, dass Schülerinnen und Schüler, die „normal“ anscheinend betitelt werden in solchen Räumen unterrichtet werden. Das finde er auch nicht richtig und darüber rede man seit Jahren im Kreistag. Und schon gar nicht finde er es richtig, genau solche Räume dafür zu nutzen, um Menschen mit Beeinträchtigungen zu beschulen.

Der größte Widerspruch in diesem Änderungsantrag sei seines Erachtens der Punkt 4. und der Punkt 5. Man sage, man wolle den Standort erhalten und positioniere sich damit deutlich, dass man erst einmal kein Haushaltssicherungskonzept bekomme. Gleichzeitig wolle man Fördermittel beantragen. Die Fördermittel könne man nur beantragen, wenn man einen Haushalt habe. Das heiße, man könne diese Fördermittel gar nicht ausschöpfen, man könne diesem Antrag gar nicht Folge leisten und die Verwaltung könne es nicht tun, weil sie keine Fördermittel beantragen könne.

Das sei Gesetz und das kenne jeder Bürgermeister und jeder Stadtrat, Wenn man Fördermittel beantragen wolle, brauche man einen beschlossenen Haushalt. Diesen habe man dann nicht. Das finde er schwierig und komme vielleicht dadurch, dass man schnell etwas hinzeichnen möchte.

Er hatte bereits ausgeführt, dass auch der Mühlhäuser Teil einfach vergessen worden sei bei diesem Antrag, der sehr von Emotionen geprägt sei. Diese Emotionen könne er absolut nachvollziehen. Es sei jedoch nicht so, dass man hier nicht emotional dabei unterwegs sei. Die Bauchschmerzen, die jeder in sich trage, seien klar und das möchte er auch nochmal betonen.

Er würde sich freuen, wenn man tatsächlich im Kreistag darüber rede, dass man einen Neubau in Bad Langensalza beschließen wolle, dass man eine Generalsanierung im Johannistal vornehme und dass man die Bedingungen für Schülerinnen und Schüler verbessere. Das bedeute zwei, drei Jahre längere Fahrtwege und ja, das finde er auch doof. Als Pendler wisse er ganz genau, was es bedeute, jeden Tag Fahrtzeiten auf sich zu nehmen. Das sei wirklich anstrengend und er sei nicht ein geistig behindertes Kind. Er könne es absolut nachvollziehen. Aber das sei der Preis dafür, dass man einen Schulneubau bekomme, der dann passend sei. Das wäre möglich, wenn man dem Verwaltungsentwurf zustimme.

Genau darum gehe es doch, es gehe um die Kinder, um die Qualität. Es gehe darum, dass die Kinder vor Ort in die Schule gehen. Genau dem werde Folge geleistet, wenn auch mit Umwegen. Wenn man es beschließe, bedeute das, dass in diesem Jahr auf jeden Fall nichts angefangen werde. Damit bleiben die Treppen und die Beeinträchtigungen. Im Vergleich zu dem habe man eine sinnvolle Perspektive, etwas zu ändern.

Das bedeute auch, dass man darüber reden müsse, wie man den politischen Druck aufrechterhalte, dass man in der Stadt Bad Langensalza den Neubau auch mache. Das waren nämlich die Gespräche darüber, wenn man das jetzt beschließe, dann werde doch der Neubau nicht kommen, dann werde das doch nicht passieren in Bad Langensalza. Man sei hier der Kreistag, der das einfordern sollte.

Er sei ja im Mühlhäuser Stadtrat. Dort habe man eine andere intensive Diskussion geführt, weil man ein bisschen mehr Kohle habe. Man diskutiere viele Dinge sehr häufig. Die Fraktionen sagen, alle drei Monate werde man mit dem Schwanenteich nerven und sagen, was falsch gemacht worden sei. Das sei die Aufgabe des Stadtrates, dies dem Oberbürgermeister vorzuwerfen. Und das sei auch die Aufgabe des Kreistages. Er finde es so passiv, wenn man es nicht mache.

Er habe lange überlegt, was sein Gegenargument zu diesen Schulschließungen sei. Er war Schülersprecher, er sei bildungspolitisch überhaupt zur Politik gekommen. Als Migrantenkind könne man nicht anders zur Politik kommen als über die Bildungspolitik. Er dachte sich, was sei sein Gegenvorschlag? Wo wolle er denn einsparen? Wolle er sagen, man baue am Georgi in Mühlhausen nicht den Sozialtrakt? Das wären dann die 1,2 Mio. EUR, die man nicht verbaue. Das könne er sich als ehemaliger Schülersprecher einfach nicht vorstellen.

Auch andere Kürzungen könne er sich nicht vorstellen. Wenn man überlege, welche Schulinvestitionen man überhaupt mache, dann könne man feststellen, dass man in den letzten Jahren keinen Schulneubau hatte. Es sei nichts investiert worden, um eine komplett neue Schule zu bauen, wie in anderen, reicheren Landkreisen. Man flicke einfach nur den Teppich, mache kleinere Korrekturen, mache ein paar Schulhöfe. Das sei eine gute Sache und alle seien dafür, aber man habe noch nie eine strukturelle Veränderung dadurch gehabt. Deswegen könne er nicht sagen, er finde in diesem Haushalt etwas, was er streiche. Er habe nichts gefunden und er habe bis jetzt auch noch nichts gehört, was man streichen sollte. Das sei das Problem.

Frau Croll schaue ganz komisch auf ihn und sage ach Gott, der labert schon wieder so eine unendliche Rede und schon wieder ein Mann, der vielleicht hier im Kreistag rede. Er sage aber eins. Seine persönliche Perspektive sei auch die, dass man zu passiv in den letzten Jahren im Kreistag war. Man hatte keine Alternativvorschläge.

Wenn man am Ende dem Land drohe, sage, man zeige es jetzt mal dem Land, Herr Görbig habe es gerade noch mal gesagt, es sei doch egal, was in Bund und Land passiere, man wolle es denen jetzt mal zeigen, man wolle Kräfte messen, dann glaube er, dass man das Kräftemessen verlieren werde. Das Land sei immer auf der stärkeren Seite. Wie wolle man das denn machen? Das Land beschließe das.

Er wolle auch noch sagen, wie die Funktion der Bedarfszuweisung sei. Entscheide das das Land einfach so? Nein. Die Bedarfszuweisungen gehen durch einen Ausschuss. In diesem Ausschuss sitzen kommunale Vertreter, zum Beispiel der Landrat des Eichsfeldkreises. Der schaue ganz genau hin, wie viel Geld man dem Unstrut-Hainich-Kreis in der Bedarfszuweisung gebe. Das seien Vertreter der Stadt Gotha, die auch gerade ein Problem haben, den Haushalt zuzukriegen, durch Energiekosten. Die schauen ganz genau hin, weil diese Bedarfszuweisungen nicht einfach nur Geld des Landes seien. Diese Bedarfszuweisungen speisen sich aus dem Thüringer Finanzausgleich und dieser Thüringer Finanzausgleich gehöre den Kommunen.

Das heiße, das ganze Geld, welches über die Bedarfszuweisung ausgeschüttet werde, werde nicht in die Kommunen zurück geschüttet. Die Kommunen kriegen dadurch weniger Geld. Sie müssen damit rechnen und stimmen trotzdem dann zu, dem Unstrut-Hainich-Kreis 13,8 Mio. EUR zu geben, wobei das eine absolut absurde Zahl für einige Kreise sei, die schon lange kein Haushaltssicherungskonzept mehr aufgestellt haben.

Trotzdem haben sie gesagt, dass sie das machen, unter der Bedingung, dass sie weniger Schuldichte haben als der Unstrut-Hainich-Kreis. Rundherum sei die Schuldichte viel, viel schlimmer und er finde es schlecht, dass im Eichsfeldkreis weitaus weniger Gymnasien seien als im Unstrut-Hainich-Kreis. Aber wie wolle man das ändern, wenn man nicht ein bisschen konsequent sein wolle?

Von daher war das eine Entscheidung, die definitiv nicht aus Überzeugung komme, sondern eine Entscheidung aus Pragmatismus. Dieser Pragmatismus speise sich einfach daraus, dass er Zahlen lese und Zahlen bewerten müsse. Er könne nur eins plus eins rechnen, er sei Betriebswirt.

Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen, weil man sage, man wolle eine Generalsanierung im Johannistal und man wolle einen Neubau in Bad Langensalza, so schnell wie möglich. Er glaube, das kriege man auch hin, wenn man endlich mal ein bisschen Vision wage.

Herr Poppner meinte, dass es heute Abend sehr emotional sei. Auch er sei emotional innerlich bewegt und da spreche er immer etwas ruhiger. Er habe sich etwas aufgeschrieben, damit er es nicht vergesse:

Nach der salbungsvollen Rede, nach der ersten Rede des Herrn Kubitzki frage er Herrn Kubitzki, wer in Erfurt regiere? Wer bestimme über das Geld? Das sei seine Partei in der Koalition.

Herrn Shevchenko frage er, ob man sich als Kreis immer daran orientieren müsse, wo es schlechter laufe als im Unstrut-Hainich-Kreis? Müsse man immer schauen, wer weniger habe? Wer regiere in Erfurt?

Herr Roth gab bekannt, dass diese Verwaltungsvorlage letzte Woche Dienstag im Bildungsausschuss präsentiert worden sei. Man habe diskutiert und die Beschlussvorlage sehr unterschiedlich bewertet. Er wolle nicht näher in die Details gehen.

Er habe eine Frage und da sei er etwas verwirrt: Man habe die Ausführungen von Herrn Reinz gehört und man habe gehört, was mit dem Gebäude und der grundbuchlichen Eintragung des Gebäudes passiere. Er frage den Landrat, was jetzt mit den 600 TEUR sei? Bleiben nach den Ausführungen von Herrn Reinz jetzt die 600 TEUR Teil des Haushaltssicherungskonzeptes oder müssen sie jetzt rausgenommen werden?

Das hieße ja im Umkehrschluss, wenn man sie rausnehmen müsste, dass das Haushaltssicherungskonzept gar nicht aufgehe. Man brauche gar keinen Haushalt zu beschließen. Also er sei jetzt etwas verwirrt.

Der Landrat erwiderte, dass es ihn irritiere, dass Herr Roth verwirrt sei. Herr Roth sei lange genug Kreistagsmitglied. Er könne es nur wiederholen, auch wenn man es nicht hören wolle. Es sei ganz normale Praxis bei allen Schulen, die man bisher geschlossen habe oder Schulgebäuden, die man aufgegeben haben, weil man Schulen zusammengelegt habe. Es sei überall dasselbe gemacht worden. Überall seien Verkäufe ins Haushaltssicherungskonzept eingestellt worden. Überall seien die Kommunen gefragt worden.

Einen weiteren Punkt hatte er vorhin genannt. Im letzten Haushaltssicherungskonzept stehe, dass in Bad Langensalza die Thamsbrücker Straße verkauft werde, in welchem das Gesundheitsamt gewesen war. Da habe man eine Einnahme von 355 TEUR gehabt. Die Ausschreibung habe 655 TEUR ergeben. Das sei eine Mehreinnahme und das Haushaltssicherungskonzept werde fortgeschrieben.

Genauso war es beim Schullandheim. Das stand auch im Haushaltssicherungskonzept. Dann seien halt 90 TEUR rausgekommen und man musste die geplanten Millionen ändern. Wenn morgen jemand 200 TEUR biete, dann ändere man wieder das Haushaltssicherungskonzept.

Am Ende sei es die Summe aller Maßnahmen. Dieser Betrag müsse in den Antrag der Bedarfszuweisung, auf dem man das Haushaltssicherungskonzept aufgebaut habe, passen.

Wenn die Stadt dann doch sage, man wolle das Grundstück haben, dann müsse die Verwaltung einen Ausgleich finden und das Haushaltssicherungskonzept fortschreiben.

Im Haushaltssicherungskonzept steht wortwörtlich, es sei eine jährliche oder anlassbezogene Fortschreibung notwendig, damit immer die Zahl unten stimme. So wie Maßnahmen herausgenommen werden, kommen auch neue Maßnahmen dazu.

Er wisse nicht, was man im nächsten Haushaltssicherungskonzept machen müsse, wenn die Stadt wirklich diese Karte ziehe, wahrscheinlich aber nichts, da man es ja gar nicht schließe. Insofern sei es eine Pseudo-Diskussion. Jetzt aber könne er die 600.000 EUR nicht ergänzen und Herr Roth habe richtig gefragt, man habe dann keinen Haushaltsplan.

Herr Dr. Kappe merkte an, dass er sich ein bisschen in einer verkehrten Welt fühle, wenn die einzigen, die rechnen können, von Links seien und die Konservativen ihre emotionale Seite entdecken. Es könne nicht sein, man lebe seit 2014 in einem Haushaltssicherungskonzept und müsse doch mal schauen, was man bisher im Kreis erreicht habe. Man rede jetzt über Schulerhalt und postuliere Qualität. Man habe Qualität, aber wir haben auch nur ein begrenztes Stück vom großen Kuchen und da müsse er Herrn Shevchenko und dem Landrat Recht geben und sogar Herrn Kubitzki. Man müsse mit den Ressourcen auskommen, egal wie sie seien. Da müsse man auch irgendwann Abstriche machen, das sei leider so. Er finde es auch gut, dass hier persönlich abgestimmt werde. Da werde sich wirklich zeigen, wer rechnen könne und wie die persönliche Meinung sei, was für die Kinder besser sei.

Er habe mit Herrn Dr. Kliewe intensiv gesprochen. Er habe ihm vorgehalten, die Liberalen, die FDP, werde ihren Wahlgrundsätzen untreu und fördert nicht mehr die Bildung. Man fördere die Bildung seit Jahren, da brauche man nur in die Schulen gehen, die man saniert habe und die Sportstätten, die man geschaffen habe. Es mangele aber tatsächlich nicht nur an einem Raum, sondern auch an den Lehrkörpern und da finde er es auch wieder bedenklich, wenn man Drohkulissen aufbaue, wie jetzt beim Förderzentrum, dass die Lehrer ihren Dienstaufträgen nicht mehr nachkommen und dann in die Pension entschwinden. Da müsse man sich auch fragen, was solle hier erreicht werden?

Der Antrag vom Landrat eröffne die Chance, nicht in Fünfjahresplänen zu denken. Das hätte er eher von Herrn Kubitzki erwartet. Man habe eine Chance. Der Neubau, den könne er auch perspektivisch, wenn er die letzten Haushaltsjahre betrachte, sehr in Frage stellen. Man habe jetzt tatsächlich 13 Mio. € minus. Wovon solle man diesen Neubau bezahlen? Aber man versuche es und das möchte er wertschätzen. Auch als Liberaler, da gehe er mit.

Den Antrag von den Freien Wählern könne er dieses Mal nicht unterstützen, auch wenn er es gerne würde, aber es gebe halt hier die Option jetzt mit einem Neubau, dass man es die nächsten Jahre probiere. Da könne man auch mal emotionslos über die ganze Sache diskutieren, jetzt eine Hauruck-Aktion führe zu nichts.

Frau Croll sprach im Namen der CDU-Fraktion Dank an die Elternsprecher und an alle Vertreter, die heute gekommen seien, aus. Sie wisse, was es für alle bedeute, da die Zeit ehrenamtliche Zeit sei, so auch wie die Zeit der Kreistagsmitglieder. Es gehöre zur Demokratie, dass auch mal geklatscht werden dürfe. Sie glaube, das können alle auch in der Demokratie aushalten. Auch ein paar Zwischenrufe sehe man als nicht so schlimm. Auch das könne die Geschäftsordnung aushalten.

Die CDU-Fraktion werde auf jeden Fall heute den Beitrag dazu leisten. Das habe der Fraktionsvorsitzende auch gesagt.

Sie richte sich an den Landrat und meinte, dass sie wirklich verwundert sei. Sie habe der letzten Sitzung am 21. Februar 2023 online mit ihrem Sohn, der damals zwei Wochen gewesen war, zugeschaut und müsse den Zuschauern teilweise Recht geben. Auch das Verhalten des Landrates heute finde man ein Stück weit arrogant oder zumindest nicht auf Augenhöhe.

Sie finde, wenn man in der Politik, egal wie lange man auch im Amt sei, die Augenhöhe zum Parlament und auch zu den Bürgern verliere, dann sei das schon ein Stück weit schwierig und kein Wort von Entschuldigung und kein Wort von Selbstreflexion. Die ganze Art und Weise des Verfahrens sei heute kurz angesprochen worden, wie überhaupt informiert wurde. Es habe keine Anhörung gegeben, man habe es durch die Zeitung erfahren. Die Kinder haben es aus der Zeitung erfahren. Und alles das finde der Landrat gut?

Sie möchte es heute noch mal ansprechen, dass dieser Weg überhaupt nicht in Ordnung gewesen war. Da hätte sie auch ein Stück weit erwartet, dass da auch mal eine Entschuldigung komme. Erst durch den Antrag der Sondersitzung der CDU und den Freien Wählern sei wirklich der Informationsfluss wiederhergestellt worden. Ansonsten wäre man heute erst über die ganzen Sachen informiert worden.

Diese Politik habe wirklich nichts mit Weitsichtigkeit zu tun. Vor einem Jahr wollte man noch einen ausgeglichenen Haushalt herstellen. Da hätte sie sich, wenn der heute vorliegen würde, verbeugt, weil sie damals schon gedacht hatte, wie wolle man das eigentlich schaffen? Heute habe man einen vorliegen oder auch nicht mit 13 Mio. EUR Bedarfszuweisungen und noch dazu einen Haushalt, wo Tatsachen geschaffen seien, in den schon die Schulschließungen eingeplant seien.

Sie sage eins ganz deutlich zu den anderen Fraktionen: Die CDU-Fraktion lasse sich keinen unverantwortungsvollen Umgang mit dem Haushalt vorwerfen. In der CDU-Fraktion sitzen Unternehmer und auch Bürgermeister, die ordentliche Haushaltspolitik durchgeführt haben, die wirklich auch ausgeglichene Haushalte beschlossen haben. Es seien alles kompetente Leute.

Wer habe denn die Haushalte beschlossen, Luftbuchungen von 50 Mio. EUR Verkauf des Krankenhauses? Habe das die CDU-Fraktion beschlossen? Nein. Das Ganze habe doch dazu geführt, dass man jetzt auch hier diese Schulden habe. Dann so etwas der CDU-Fraktion vorzuwerfen, das nehme man sich nicht an. Das nehme sie sich als Unternehmerin nicht an. Man nehme sich auch nicht an, dass man nicht rechnen könne.

Diese ganze Sache sei auch keine Sache aus wahlkampfpolitischen Dingen, sondern aus tiefster Überzeugung, dass Bildungspolitik vor Ort stattfinden müsse, aus tiefster Überzeugung, dass wirklich im ländlichen Raum wohnortnah die Schulen und das Geld dafür da sein müsse, weil Bildung das höchste Gut auch insgesamt sei.

Herr Schmalz unterbrach Frau Croll. Man hatte einen guten Modus gefunden, dass nicht nach jedem zweiten Satz geklatscht werde. Er werde einiges zulassen, aber nicht nach jedem zweiten Satz.

Frau Croll fuhr fort. Der Landrat mache Vorwürfe, man würde sich nicht im Haushaltssicherungskonzept einbringen. Klar habe man sich in den Ausschüssen damit beschäftigt. Man habe auch Sachen dazu gesagt. Dann sage der Landrat heute, daran, am Haushalt sei nur die CDU schuld. Wenn der Landrat mit seinen Schecks durch den ganzen Landkreis laufe, stehe auch nicht darauf, vom Kreistag beschlossen. Wenn man es auf der einen Seite so mache, könne man es auch auf der anderen Seite so machen.

Klar habe man den Haushalt mit beschlossen. Wichtig sei auch, dass die Bürger sich auf die Entscheidung des Kreistages verlassen können. Alle hätten eine Schulnetzplanung bis 2025 beschlossen und umsonst werde das hier auch nicht über fünf Jahre beschlossen. Man stehle sich nicht aus der Verantwortung. Man sage ganz klar, die Schulnetzplanung bis 2025 habe Bestand. Jetzt könne man gemeinsam mit den Eltern, mit den Verantwortlichen, mit den Fraktionen anfangen, an Lösungen zu arbeiten. Aber nicht von heute auf morgen, nicht innerhalb von zwei Monaten solche Tatsachen zu schaffen, ohne ordentliche Diskussion und ohne sich mal richtig intensiv damit zu beschäftigen. Wie könne man dafür sorgen, dass mehr Schüler auf die Schule gehen? Wie könne man dafür sorgen, dass es effektiver werde? Diese Frage habe noch gar nicht im Raum gestanden. Es habe immer nur die Frage im Raum gestanden, es werde alles geschlossen.

Ein wichtiges Argument sei natürlich auch, Herr Gottstein habe es in der letzten Sitzung angesprochen, dass dieser Förderbedarf immer weiter zunehme. Das haben in vielen Runden auch die Pädagogen bestätigt, dass schon im Kindergartenalter jetzt der Förderbedarf viel höher sei. Inklusion sei gut, aber sie habe eben auch Grenzen. Diese seien jetzt in unserem Bildungssystem auch fast erreicht und deswegen sei es wichtig, dass die Förderschulen bestehen bleiben und dass eben auch da mehr Kinder hinkommen.

Der Landrat hatte auf die Schüler aus Menteroda verwiesen. Sie gebe als Dozentin Unterricht am IB in Bad Langensalza. Da kommen die Förderschulen aus Bruchstedt, aus Bad Langensalza und lernen dort Berufe kennen. Deswegen kenne sie vom Förderzentrum die Klassen acht bis neun der letzten fünf Jahre. Die Schüler, die aus Menteroda kommen, die kommen nämlich freiwillig in die Schule. Das könne sie sagen, weil sie die Gesichter auch vor Augen habe. Die kommen nicht, weil sie dorthin fahren müssen, sondern weil sie direkt auf diese Schule möchten.

Eines wolle sie noch sagen, was noch richtig und wichtig sei, weil jetzt auf den Bund geschimpft wurde. Tatsache sei eben auch, dass auch die Gelder, die man das letzte Mal hatte, auch durch Bundesförderung möglich waren. Der Bund hatte unter der letzten CDU-Regierung ein Förderprogramm für die Schulen auferlegt und das Geld vergeben. Das gehöre zur Wahrheit auch dazu, weil der Landkreis sich das hätte nicht alles leisten können, die Schulinvestitionen, die man jetzt ausführe.

Herr Zunke-Anhalt hatte vergessen zu sagen, dass die CDU-Fraktion natürlich für die namentliche Abstimmung sei. Das wolle man auch mit beantragen. Man stimme voll dem Antrag der Freien Wähler zu, weil man auch denke, was einmal weg sei, sei weg und da komme auch keine andere Lösung mehr. Man sollte jetzt bei beiden Schulstandorten dranbleiben.

Herr Reinz richtete sich an Herrn Shevchenko: Der Unstrut-Hainich-Kreis bestehe nicht nur aus der Kreisstadt Mühlhausen und demzufolge sollte auch der ländliche Raum des Unstrut-Hainich-Kreises nicht abgeschnitten werden. Er habe, ohne dass er sich in Richtung Oberbürgermeister Herrn Bruns da irgendwo abwertend äußern möchte, aber der Oberbürgermeister hat sich diesbezüglich auch noch nicht im Kreistag zu dieser Situation geäußert. Deshalb sage er auch hier klar und deutlich. Es gebe den Unstrut-Hainich-Kreis und der besteht nicht nur aus der Kreisstadt Mühlhausen.

Als damals das Landratsamt mit dem Außenstandort Bad Langensalza nach Mühlhausen gezogen worden sei, hatte er als Bürgermeister auch nicht interveniert. Der Landrat hatte vorhin den Grundstücksverkauf der Thamsbrücker Landstraße 20 angesprochen. Bis heute sei der von ihm angepriesene Verkaufserlös nicht eingegangen, die 655.000 EUR habe der Landkreis noch gar nicht, weil der Notarvertrag für den Verkauf des ehemaligen Landratsamtes in Bad Langensalza noch nicht abgeschlossen sei. So viel zur Ehrlichkeit.

Des Weiteren möchte er hier noch mal ganz klar und deutlich sagen, es werden immer Gesetze zitiert. Er als Bürgermeister und Kreistagsmitglied zitiere nur ein Gesetz, das Schulfinanzierungsgesetz. Darin stehe ganz klar das, was er vorgetragen hatte.

Die Stadt Bad Langensalza und er als Bürgermeister und Kreistagsmitglied könne sich doch nicht ans Rednerpult stellen und sagen, okay die Stadt Bad Langensalza gebe die 600.000 EUR Verkaufserlös für dieses Schulgebäude dem Landkreis. Deswegen habe er diesen Weg angemahnt, der so mit der Stadt nicht kommuniziert worden sei. Er sage es hier noch mal klar und deutlich, wenn dieser Tagesordnungspunkt, der Vorschlag der Verwaltung, hier beschlossen werde, dann verspreche er, sei dieses Haushaltssicherungskonzept, so wie es eingebracht werde, nichts wert. Es sei Makulatur, denn die 600.000 EUR werden nicht kommen.

Wenn man den Tagesordnungspunkt 20 mit der Vorlage der Verwaltung so beschließe, verspreche er eins, in drei Jahren werde sich keiner mehr daran erinnern, dass hier dieser Beschluss gefasst worden sei. Da sagt man am Ende, man habe alles versucht, man habe nichts bekommen und es sei jetzt so wie es sei. Er möchte die einzige Möglichkeit, die man jetzt noch habe, denn das Haushaltssicherungskonzept sei eh schon Makulatur, dass das Förderschulzentrum in der jetzigen Form am Standort Bad Langensalza verbleibe, denn wenn es weg sei, sei es weg.

Herr Kirchner merkte an, dass es eigentlich traurig sei, dass man heute über so etwas debattieren müsse. Andererseits, jeder der hier vorn gestanden habe, habe in gewisser Weise Recht mit dem, was er sagte. Dennoch dürfe man trotzdem den Respekt voreinander nicht verlieren, so hitzig die Debatte auch werde. Er habe hier alle drei Anträge vor sich liegen und habe lange überlegt. Trotz Fraktionslosigkeit habe er viele Zuschriften bekommen. Dafür und für den Austausch bedanke er sich.

Man habe den Antrag der Freien Wähler, die erste Beschlussvorlage und den Antrag der Verwaltung. Wenn man jetzt mal ehrlich sei und sich das anschaue, sei auf den ersten Blick der Antrag der Verwaltung, der im Nachhinein gekommen sei, nicht verkehrt. Auf dem zweiten Blick fehle ihm in diesem Antrag leider die 100%-ige Zusage für den Neubau, denn diese habe man hier nicht.

Wenn man sich den Antrag der Verwaltung genau anschaue, müsse er seinem letzten Vorredner Recht geben. Es werde darauf hinauslaufen, unabhängig davon, dass man am Ende in Bad Langensalza kein weiteres Förderzentrum habe. Jeder, der ein behindertes Kind habe, wisse wie schwierig es mit der Beförderung, mit dem Arbeitsalltag, mit allem Drum und Dran sei.

Wenn man jetzt hier zulasse, dass man dieses Förderzentrum schließe und die Kinder letztendlich laut Beschluss der Verwaltung in die Grundschule Sonnenhof gehen lasse, habe man am Ende dennoch und darauf werde es hinauslaufen, kein Förderzentrum mehr. Dafür habe man viele andere Beispiele. Deswegen sollten sich wirklich alle Gedanken machen, ob es nicht Sinn mache, dem Antrag der Freien Wähler zuzustimmen. Das sei die einzige Möglichkeit im Moment oder der einzige Antrag, der in der Form vorliege, dass das Förderzentrum erhalten bleibe.

Die Kreistagsmitglieder sollten dafür plädieren, dass das Förderzentrum in Bad Langensalza in seiner jetzigen Form erhalten werde, bis der Neubau beschlossen sei. Dazu stehe er auch. Er finde, dass man allein aus diesem Grund, weil bei dem Antrag der Verwaltung nichts zu 100 % fest stehe, dem Antrag der Freien Wähler heute zustimmen sollte.

Frau Zanker gab bekannt, ja, sie sei Frau Zanker und sei seit zehn Jahren die Ehefrau. Auch wenn es der eine oder andere vielleicht nicht glaube, man führe eine sehr harmonische Ehe. Das mal zur Auflockerung.

Sie wendete sich an Frau Croll: Frau Croll habe gesagt, die Schecks, die der Landrat mitunter verteile, die gehen nicht durch den Kreistag. Sie erinnere sich an einen Scheck, Postsportverein über 1.000 EUR, den habe die Familie Zanker privat gespendet. Es wäre vermessen, wenn darüber der Kreistag entscheiden sollte. Es mache sie traurig, wenn hier jetzt gebuht werde, wenn man Geld den Vereinen für die Nachwuchsförderung zur Verfügung stelle. Dass sie keinen Beifall dafür erfahre, damit habe sie auch nicht gerechnet, aber das mache sie wirklich nachdenklich.

Weiterhin möchte sie gerichtet an Herrn Kirchner sagen, ja es sei emotional. Vielleicht könne sie sich da auch nicht zurücknehmen, vielleicht werde es auch noch mal ein bisschen emotional, weil sie sei Schulleiterin einer Grundschule und wisse, wie wichtig Kinder seien, egal wem, ob aus Elternsicht, aus Lehrersicht oder aus Kreistagsmitgliedssicht. Sie könne den Ärger, die Trauer und die Wut über den Vorschlag der Verwaltung verstehen. Herr Shevchenko habe es gesagt, auch die SPD-Fraktion habe geschluckt.

Ganz vieles sei schon gesagt worden und sie höre auch schon Stöhnen, dass die Diskussion so lange dauere. Trotzdem richte sie jetzt noch mal den Blick bewusst auf die Dinge, die vielleicht nicht gesagt worden seien. Das gelinge ihr am besten am Facebook-Post der CDU vom Samstag. Der beginne mit der Überschrift „Keine Schulschließungen wegen klammer Kassen."

Schule habe sich mittlerweile so weit entwickelt, dass man gar nicht Defizit- oder Fehlerorientiert bewerte. Sie gehe an ihrer Schule immer stärkenorientiert vor, auch bei der Bewertung der Schüler. Demzufolge hätte sie also diese Überschrift anders geschrieben. Sie hätte geschrieben:

„14,4 Mio. EUR werden in diesem Jahr in die Schulen unseres Landkreises investiert. Davon profitieren über 10.800 Schülerinnen und Schüler. Es gibt richtige Großprojekte dabei, die Generalsanierung der Regelschule Bad Tennstedt, die Generalsanierung der Grundschule Thamsbrück, die Grundschule Martini soll eine neue Turnhalle bekommen oder zum Beispiel auch die Außenanlagen des Salza-Gymnasiums."

Vielleicht hätte sie aber auch diese Überschrift gewählt: „Bessere Lernbedingungen für Schlotheims Grund- und Regelschüler ab 2025" oder „Neubau für die Förderschule in Bad Langensalza auf den Weg gebracht."

Das seien Überschriften, die sie gefunden hätte.

In dem Post werde aufgeführt, dass eben die wesentlichen Punkte unter anderem für die Ablehnung, die bestehende Schulnetzplanung sei, die der Landkreis habe. Allen Kreistagsmitgliedern sei die Antwort einer kleinen Anfrage aus dem Landtag zugegangen und da werde noch mal der Minister angefragt, ob das überhaupt rechtens sei. Sie lese vor:

„Es handelt sich um ein Planungsinstrument, welches keine Bindungswirkung in Bezug auf die geplanten Schulschließungen hat, sondern einen geordneten Schulbetrieb gewährleisten soll. Das bedeutet, dass Schulen eine Größe haben sollen, die einen zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz von personellen und sächlichen Mitteln sichert."

Da stehe, dass dieser Verwaltungsvorschlag vollkommen rechtskonform sei. Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Haushaltssituation sei er einfach unumgänglich. Hinzu komme, dass in der Schulnetzplanung das Gymnasium Schlotheim schon mit rotem Ausrufezeichen stehe, wie auch schon in der Planung davor und davor.

Frau Croll redete von diesen verantwortungsbewussten Menschen in ihrer Fraktion, die alle Haushalt können und die alle ihre Hausaufgaben gemacht haben. Es sei allen bekannt, dass man unterschiedliche Sichtweisen habe. Das sei auch legitim, aber vielleicht sollte man da noch mal genauer hinschauen.

Es passe zu der Aussage, die Politik müsse getroffene Entscheidungen durchtragen. Da sage sie oha. Der Landkreis könne nichts für eine Energiekrise oder für einen Krieg in Europa. Das könne man nicht ändern. Man hatte aber zum Beispiel Dinge in der Hand, die hätten vielleicht Menschen, die hier sitzen oder nicht mehr hier sitzen, beeinflussen können, nämlich zum Beispiel die Größe des Unstrut-Hainich-Kreises.

Durch den Wechsel einiger Gemeinden entgehen dem Landkreis und das sei nicht eine ausgedachte Zahl, die Zahlen seien für eine Anfrage aus dem KT erarbeitet worden, in den nächsten vier Jahren 11 Mio. EUR verloren. So viel hätte man durch Schulschließungen niemals sparen können.

Was sie damit sagen wolle: Wären einige Gemeinden geblieben, wäre vielleicht das Loch nicht so groß und man müsste heute nicht hier stehen.

Sie hoffe ganz einfach, nein, sie gehe davon aus, dass Herr Zunke-Anhalt und Herr Urbach, als sie das Bild vor den Schulen geschossen haben, einfach auch allen Beteiligten, die da Sorge haben um ihre Schule die sie, sie wiederhole sich, nachvollziehen könne, vielleicht so ehrlich waren und gesagt haben, ein kleiner Baustein sei ihre Gemeinde, ihre Konsolidierung des Haushaltes, die man nicht erschwert umsetzen wollte, sondern lieber den Weg des Kreisaustritts gewählt habe. Sie glaube, auch das müsse einfach der Ehrlichkeit halber mal gesagt werden.

Dass es Folgen gebe, war allen bewusst. Sie habe lange mit sich gehadert, ob sie wirklich diese Rede hier so halte, wie sie sie jetzt halte, aber die Sichtweisen sollten allen Menschen bekannt sein. Sie finde es gefährlich, wenn man einfach populistisch und vereinfacht die Dinge hier darstelle. Das Ignorieren der Konsequenzen des eigenen Handelns halte sie für den falschen Weg. Das sei für sie ein bisschen wie Feuer legen und dann Feuerwehr spielen. Sie glaube, das schade allen, auch der Sachpolitik im Landkreis. Sie sei sich bewusst, dass sie dafür keinen Beifall bekomme.

Zur Sachpolitik gehören auch notwendige, in diesem Fall leider schmerzhafte Entscheidungen für Kinder und Familien. Das zeuge aber auch von Transparenz, von Mut und von Ehrlichkeit. Natürlich wäre es vielleicht lieber gewesen, wenn die Verwaltung und der Landrat gesagt hätten, man verschiebe das mit Schlotheim noch mal. Man schiebe es ja schon so viele Jahre vor sich her und in ein oder zwei Jahren, wenn es überhaupt keine anderen Auswege mehr gegeben hätte, wäre das Thema doch wieder auf die Tagesordnung gekommen.

Sie glaube, die Menschen und da meine sie nicht nur die im Unstrut-Hainich-Kreis, die seien sehr daran interessiert, dass man ihnen ehrlich sage, was gehe und was gehe nicht.

Zur Förderschule wolle sie noch etwas an Herrn Zunke-Anhalt richten: Wenn er da jetzt schon ein Protokoll habe, man selber habe leider noch keines von der Verwaltung, dann stehe da ja auch sicherlich drin, dass zum Beispiel andere Landkreise und das habe die Vertreterin vom Schulamt gesagt, auch diesen Weg gegangen seien. Der Eichsfeldkreis habe ein Förderzentrum. Das Schulamt habe gesagt, man unterstütze dabei, weil man es einsehe, dass es nicht wirtschaftlich sei.

Es werde bemängelt, dass die Förderschüler nicht an einem Ort zusammen lernen würden in Bad Langensalza. In Mühlhausen sei es seit sie denken könne die Praxis. Es gebe immer schon den Rosenhof und das Johannistal. Das ganze Ausmaß sei ihr persönlich bei dem Foto bewusst geworden, mit welchem Herr Reinz für die Demonstration warb, dass in diesem großen Gebäude wirklich 79 Kinder seien. Sie glaube, es sei auch gar nicht mehr so strittig, dass dieses Gebäude nicht wirtschaftlich sei.

Sie möchte bekräftigen, dass man in dem Änderungsantrag der Verwaltung viele Vorteile sehe. Für die SPD-Fraktion komme die ernsthafte Absicht für den Neubau herüber. Man finde, 40 Förderschüler können in einer gut sanierten Sonnenhofschule gut lernen. Die Kleinen müssen nicht fahren, was wirklich immer der Beweggrund der Eltern war. Für sie sei das ein gutes Zusammenspiel im Bildungsausschuss gewesen, denn der Änderungsantrag hatte dann auch in der Abstimmung eine gute Zustimmung erreicht. Sie sei guter Hoffnung, dass sich vielleicht der eine oder andere da noch mal besinne.

Zum Schluss komme sie auf den Post zurück, in dem stehe: Jedes Jahr höre man das Lied vom Landrat, man müsse zustimmen, sonst könne man nicht in Schulen investieren. Ja, das Lied singe man dieses Jahr wieder, weil es einfach gesungen werden müsse. Sie erinnere sich aber auch an Jahre, in denen es die betreffenden Schulen bestimmter Orte betraf, dann habe der eine oder andere eben aus regionaler Anbindung auch mitgesungen. Die anderen singen auch immer dieselben Lieder, zum Beispiel, das Lied vom Verfügungsfonds des Landrates.

Sie hoffe, dass viele dem Änderungsantrag der Verwaltung zustimmen. Die SPD-Fraktion finde den zielführend und aussichtsreich. Er sei ein guter Kompromiss zur ersten Vorlage der Verwaltung. Um beim Lied zu bleiben, sie hoffe, es stimmen viele mit ein.

Herr Schmalz merkte an, dass die Personen, die das zweite Mal am Mikrofon seien, vielleicht in sich gehen könnten, um das Ganze kurz zu halten.

Herr Poppner wandte sich an Herrn Reinz. Er sei geborener Mühlhäuser, im Gegensatz zum Oberbürgermeister von Mühlhausen. Er möchte darum bitten, keine Regionen gegeneinander auszuspielen. Mühlhausen habe auch verloren. Man sollte gemeinsam diesen Kreis weiter entwickeln und nicht abwickeln.

Frau Zanker habe von Krieg in Europa gesprochen. Der Staat habe ja Geld für alles. Im Gegensatz zu anderen, habe er den vorhin zitierten Helmut Schmidt persönlich kennenlernen dürfen. Dieser sprach von lieber 100 Stunden verhandeln als eine Minute schießen. In dem Sinne sollte man hier zum guten Ende kommen und den Kreis nicht weiter abwickeln.

Herr Kubitzki gab bekannt, dass man zum Schluss nur immer übers Geld gesprochen habe. Er müsse sagen, das sei zwar die Ursache, aber es gehe auch um Kinder. Gerichtet an Frau Croll müsse er noch etwas sagen: Keiner spreche hier über die Qualität des Unterrichts. Dazu gehören ordentliche Lernbedingungen, ordentliche Räume, ordentliche Schulmaterialen und auch genügend Lehrer.

Er erinnere daran, wer in der 2. Hälfte der 90er Jahre hier in diesem Land die Lehrer abgebaut habe, wer Lehrer zweiter und erster Klasse gebildet habe, nämlich mit diesem Floating-Modell. Das müsse er an dieser Stelle sagen. Heute hätten alle mit diesem Lehrermangel zu kämpfen und versuchen Lehrer einzustellen. Sogar die LINKEN haben dafür gestimmt, was er nie geglaubt hätte, dass man Lehrer wieder verbeamte, um Lehrer nach Thüringen zu holen. Das gehöre zur Wahrheit dazu. Lehrer haben auch etwas mit Schulqualität zu tun.

Gerichtet an die Eltern vom Förderzentrum meinte er, wenn der Antrag der Freien Wähler eine Mehrheit bekomme, bedeute das, dass die Kinder weiter in diese Schule gehen müssen. Er wisse nicht, ob das bei Kindern mit höherem Förderbedarf nicht auch eine Rolle spiele, nicht nur die Fahrwege, sondern auch unter welchen örtlichen Bedingungen die Kinder lernen können, wie die Klassen aussehen, wie das Lernumfeld sei, wie der Hof aussehe, mit welchen Materialen sie arbeiten können. Auch das gehöre zur Lernqualität dazu.

Es sei schon viel verglichen worden. Der Eichsfeldkreis habe in den 90er-Jahren eine Schulnetzplanung gemacht und, so glaube er, 38 Schulen geschlossen. Wenn man aber heute in die Schulen des Eichsfeldkreises hineingehe, sehe er eine Schule, die wie eine Schule aussehe und die gut ausgestattet sei. Das könne man nicht machen, weil auch die LINKEN gesagt haben, man mache keine Schulschließungen und die Sanierungen, die man mache, seien auch nur immer das Notwendigste und ein Tropfen auf den heißen Stein.

Keiner habe die Schulqualität und die Lernqualität in die Augen genommen. Er glaube, wenn Kinder vom Förderzentrum in das Johannistal gehen, was saniert werden solle, was aber jetzt schon vom Umfeld her mit dem in Bad Langensalza nicht zu vergleichen sei, sei das ein Stück mehr Lebensqualität für die Kinder. Und darum gehe es doch letzten Endes. Man mache sogar den Kompromiss, dass die kleineren Klassen in die Sonnenhofschule gehen, damit sie aus diesem Gebäude und aus diesem Bedingungen rauskommen. Das sei das Ziel des Ganzen.

Was den Neubau betreffe, sei das eine gute Absicht, die man habe und dokumentiere. Aber egal ob der Änderungsantrag der Verwaltung oder der Antrag der Freien Wähler, man könne nicht zu 100 % versprechen, dass das mit dem Neubau klappe. Man werde sich bemühen und dafür kämpfen, dass man dieses Förderzentrum als Neubau in Bad Langensalza bekomme. Aber man müsse auch daran denken, nicht nur die Fahrzeit habe etwas mit Qualität zu tun, sondern auch die Lernbedingungen. Er wisse nicht, wer sich schon mal das Johannistal angesehen habe und welche Bedingungen die Kinder im Johannistal haben.

Herr Dr. Bruns meldete sich zur Geschäftsordnung und redete vom Platz aus. Er beantragte „Ende der Debatte“.

Herr Schmalz rief zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag „Ende der Debatte“ auf. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Herr Schmalz gab bekannt, dass zwei Änderungsanträge vorliegen würden. Der weiterführende Antrag sei der Änderungsantrag der Freien Wähler, weil in diesem die Schule nicht geschlossen werden soll. Daher werde er diesen zuerst abstimmen lassen.

Herr Schmalz rief zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag Freien Wähler auf, der wie folgt laute:

1. „Das staatliche Förderzentrum „An der Salza“ in Bad Langensalza wird nicht geschlossen.

2. Der Landkreis Unstrut-Hainich und die Stadt Bad Langensalza suchen gemeinsam nach Möglichkeiten eines Neubaus in der Stadt Bad Langensalza für das Förderschulzentrum „An der Salza“.

3. Der Neubau muss mindestens die Schülerzahl der bisherigen Schule aufnehmen können.

4. Der bisherige Standort bleibt bis zur endgültigen Bezugsfertigkeit erhalten.

5. Sämtliche Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen.“

Namentliches Abstimmungsergebnis:

Name	*Abstimmung*
CDU-Fraktion	
Conrad, Matthias	Ja
Croll, Jane	Ja
Holzapfel, Elke	Ja
Hunstock, Manfred	Ja
Kühler, Tobias	Ja
Lehmann, Annette	Ja
Lutze, Karsten	Ja
Mascher, Reinhard	Ja
Roth, Hans-Joachim	Ja
Dr. Scharf, Eberhard	Ja
Schmalz, Jeremi	Ja
Zunke-Anhalt, Klaus	Ja
SPD-Fraktion	
Dr. Bruns, Johannes	Nein
Gött, Jürgen	Nein
Henning, Andreas	Nein
Kleemann, Dagmar	Ja
Klupak, Jörg	Nein
Niebuhr, Matthias	Nein
Shevchenko, Oleg	Nein
Wacker, Martin	Nein
Zanker, Claudia	Nein
Zanker, Harald	Nein
AfD-Fraktion	
Görbig, Iven	Ja
Kleinschmidt, Angelika	Ja
Kleinschmidt, Detlef	Ja
Lindner, Andreas	Ja
Poppner, Ronny Hermann	Ja
Sell, Stefan	Ja
Fraktion Freie Wähler Unstrut-Hainich	
Montag, Karl-Josef	Ja
Reinz, Matthias	Ja
Riemann, Jan	Ja
Wronowski, Torsten	Ja
Zehaczek, Uwe	Ja
Fraktion DIE LINKE	
Eger, Cordula	Ja
Kubitzki, Jörg	Nein
Ortmann, Monika	Ja
Pollak, Petra	Ja
Rebenschütz, Anja	Nein

Name	*Abstimmung*
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gaßmann, Tino	Nein
Schlegel, Edgar	Nein
FDP-Fraktion	
Groß, Marko	Enthaltung
Dr. Kappe, Alexander	Nein
fraktionslose Kreistagsmitglieder	
Kirchner, Björn Guido	Ja
Kunze, Jens	Ja

Der Antrag wurde mit 29 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Der Beschlusstext lautet:

1. „Das staatliche Förderzentrum „An der Salza“ in Bad Langensalza wird nicht geschlossen.

2. Der Landkreis Unstrut-Hainich und die Stadt Bad Langensalza suchen gemeinsam nach Möglichkeiten eines Neubaus in der Stadt Bad Langensalza für das Förderschulzentrum „An der Salza“.

3. Der Neubau muss mindestens die Schülerzahl der bisherigen Schule aufnehmen können.

4. Der bisherige Standort bleibt bis zur endgültigen Bezugsfertigkeit erhalten.

5. Sämtliche Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen.“

Der Beschluss erhält die Nr. KT/B/462-27/2023.

Zum TOP 21

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/463/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Fortschreibung Schulnetz – Schließung des Seilergymnasiums Schlotheim zum 31.07.2025 – vor.

- *Hinweis:*
  Die Beschlussvorlage zum TOP 21, Drucksache-Nr.: KT/BV/463/2023 wird von der Verwaltung ausgetauscht. Die ausgetauschte Beschlussvorlage liegt allen Kreistagsmitgliedern vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung.

Herr Schmalz gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	5	3	0

Haushalts- und Finanzausschuss	4	3	0
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten	4	1	1

Herr Zunke-Anhalt führte aus, dass er beim Sachvortrag bleibe, obwohl es ihm schwerfalle. Die CDU-Fraktion habe sich auch Gedanken über das Seilergymnasium gemacht. Man habe in den Ausschüssen und Fraktionen darüber gesprochen und Erkundigungen eingezogen. Wie schon in der Pressemitteilung mitgeteilt, werde man gegen die Schließung des Seilergymnasium stimmen.

Das habe auch Gründe. Für die CDU-Fraktion stehe die Verlässlichkeit der Verwaltung an erster Stelle. Das bedeute, dass die Schulnetzplanung 2025/26 bis zu Ende gedacht werden sollte und nicht vorzeitig abgebrochen. Hier müsse ein Stück weit auch Beständigkeit Vorrang haben.

Des Weiteren finde man es nicht tragbar, dass im ländlichen Raum ein Gymnasium geschlossen werde, welches zum einen natürlich ein starker Einschnitt in die Schullandschaft sei, aber zum anderen auch einer der sogenannten Standortfaktoren. Man habe sich immer auf die Fahnen geschrieben, den ländlichen Raum zu stärken. Um den ländlichen Raum zu stärken sei auch ein dreigliedriges Schulsystem, also drei Schulformen, die in einer doch etwas größeren Landgemeinde angeboten werden, durchaus attraktiv und bringen weitere Zuzüge und ein weiteres Wachstum der Gemeinde mit sich.

Das war für die CDU-Fraktion auch ein ausschlaggebender Punkt zu sagen, man brauchen hier am Rande des Landkreises, um das eben Zitierte zu verhindern, dass weitere Abwanderungen im Kreis stattfinden, ein Gymnasium, ein dreigliedriges Schulsystem. Deswegen habe man sich dazu entschlossen, gegen die Schließung des Seilergymnasium zu stimmen.

Herr Poppner gab bekannt, dass er, als die Wogen das erste Mal hochgekocht seien, im Urlaub gewesen war. Daher entschuldige er sich, dass er keine vernünftige Rede ausgearbeitet habe, weil er einfach die Zeit genutzt hatte, um sich zu informieren, um was es gehe.

Schlotheim hatte es seit der Wende nicht gut, was da abgewandert sei. Bahnhof platt gemacht, Kaufhalle hingesetzt, dies und das. Das sei, wie wenn man einem alten Mann noch die Medikamente wegnehme, wenn das Seilergymnasium geschlossen werde.

Der Kreishaushalt sei das eine, die Kinder und Jugendlichen seien das andere. Die Kinder und Jugendlichen seien für die Zukunft deutlich wichtiger. Er sei prinzipiell gegen zu viele Gymnasien und für eine vernünftige Facharbeiterausbildung nach Abschluss der 10. Klasse, jedoch sei die Schließung des Gymnasiums in Schlotheim ein Schnellschuss. Perspektivisch sollte hier eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Er werde hier und heute gegen eine Schließung des Gymnasiums stimmen, hoffe jedoch für die Zukunft, dass eine bleibende Lösung, dass vielleicht andere Perspektiven geschaffen werden, eine parallele Berufsausbildung noch dazu komme. Das sei nämlich für die Industrie und für die Handwerksbetriebe wichtig, damit man hier nicht Stillstand auch auf dieser Linie habe.

Er bitte, das mit ihm gemeinsam und jeder für sich, mit der AfD gehe ja nun nicht jeder mit, zu überdenken, dass man hier eine Stadt kaputt spare und sich an den Kindern und Kindeskindern versündige. Man mache etwas, was nicht gehe. Man versaue sich hier die Zukunft.

Herr Sell fragte, warum stehe er heute das erste Mal am Mikrofon? Nun, er dachte, es sei an der Zeit, einmal etwas zum Besten zu geben. Keine von den Altparteien und da schließe er die sogenannten Freien Wähler mit ein, hätten auf die AfD die letzten Jahre gehört. Man sei immer die Nazis gewesen. Dass diese Nazis aber woanders ihr Unwesen treiben, solltet man nun endlich begriffen haben. Deswegen habe er nie seine Zeit und seine Nerven verschwendet, in diesem Haus etwas zum Besten zu geben. Es hätte eh nichts gebracht. Er wusste, man reite sich immer mehr in den Misthaufen, den man sich selber angehäuft habe.

Im Jahr 1972 wurde die Schule in Neunheilingen geschlossen, nicht nur die, in vielen anderen Orten wurden die Dorfschulen geschlossen. Die Kinder mussten nach Kirchheilingen fahren und zwar auch noch samstags. Das müsste bei dem Bildungsnotstand eigentlich wieder eingeführt werden, Die Schule in Kirchheilingen wurde von Herrn Zanker im Jahr 2011 geschlossen. Ja, sie sei zwar wieder in sogenannter privater Hand, wären da aber nicht sehr viele sogenannte Fördermitteleuros geflossen, wäre das nie zustande gekommen.

Fördermittel, was seien Fördermittel? Das seien Steuern, die man jeden Tag mit seiner Hände Arbeit erarbeite und abführen müsse. Wenn man nicht die halbe Welt in Deutschland finanzieren müsste und keinen Krieg führen würde, der einen nichts angehe, hätte man nicht nur Geld für alle Schulen im Land, sondern noch Geld genug für die Rentner, die nämlich den ehemaligen Wohlstand dieses Landes erarbeitet haben. Alle, die hier sitzen, insbesondere der Landrat, brauchen jetzt nicht hier rum zu heucheln, sie selber und ihr Parteibuch seien für die Zustände in diesem Land verantwortlich.

Alle hätten zu alldem ja gesagt, nicht die AfD, die erst seit 10 Jahren existiere. Man habe heute nur die Früchte einer völlig verfehlten Familien- und Bildungspolitik auf dem Tisch.

Herr Schmalz unterbrach Herrn Sell und bat ihn zur Sache zu sprechen.

Herr Sell fuhr fort. Er komme gleich dazu. Auch er müsse sich den ganzen anderen Käse anhören.

Jetzt solle das Gymnasium Schlotheim geschlossen werden. Wann folge denn die Regelschule in Schlotheim?

Am Samstag war dort der Tag der offenen Tür. Seine Nichte, 3 Jahre, sagte zu ihren Eltern, hier sei es aber nicht schön und ganz dreckig. Schämen sollten sich die Verantwortlichen hier. Die Kinder gehen dort nicht mal auf die Toilette, weil das wohl zu ekelhaft wäre. Was bitteschön seien einem die Kinder, die Zukunft, denn wert. Er finde, das nicht nur traurig, was er gegenüber den verantwortlichen Politikern empfinde, sage er hier lieber nicht.

Er wolle mal ein Verschwörungstheoretiker sein.

Herr Schmalz unterbrach Herrn Sell. Verschwörungstheorien passen auch nicht zum Sachinhalt.

Herr Sell fuhr fort.

Wo gehen denn die Kinder in 20 Jahren in die Schule? Fahren sie dann die Woche über ins Internat, sonst wohin und genießen dort die ganze Woche die Rotlichtbestrahlung der regierenden Kommunisten? Die Eltern denken

Herr Schmalz unterbrach Herrn Sell erneut und bat ihn zur Sache zu sprechen. Wenn er nicht zur Sache zurückkomme, entziehe er ihm Rederecht.

Herr Sell fuhr fort. Er komme doch bzw. sei doch bei der Sache.

Jedes Elternteil unterschreibe derzeit auf dem Zeugnis seines Kindes als Sorgeberechtigter und nicht als Eltern. Wenn man ihm nicht glaube, dann sollte man mal genau auf die Zeugnisse schauen. Er für seinen Teil sei Vater und kein Sorgeberechtigter. Er sei stolzer Vater zweier wundervoller Kinder, die gottseidank bald diese Rotlichtbestrahlung an den Schulen hinter sich haben und sich dann frei entwickeln können.

Herr Schmalz unterbrach Herrn Sell und fragte, ob noch etwas zum Thema Schlotheim komme oder nur noch Allgemeines.

Herr Sell antwortete mit Ja.

Herr Schmalz erwiderte, dann solle er bitte dazu ausführen und zu nichts anderes im Vorfeld.

Herr Sell fuhr fort.

Da werde aber auch nichts mehr draus, weil die Wirtschaft von den Parteien in den Abgrund manövriert wurden. Er werde gegen eine Schließung des Gymnasiums in Schlotheim und aller anderen Schulen, die noch folgen, stimmen. Jeder, der ihn kenne, wisse, dass er kein Mensch sei, der nur die Schuld bei anderen suche. Es müsse jetzt auch mal angefangen werden, die Schuldigen zu benennen.

Herr Roth meinte, was für Emotionen. Das hätte er sich im Dezember, als man „Oh du Fröhliche“ gesungen habe, nicht träumen lassen.

Zunächst wolle er sich an Frau Zanker wenden. Er hätte gerne auf ihren Redebeitrag erwidert, aber irgendwann ist dann auch Schluss mit der Diskussion. Das könne man dann mal intern machen, wie viel man aus dem Bildungsausschuss nach außen tragen dürfe und wie viel nicht. Das Zeugnis, was das Schulamt dem Landkreis gestellt hatte im Bildungsausschuss, war ein Katastrophales, das habe Frau Zanker vergessen, zu erwähnen.

Er sei grundsätzlich froh, dass man jetzt heute diese Diskussion im Kreistag führe und bedanke sich noch mal bei den Fraktionen, die diese Sondersitzung am 21. Februar beantragt haben. Er denke auch, man hätte heute das erste Mal diese Diskussion über die Schulschließungen einmal des Förderzentrums Bad Langensalza und einmal über das Seilergymnasium in Schlotheim debattiert.

Obwohl man einen bis 2026 vom Kreistag beschlossenen Schulnetzplan habe, der allen Beteiligten Sicherheit und die Möglichkeit zur Weiterentwicklung geben sollte, wie zum Beispiel einer Campusschule. Das sei ihm auch so zugesagt worden. Er hatte Frau Richardt angeschrieben. Frau Richardt hatte gesagt, Herr Roth, lehnen sie sich zurück, man habe bis 2026 eine feste Schulnetzplanung. Frau Richardt brauche nicht den Kopf zu schütteln, er habe es schriftlich. Als er das Modell vorstellen wollte, habe sie gesagt, es besteht zurzeit kein Bedarf, weil man einen Schulnetzplan bis 2026 habe.

Seit einigen Jahren schon sei der Schulstandort bereits als gefährdet eingestuft, das stimme, da man laut dem Thüringer Schulgesetz die vorgeschriebenen Klassenstärken nicht einhalten könne. Statt den geforderten, das müsse man sich auf der Zunge zergehen lassen, 320 Schülern, komme man im Schnitt lediglich auf 270 bis 280. Dies führe natürlich zu einer Unverhältnismäßigkeit zwischen den Schülern und den Klassenräumen. Das Nutzungsverhältnis stimme also nicht mehr.

Dass die aktuellen Leerstände Potentiale für kreativere Nutzungsmöglichkeiten bieten, wie zum Beispiel das Aufnehmen von Klassenstufen aus der Regelschule, werde nicht mit in die Rechnung einbezogen. Was tue man also in der heutigen Zeit, wenn Dinge nicht mehr passen? Man entledige sich ihrer. Das solle nun auch mit dem Gymnasium geschehen, zumal man sich dann auch neue Chancen für die Grund- und Regelschule verspreche, gerade bei Letzterem müsse man sich jedoch fragen, ob eine Chance wirklich eine solche sei, wenn gar keine Wahl bestehe?

Die Zahlen sprechen indes eine deutliche Sprache. Herr Zanker bemesse das Potential der Einsparungen am Objekt mit ca. 1,7 Mio. EUR, verteilt über die nächsten Jahre. Darauf entfallen 270 TEUR Miete jährlich. Eine Schließung hätte nicht nur vermeintlich positive finanzielle Aspekte zur Folge, sondern würde auch den Organisationsapparat, das käme Frau Richardt entgegen, den Organisationsapparat des Schulverwaltungsamtes entlasten.

Zentralisation sei nun mal angeblich einfacher zu steuern. Dies seien alles objektiv valide und vor allem finanzielle Gründe. In einem kleinen dunklen Kämmerchen Herr Landrat, mag das durchaus einleuchten. Aber das Leben der Landgemeinde finde nun mal nicht in diesem kleinen dunklen Kämmerlein statt. Die Realität sehe anders aus.

Schlotheim sei ein interessanter Industriestandort, der wie überall mit den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft zu kämpfen habe. Dennoch stelle man fest, dass die Region so attraktiv sei, dass ehemalige Schüler des Gymnasiums nach ihrem Studium zurückkehren, er grüße Herrn Kliewe, um sich hier eine Existenz aufzubauen. Man habe noch Mehrere, Herr Landrat. Er denke, hier seien ein ganzes Teil Lehrer und Andere, die auf das Seilergymnasium gegangen und zurückgekehrt seien.

Diese Entwicklung zeige ganz deutlich, dass das Gymnasium nicht nur maßgeblich zur Attraktivität der Region, sondern auch zur Zukunftsfähigkeit der Unternehmen beitrage. Mit der Schließung des Gymnasiums werde diese positive Entwicklung gefährdet und das Ausbluten der Region billigend in Kauf genommen. Man schreibe sich auf die Fahnen, ein besonders kinderfreundlicher Landkreis zu sein. Dies sei besonders leicht, wenn Kinderfreundlichkeit nichts koste. Ja, der Landrat könne stöhnen, aber das seien seine Bilder, die immer so schön zu sehen seien.

Dies sei besonders leicht, wenn Kinderfreundlichkeit nichts koste und wenn doch, sei diese Parole schnell wieder vergessen oder es werde der Bäderbus bemüht, der die Kinder in den Sommerferien in die Schwimmbäder fahre. Nur würden alle wissen, dass sich die Sommerferien lediglich auf sechs der 52 Wochen im Jahr erstrecken. Kinderfreundlichkeit bemesse sich nicht ausschließlich über einen Besuch im Freibad und einer Portion Pommes, sondern müsse auch in der restlichen Zeit gelebt werden. Kinder seien immer nur dann

Herr Schmalz unterbrach Herrn Roth und bat die Gäste nicht nach jedem Absatz zu klatschen.

Herr Roth fuhr fort.

Kinder seien immer nur dann die Zukunft, wenn sie nichts kosten. Das dürfe nicht sein. Mit der Schließung des Schlotheimer Gymnasiums nehme man Kindern zum Beispiel aus Issersheilingen und Marolterode die unkomplizierte Möglichkeit, Abitur zu machen, da diese momentan nicht die Chance haben, auf das Gymnasium in Mühlhausen auszuweichen. Sehe so Kinderfreundlichkeit und Chancengleichheit aus? Er bezweifele es.

Wie realitätsfern müsse man sein, dass man Fahrwege mit einer Dauer von über 90 Minuten als zumutbare Alternative verkaufen könne? Er nehme mal das Beispiel Neunheilingen und den Fahrplan der Regionalbus. Der Landrat hatte gerade gesagt, im Juni / Juli würde sich das ändern, aber er gehe ja von dem Status Quo aus und der sei heute. Er nehme also das Beispiel Neunheilingen und schaue genauer hin:

Die Schule starte in der ersten Stunde im Tilesiusgymnasium. Dann müssen die Kinder um 5:00 Uhr das Haus verlassen, in der nullten Stunde, in der ersten Stunde haben sie Zeit bis 5:30 Uhr. Wenn die Schule spätestens nach der 8. Stunde um 15:00 Uhr ende, seien die Kinder wahlweise mit teils Zug oder 3 x umsteigen mit dem Bus um 17:20 Uhr in Neunheilingen. Willkommen zu Hause, 18:00 Uhr gebe es Abendessen. Wo bleibe da Platz für Freunde, Hobbys oder persönliche Entfaltung? Ein 12 Stunden Tag, unzumutbar, oder?

Herr Blankenburg hatte vorhin die Frage nach der Busverbindung Kleinwelsbach – Bothenheilingen gestellt, was ja nicht gehe. Oder, Herr Landrat, bekomme man jetzt eine neue Busverbindung, vielleicht sogar über Kleinwelsbach oder Bothenheilingen hin?

Und wer jetzt denke, in vergangener Zeit musste man samstags zur Schule gehen, den lade er ein, in sich zu gehen und ganz ehrlich zu reflektieren, ob die Samstage nicht lieber auf dem Fußballplatz oder bei Freunden verbracht worden wären. All das seien subjektive Gründe, die gegen die Schließung sprechen und sie scheinen in der Debatte weniger schwer zu wiegen, daher möchte er einen Bogen zu handfesten Tatsachen spannen und ein paar Worte zum Umgang mit der Thematik als solche verlieren.

Wie könne es sein, dass die Schulschließung des Gymnasiums durch Zettel an Eltern und Schüler verkündet wurde, der Kreistag als entscheidendes Gremium schlicht übergangen und alle Betroffenen vor vollendete Tatsachen gesetzt wurden? Er wähle bewusst hier das Wort verkünden, denn kommunizieren schließe mehrere Gesprächspartner und einen Dialog ein. Diesen hatte der Landrat nie gesucht.

Wer ein solches Thema im stillen Kämmerchen mit sich selbst ausklamüsere und derart verkünde, dem könne die Tragweite für die Beteiligten nicht bewusst sein oder noch schlimmer, er ignoriere diese wissentlich und basiere seine Entscheidungen auf rein finanziellen Gesichtspunkten und lasse selbst und das sei so, das wurde im Bildungsausschuss bestätigt, das Schulamt außen vor. Dies sei, als würde er als Bürgermeister entscheiden, einen Kindergarten zu schließen wegen zu weniger Kinder, ohne den Ortschaftsrat, den Ortsteilbürgermeister, die Eltern und den Träger mit einzubeziehen. Die Kinder erhalten das Kündigungsschreiben mit lieben Grüßen an die Eltern aus der Brottasche und den Erziehern gebe er die Tipps, wo sie sich bewerben können. Klingt komisch, sei aber so und finde hier im Landkreis statt, zumal die Strategie als Rosskur für den Haushalt schon mittelfristig nicht funktionieren werde, da die Schließung des Schlotheimer Gymnasiums die Löcher des Haushaltes nicht ansatzweise zu stopfen vermag.

Da könne man sich nur die Frage stellen, welche Einrichtungen als nächsten den Bemühungen des Landrates zum Opfer fallen werden, in Bad Langensalza vielleicht die Musikschule?

Man habe die Möglichkeit sowohl Subjektivität als auch Objektivität in die Entscheidungen einfließen zu lassen und müsse dies auch tun, da hier der Reiz der Region liege. Es sei ein mit harten Faktoren wie Geld nicht zu bemessender Vorteil, dass man die Kinder in kleinen Klassen lernen lassen könne, sie sich klassenübergreifend kennen und dass die Lehrer noch die ein oder andere Anekdote zu den Geschwistern kennen.

Es sei wichtig, dass die Kinder einen kurzen Weg zur Schule und zurück nach Hause haben. Es sei wertvoll, dass es noch den kleinen Buchladen gebe, der genau wisse, welches Buch als letztes gekauft und verschlungen worden sei. Es sei ein hohes Gut, dass es Absolventen gebe, die in die Region zurückkehren und sich mit dem zukünftigen Chef über den gemeinsamen Mathelehrer austauschen können.

Man könne sich als Region mit seinem persönlichen Miteinander und Subjektivität gegen ein Leben in der Stadt abheben und dies dürfe man sich nicht nehmen lassen, indem man das Gymnasium in Schlotheim schließe, nur weil finanzielle Gründe dafür sprechen und die Lebensqualität und viele Familien außen vor lasse. Hier beginne die Förderung und das Bekenntnis zum ländlichen Raum.

Alle müssen sich bewusst sein, mit der heutigen Entscheidung entschließe man sich nicht nur für oder gegen einen Schulstandort, sondern vor allem, wie alle mit sich umgehen lassen. Mit der Schließung billige man den Alleingang des Landrates und unterliege seinen permanenten Erpressungen, die man nun in den letzten Wochen genügend gehört habe. Lasse man sich als kommunale Familie nicht vom Landrat untereinander ausspielen. Man müsse sich bewusst sein, dass dies erst der Anfang sein werde und man mit der Entscheidung den Weg dafür ebne.

Frau Eger gab bekannt, dass sie der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Sie sei für den Erhalt des Gymnasiums. Innerhalb der LINKEN-Fraktion habe man Pro und Contra diskutiert, habe alle Argumente ausgetauscht und sei zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen.

Sie habe mit vielen betroffenen Eltern gesprochen, war zur Demonstration vor Ort, hatte Unterschriftenlisten in ihren Bürgerbüros ausgelegt und hat als Gast an der Ausschusssitzung teilgenommen. Es gebe verschiedene Gründe, die nach Abwägung zu ihrer Entscheidung geführt haben. Den für sie wichtigsten Grund wolle sie kurz benennen:

Sie sage, gerade im ländlichen Raum müssen Schulstandorte erhalten bleiben und vor allem da, wo drei Schularten vorhanden seien, so wie in Schlotheim. Aber da die Schülerzahlen gerade dort auch immer weniger werden, brauche man zukunftsfähige Schulstrukturen. Auch aus diesem Grund habe das Land mit dem Schulgesetz 2019 die Regelung in § 41 e aufgenommen und eingeführt, dass neben einer Thüringer Gemeinschaftsschule auch Schulkooperationen ermöglicht werden. In der Begründung zum damaligen Gesetzentwurf stehe:

„Kooperationsmodelle sind freiwillige Maßnahmen der Schulträger mit dem Ziel der Optimierung der Unterrichtsqualität und der gemeinsamen Unterrichtsabsicherung und letztlich auch zur Vermeidung von Schulschließungen."

Es gebe seitens des Gymnasiums eine Idee für ein Modell nach § 41 e Thüringer Schulgesetz, mit dem sich aber bisher leider niemand intensiv beschäftigt habe. Sie wisse nicht, ob alle Kreistagsmitglieder von diesem Modell schon Kenntnis haben. Es gebe also eine Idee für eine zukunftsfähige Schulstruktur. Sollten das die Schulen unter Beteiligung der Verwaltung und des Bildungsausschusses nicht zusammen weiterentwickeln dürfen? Wolle man sich heute wirklich diese letzte Chance verbauen? Sie hoffe nicht.

Auch wolle sie noch mal die Idee der Thüringer Gemeinschaftsschule ins Spiel bringen. Ganz in der Nähe, in Greußen, gebe es einen Schulcampus mit einer Thüringer Gemeinschaftsschule und einer gymnasialen Oberstufe. Warum nicht auch dort Erfahrungen sammeln und mit den Lehrern sich vor Ort austauschen und das Für und Wider für Schlotheim diskutieren?

Schulentwicklung brauche Zeit. Viele sagen, Schlotheim hatte genügend Zeit. Sie sage, die Zeit müsse das Gymnasium in Schlotheim letztmalig bekommen und spätestens bis Ende diesen Jahres ein zukunftsfähiges Konzept vorlegen. Da müssen die Verantwortlichen in allen drei Schulen jetzt ran, ihre Hausaufgaben machen und die Kreistagsmitglieder überzeugen, dass es einen gemeinsamen Willen gebe für eine zukunftsfähige Schulstruktur vor Ort.

Schuldzuweisungen, wer was versäumt oder nicht gemacht habe, bringen heute hier nicht weiter. Sie möchte da gerne nach vorn blicken. Deshalb werbe sie dafür, das Gymnasium nicht zu schließen und der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen.

Herr Henning führte aus, dass er die Rede des Herrn Roth als Bürgermeister ganz toll gefunden habe. Aber er höre hier zu viel ich. Bisher habe er noch nichts von wir gehört. Habe man etwas von wir wahrgenommen? Man sitze hier im Kreistag und stimme über Dinge ab, die den Kreis in Gänze betreffen. Bei aller Emotionen, er könne Herrn Roth doch verstehen, wolle aber sagen, warum ihn Dinge bewogen haben, genau nicht in diese Richtung zu gehen.

Er habe sich die Fakten angesehen. Wenn man ehrlich mit dem Thema umgehe, es mache keinen Sinn, dass man mit neun Kindern in einer Französischklasse sitze, während am Georgi die Französischstunde ausfalle, weil man keinen Lehrer habe. Das müsse ehrlicherweise so gesagt werden. Er habe ein geflügeltes Wort, es müsse immer mal Schule auch möglich sein und zur Schule gehören neben dem Gebäude auch Lehrer. Das seien Dinge, die man nicht beeinflussen könne. Es mag sein, dass in Schlotheim weniger Stunden ausfallen als woanders, aber er glaube, man müsse in Gänze auf den Landkreis schauen.

Wenn man ehrlich mit dem Thema umgehe, vor 10 Jahren habe man das Gymnasium schon mal thematisiert und alle hatten nicht den Mut und haben vielleicht darauf gehofft, dass es schon irgendwie gut gehen könnte. Der Landrat habe es vorhin mit der Gemeinschaftsunterkunft gesagt. Alle Bürgermeister haben den Kopf eingezogen und gesagt, super, Landrat, man brauche es nicht zu machen.

Wenn man im Kreistag sitze, müsse man auch von wir reden. Er hätte sich manche Rede gewünscht, als es um den Weggang der Kommunen in den Eichsfeldkreis gegangen sei. Er müsse ehrlich sagen, das krolle in ihm, dass man auf der einen Seite die Kommune finanziell vor die Wand fahre, die Kommunen zerschlage und sich dann dafür feiern lasse, dass man sie meistbietend verschachere und am Ende sich hier her setze und es erzähle. Der stellvertretende Landrat sollte nach der Aktion mit Rodeberg und Struth darüber nachdenken, ob er Saulus oder Paulus sein wolle. Wenn man Saulus gewesen war und seine Gemeinde in den Eichsfeldkreis meistbietend verschachert habe, dass sage er so bewusst, dann müsse man sich ernsthaft überlegen, ob man dann noch Saulus sein könne.

Er hätte sich die Vehemenz für den Landkreis gerne gewünscht, als es um die Gemeinden gegangen sei, denn 14 Mio. EUR Schaden und das sei keine Zahl, die er sich ausgedacht habe, kommen durch den Weggang von Gemeinden in den Eichsfeldkreis. Dann dürfe man sich aber bitte im Nachgang nicht hier hinstellen und so tun, als wenn man der Retter des Kreises sein wolle, wenn man fünf Minuten vorher seine Gemeinde in einen anderen Kreis verkauft habe. Das sei ihm zu kurz gesprungen.

Wie gesagt, sage er an Herrn Zunke-Anhalt Saulus oder Paulus. Saulus war es, indem man solange gewählt habe, bis es endlich Dingelstädt geworden sei, Paulus sei er als stellvertretender Landrat.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Henning fuhr fort. Er sei gleich fertig.

Zur Ehrlichkeit gehöre dazu, dass dem Landkreis 14 Mio. EUR im aktuellen Haushalt fehlen. Gewandt an Frau Croll meinte er, Corona, Ukraine, alles was dazu gehöre, habe die Stadt Bad Langensalza schon einen Haushalt? Nein, auch noch nicht. Aber er wolle zum Thema zurückkommen, bevor er einen Ordnungsruf bekomme.

Für ihn sei eines klar. Man dürfe sich nicht hier hinstellen, dürfe seine Gemeinde in andere Kreise verkaufen und dann so tun, als wenn man der Retter des Landkreises sei, mit großen Plakaten.

Der Andere sitze im Landtag, da könnte man ja vielleicht noch mal darüber reden, ob man irgendeine Stelle finde, die dem Landkreis am Ende doch noch die 14 Mio. EUR gebe, dann würde man über solche Themen hier gar nicht reden.

Für ihn war die Entscheidung ausschlaggebend, wo liegen die Schülerzahlen, wo liege die Möglichkeit die Schüler auch entsprechend zu unterrichten. Deswegen werde er für diese Beschlussvorlage stimmen.

Aber man sollte ehrlich mit den Themen umgehen. Die CDU habe noch gesagt, man müsse Verlässlichkeit haben. Als die Regelschule Rodeberg zur Disposition stand, habe man mitten in einem Jahr eine Gemeinschaftsschule gezaubert, Schild umgedreht und gesagt, alles ist schön. Da sei es in Ordnung gewesen. Jetzt müsse man Bestand haben. Man sollte mal geradeaus und für den Kreis denken. Er könne nur dafür werben, dass man das Augenmaß habe. Schulschließungen machen keinen Spaß, aber man sollte am Ende auch kucken, dass man vom ich zum wir gehe und gemeinsam für diesen Landkreis etwas bewege. Deswegen sitze man in diesem Saal.

Herr Shevchenko gab bekannt, dass er noch immer ein bisschen versteinert sei, weil er wisse, dass das Seilergymnasium eine Schule mit Courage ohne Rassismus sei und er gerade einen tosenden Applaus hören musste bei Beiträgen, zu denen er sage, mehr Nazi könne man hier nicht bringen. Es tue ihm leid, aber das müsse man sich mal überlegen, wo man klatsche. Man könne unterschiedlicher Meinung sein, das gehöre zur Demokratie dazu, aber das sei zu viel gewesen. Darüber sollte man noch mal kurz nachdenken. Er müsse sagen, auch als Migrant, er hatte kurz etwas Angst um sich.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Shevchenko fuhr fort.

Jetzt würden einige lachen. Er sei aus der Ukraine gekommen und es gehe ein bisschen auch darum, wie er sich gerade wohlfühle, wenn die ganze Zeit Hetzparolen gegen Ukrainerinnen und Ukrainer kommen.

Glaube man, es gehe ihm richtig gut, dass diese Gesellschaft Migrantinnen und Migranten gerade richtig gut tue? Wenn dann ein Klatschen komme von einer so großen Menschheit hier in diesem Saal, von Lehrerinnen und Lehrern, von denen erwartet werde, dass sie demokratisches Grundhandeln beibringen, dann tue es ihm leid. Einige seien auch verbeamtet und seien eigentlich dem Staate verpflichtet. Er persönlich finde das wirklich schlimm.

Nun zur Sache: Verlässlichkeit sei ein sehr wichtiger Begriff. Er glaube, dass sei genau das, was Sachpolitik ausmache. Man habe sich jetzt wirklich zwei Monate sehr intensiv darüber Gedanken gemacht, wie es mit Schlotheim weiter gehe. Er habe viele Gespräche geführt und lange zurückgedacht, bis genau vor 10 Jahren. Da war er Schülersprecher und habe in Schlotheim bei der Kreisschülersprecherkonferenz mit den Kreiselternvertretern, Kreisschülervertretern usw. gesessen und man habe sich die Schlotheimer Schule, das Seilergymnasium, angeschaut.

Damals hatte er dem damaligen Direktor gesagt, schwierig. Wer halte hier eigentlich den kompletten Unterricht. Im Georgi habe man schon Probleme. Warum habe man nicht diese oder jene Vorrichtung? Warum sei es überhaupt nicht digitalisiert im Vergleich zu Georgi, das Tilesiusgymnasium sei wirklich nicht so ganz digitalisiert. Warum gebe es so wenig gut ausgestattete Räume? Wie mache man es hier eigentlich? Mit diesem Gedanken sei er nach Hause gefahren und wusste, man habe eigentlich genügend Platz im Tilesius.

Vor ein paar Jahren gab es dann eine Sitzung in Schlotheim, da sei Herr Roth auch dabei gewesen. Er habe mit im Bildungsausschuss gesessen und die dann schon neue Direktorin vorgestellt. Da sei das Handwerkergymnasium als die Rettung vorgestellt worden. Man habe damals gesagt, wie könne es weiter gehen. Man wolle etwas für Schlotheim erreichen, für den Schulstandort. Was wolle man anbieten? Dann war das Thema Handwerkergymnasium auf der Tagesordnung gewesen. Und dann habe die Schulleiterin damals gesagt, sie kümmere sich, dass es funktioniere. Er wisse, dass viele in dem Raum da so ein bisschen Sorge hatten, ob es ausreiche, ob das Handwerkergymnasium überhaupt die richtige Lösung dafür sei.

Man habe sich dann irgendwie auf einen Kompromiss geeinigt im Schulnetzplan, indem man von gefährdeten Standorten gesprochen habe. Jetzt sei die Tatsache so, dass man am Schulportal Tilesiusgymnasium 47 Kinder in der 12. Klasse habe. Das heiße, man kratze langsam auch an der Zweizügigkeit. Er wisse noch genau aus seiner damaligen Schülerzeit, er habe 2013 Abitur gemacht, er konnte nicht alle Kurse belegen und damit sei er im Studium etwas auf den Kopf gefallen, weil einiges konnte er nicht machen und im Studium wurde das verlangt. Das heiße, er habe sich gefragt, was die Qualität des Tilesiusgymnasium sei.

Vor kurzem habe er, weil er lange mit sich gehadert habe, was er für eine Position dazu haben sollte, eine Lehrerin vom Tilesiusgymnasium getroffen. Diese habe zwei Schulschließungen hinter sich gebracht im Unstrut-Hainich-Kreis. Sie habe zu ihm gesagt, er solle bitte für die Schließung des Seilergymnasiums stimmen. Er erkläre auch warum. Sie habe gesagt, sie wolle, dass die Qualität stimme. Sie merke doch mit den Jahren, dass man auch am Tilesius ein Problem mit der Qualität bekomme, weil man zu wenig Schülerinnen und Schüler habe. Man brauche eine Gesamtheit an Schülerinnen und Schülern, damit man die Kurse anbieten könne.

Wohlgemerkt eine Lehrerin, die zwei Schulschließungen miterlebt habe. Das habe ihn nachdenklich gemacht, wenn sogar so eine Person zu ihm so etwas deutlich sage, eine Lehrerin, aus der Perspektive, die er in dieser Debatte eigentlich schätze.

Dann habe er sich noch mal angeschaut, welche Kooperationen möglich seien. Er wisse, dass zum Beispiel das Seilergymnasium die Kooperation mit der TGS in Menteroda abgelehnt habe. Die Kooperation mit der TGS Menteroda, sehr nah dran an Schlotheim, mache das Tilesiusgymnasium, weil das Seilergymnasium nicht wollte, ohne Angabe von Gründen. Das heiße, dort seien auch keine weiteren Potentiale hinzu gekommen. Das war die Entscheidung der Schulleitung.

Die Entscheidung der Schulleitung war es auch, das Handerkergymnasium zu fordern und dann zu wissen, es gebe das Handwerkergymnasium nicht. Dann sei das Campusmodell vorgestellt worden, ohne zu erwähnen, dass das Campusmodell nur dann funktioniere, wenn zwei Schulleitungen von dreien gehen. Bis jetzt sei es so, es brauche eine Schulleitung und da sei gerade keiner bereit zu sagen, man verzichte auf die Schulleitung. Deswegen gebe es kein Campusmodell und deshalb werde es auch in einem Jahr kein Campusmodell geben.

Dann habe er sich gefragt und da sei man wieder bei der Verlässlichkeit, stimme er jetzt für den Erhalt des Seilergymnasiums, um dann 2025 zu sagen, er stimme jetzt für die Schließung des Seilergymnasiums? Das heiße, er habe sich quasi selbst angelogen. Er habe sich die Fakten angeschaut und gesagt, es gehe gar nicht anders. Es gehe ihm gar nicht mehr um den Haushalt. Mit dem letzten Beschluss habe man sowieso ein Problem mit dem Haushaltssicherungskonzept. Es gehe darum, irgendwann wirklich keine Kurse mehr zusammen zu bekommen. Sogar wenn es dieses Jahr im Französischunterricht mit neuen Schülern klappe, was die Lehrerinnen und Lehrer auch gesagt haben.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Shevchenko fuhr fort und wandte sich an Julia. Sie habe am Tilesiusgymnasium ihr Abitur gemacht und sei aus Körner und trotzdem zum Tilesiusgymnasium gefahren.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Shevchenko fuhr fort.

Ja, das wisse er, aber es sei auch so, es sei nicht ein schlimmes Gymnasium, dieses Tilesiusgymnasium. Er wolle nur sagen, selbst wenn jetzt die neuen Schüler bei einem Lehrer da seien und dieses und nächstes und übernächstes Jahr da seien, seien spätestens in fünf Jahren nach der demografischen Entwicklung die Kinder nicht mehr da, 2040. Man habe eine Thüringenstatistik, man habe einen Zensus und habe sehr deutliche Zahlen und wisse, dass die Schülerzahlen immer geringer werden. Sein Problem sei wirklich, dass er wisse, dass in ein paar Jahren, wenn er in diesem Kreistag noch sitze.

Herr Shevchenko bat den Kreistagsvorsitzenden für Ruhe zu sorgen.

Herr Schmalz bat um Ruhe.

Herr Shevchenko fuhr fort. Es gehe auch um Respekt, ihm zuzuhören.

Wenn es quasi auch jetzt noch klappe und es sei so, man habe so argumentiert und gesagt, es funktioniere doch jetzt gerade, dann hatte er nicht das Gefühl, dass es in fünf Jahren funktioniere. Das heiße, man schließe in fünf Jahren die Schule und er sage jetzt, toll, er freue sich, man habe richtig gute Laune, habe die Schule für die nächsten paar Jahre. Was machen denn die Fünftklässler, die jetzt eingeschult werden? Die müssen es auch ausbaden, weil sie dann nicht mehr an dieser Schule seien.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Shevchenko fuhr fort.

Genau, die Fünftklässler. In fünf Jahren werde es die doch dann genauso betreffen mit der Argumentation. Das sei sein Problem. Er verstehe es und glaube, er würde genauso demonstrieren, da sei er sich sogar sicher, wenn er am Seilergymnasium ein Kind hätte oder Lehrer wäre oder der Schuldirektor. Aber er könne es nicht ändern.

Gerichtet an Frau Eger, die ihm hoffentlich verzeihe, müsse er sagen, dass es schwierig sei. Kooperationen funktionieren nicht. Die TGS sei in der kompletten Kommunikation, die er mitbekommen habe, abgelehnt worden, von den Lehrerinnen und Lehrern, die wollen alle keine TGS haben. Es gebe auch keine Kooperationsmöglichkeit. Das heiße, der Paragraf gelte nicht.

Auch wahr sei, dass der Landtag mit dem Schulgesetz beschlossen habe, weil es quasi Kurse brauche in der 11. und 12. Klasse, dass es eine grundlegende Zweizügigkeit gebe. Daran müsse man festhalten. Man habe diese Alternativen nicht. Das sei geprüft worden. Es gebe ein klares Ergebnis, keine Kooperation, keine TGS und ganz wenig Schülerinnen und Schüler in der nächsten Zeit. Er könne es verschieben, der Kreistag könne gemeinsam sagen, man verschiebe diese Entscheidung fünf Jahre, aber besser werde sie dadurch nicht.

Der Landrat merkte an, dass er jetzt zugehört und sich die Frage gestellt habe, was mache man hier? Er wolle versuchen, ein bisschen Ehrlichkeit wieder hier reinzubringen. Er sei zwar am 21. kritisiert worden, dass er zu viel von Ehrlichkeit gesprochen habe, aber anscheinend habe es ja nicht geholfen, denn er höre hier Sachen, die nicht stattgefunden haben.

Als erstes werde die Verwaltung sehr schnell einen Geschäftsordnungsantrag einbringen, dass alle Ausschüsse, das gebe es in Thüringen, öffentlich werden. Er müsse feststellen, dass die Öffentlichkeit hier belogen werde. Das Schulamt habe ganz klar in der Bildungsausschuss-Sitzung, als es um das Thema Gymnasium gegangen war, der Verwaltung Recht gegeben und nicht dagegen geredet. Herr Roth sei hier ans Mikrofon gegangen und habe den Eindruck erweckt, als wenn der Landrat vom Schulamt fertig gemacht wurde. Selbst auf die Gefahr hin, dass das Schulamt zuhöre, könne er bestätigen, in dem anderen Ausschuss, als es um die Förderschule gegangen war, gab es eine Diskrepanz darüber, wer wen informiert hatte und er ist nicht für die Mitarbeiterin zuständig, dass sie ihre Organisation im Griff habe. Wenn seine Verwaltung dort einen Kontakt hinhole und dort eine Information hingebe und die Mitarbeiterin nicht da sei, könne sie nicht sagen, sie habe dann danach angerufen.

Ganz klar sei, dass, was hier aus den Ausschuss-Sitzungen gesagt worden sei, habe so nicht stattgefunden, wie es hier unterstellt werde. Das Schulamt habe ganz klar der Verwaltung Recht gegeben, mit sehr vielen Begründungen, warum man der Meinung sei, dass das der richtige Weg sei, auch wenn es weh tue.

Gerichtet an Frau Eger meinte er, dass ihre Rede genauso vor fünf Jahren gehalten worden sei. Man gebe dem Gymnasium noch mal eine Chance. Man verlasse sich auf das Gymnasium, auf die Schule, dass sie zusammen das schaffen. Es war vor 10 Jahren kein Schnellschuss gewesen, so viel Ehrlichkeit müsse sein, man rede seit 10 Jahren über das Gymnasium

Herr Sell habe völlig Recht, aber man sei nicht daran schuld, dass die Bedingungen so seien. Auch wenn er da persönlich angegriffen worden sei, könne er sagen, die Bedingungen bleiben so, weil eine Grundschule und eine Regelschule nicht in dieses Gebäude passen. Selbst die Investition, die man als Kreis für Schlotheim getätigt habe, die Container dort zu mieten, also den Mietvertrag zu schaffen, dass die angeschafft werden können, habe auch nicht dazu geführt. Er bleibe dabei, dass ein Erstklässler und ein Zehntklässler ganz andere Bedingungen brauchen. Wörtlich gebe er zu Protokoll, dass es für ihn immer noch:

„eine Peinlichkeit ist, dass alle nur übers Gymnasium reden. Anscheinend sind nur Gymnasien Kinder, eine Grund- und Regelschule hat nicht das Recht, dieselben Ansprüche zu stellen, wie das Gymnasium.“

Deswegen tue es ihm leid und er gebe Herrn Sell Recht. Aber man arbeite daran.

Es stimme auch wieder nicht, was Herr Roth sage. Es sei so gewesen, dass es die Diskussion schon vor fünf Jahren gegeben habe, man wolle zusammenarbeiten, man wolle etwas tun. Der damalige Schulleiter hatte ja mit dem Gymnasium darüber verhandelt, Räume im Gymnasium zu nutzen und es sei abgelehnt worden.

Wahr sei auch, nachdem alle von den Ausschüssen reden, rede er auch davon, dass es für ihn auch mal menschlich etwas sehr Unangenehmes war, dass eine Bildungsausschuss-Sitzung anfange, einer sollte reden, halte sich ganz kurz, er mache es neutral und dann werde ein Brief dieser Schule vorgelesen. Der Brief hätte zur heutigen Sitzung wirklich gepasst, einseitig ganz schlimm, alles böse. Die Diskussion gehe weiter über die Regelschule, ähnlicher Sachverhalt. Dann gehe es ums Gymnasium. Das Schulamt mache seine Darstellung. Je länger die Diskussion dauere und es war länger als zwei Stunden, habe man auf einmal gemerkt, dass der eine Schulleiter, die andere Schulleiterin und dass auch der Lehrer, der da war und alle auf einmal feststellten, dass die Kommunikation in den letzten fünf Jahren katastrophal gewesen war, denn man konnte nicht erklären, was Campus- oder Kooperationsmodell sei.

Die Regelschule habe sehr deutlich klar gemacht, dass man hoffe, dass es passiere, weil ihre Bedingungen so nicht mehr in Ordnung seien. Die Schüler der Regelschule haben in ihrer Bildung keine optimalen Bedingungen, sondern werden regelrecht eingeschränkt. Das sei dort richtig vorgetragen worden. Dann hatte sogar der Lehrer noch den Mut zu sagen, dass werde mit ihnen nicht stattfinden, man sei ganz klar dagegen.

Dann sei auch die Grundschule soweit gewesen zu sagen, man wäre auch für dieses Modell. Das gehöre zur Wahrheit dazu.

Es bleiben katastrophale Bedingungen und es sei einfach schlecht. Aber, gerichtet an Herrn Roth und Frau Croll, finde er es viel schlimmer und sogar abartig, dass viele Menschen gar nicht wissen, über was sie reden. Dieses Model vor 25 Jahren, Kinderfreundlicher Landkreis, das habe er hier entwickelt. Mancher dieser Redner, die hier stehen und ihm das vorwerfen, müssten sich schämen, weil das sei ehrlich nicht mehr zu tragen. Immer wenn irgendeinem im Kreis etwas nicht passe, werde die Keule gegen den Landrat Harald Zanker hochgehoben. Was habe das mit kinderfreundlichem Landkreis zu tun? Er könne die Welt nicht immer erklären und er sage an die Schlotheimer, er sei stolz Mitglied in der Stiftung und im Förderverein zu sein, den es in Schlotheim gebe. Nur weil es den noch gebe, gebe es das Bad, welches Kindern die Möglichkeit gebe, auf kurzem Weg dorthin zu gehen, auch für andere Orte, wie beispielsweise Bad Tennstedt. Man habe letzte Woche tatsächlich dummerweise zusammengesessen, um ein Modell zu entwickeln, welches den Nichtschwimmern zusätzliche Möglichkeiten schaffe. Wie viele Schlotheimer seien Mitglied dieses Vereins? Wie viele Unternehmer seien Mitglied dieses Vereins? Wie viele fragen sich überhaupt, wie funktioniere das da unten und was lege der Kreis dafür drauf?

Zum von Herrn Roth angesprochenen Fahrplan könne er nur immer wieder sagen, er habe es wirklich versucht zu erklären, dieser werde jedes Jahr fortgeschrieben. Es sei auch eindeutig klar gewesen, dass keiner von Neunheilingen über Schlotheim nach Mühlhausen fahren solle. Die, die wirklich in Mühlhausen in den Zug umsteigen, weil sie nach Großengottern wollen, die gebe es jetzt schon. Er könne auch verstehen, wenn geschimpft werde wegen den Fünftklässlern. Aber er frage sich, er wisse gar nicht, wie aus seiner Tochter etwas geworden sei. Sie musste nur fahren von ganz klein bis ganz groß und habe heute einen ordentlichen Abschluss. Sie musste mit dem Bus fahren und auch da seien die Busse mal ausgefallen. Sie musste stehen, weil damals schon die Großen der Meinung waren, die Kleinen sollen stehen. Das sei nichts Neues.

Das Haushaltssicherungskonzept gebe es schon lange. Man rede auch nicht von 2024 und 2025, durch die Fördermaßnahmen. Wenn das nicht komme, dann komme das nicht. Dann sei in den nächsten drei Jahren alles weg. Vom Bund habe man gar nichts. Das sei kein Vorwurf gegen den Bund. Man habe auch nicht gelesen, dass er an der Stelle gegen Frau Merkel war, sondern weil man die Haushalte in dem Moment nicht so hatte. Er musste zusehen, wie seine Kollegin im Kyffhäuserkreis über Bundesmittel eine neue Schule gebaut habe. Man habe Glück, dass man im letzten und in diesem und im nächsten Jahr, sofern es einen Haushaltsplan gebe, über die Landesmittel drei Schulen generalsanieren könne, im Übrigen seien auch wieder Grundschulen dabei.

Er bitte um eines, aufzuhören, ihn ständig zu beleidigen mit dem Kinderfreundlichen Landkreis. Man sollte endlich auch mal Ehrlichkeit vortragen und Charakter haben zu sagen, ja, man habe in den letzten Jahren gemeinsam so viel für die Schulen geschaffen und so viel in Ausstattung in die Schulen investiert. Die, die schon so lange dabei seien, wissen, und deswegen ärgere ihn das, was die CDU immer wieder sage, dass man 1994 pleite gewesen war. Man war der Kreis mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung und hatte keinen Haushaltsplan. Ja, man zahle heute noch für die Kredite.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Der Landrat fuhr fort.

Nein, die zahle man heute noch ab. Dann solle man es sich zuarbeiten lassen. Aber man schaue ja nicht so genau in den Haushaltsplan, wie er gelernt habe, deswegen könne man es nicht nachvollziehen.

Das sei die Wahrheit und das habe man geschafft. Heute sei man im oberen Drittel im Positiven. Man habe heute eine Pro-Kopf-Verschuldung da schwimme man auch im oberen Drittel. Trotzdem habe man in Schulen investiert. Warum? Weil man in Oberdorla ein Gymnasium geschlossen habe. Weil man die Röbling-Grundschule geschlossen habe. Weil man das Albert-Schweitzer-Gymnasium geschlossen habe. Und weil man die laufenden Ausgaben einfach minimiert habe.

Er wisse nicht, wie es Herrn Reinz gehe. Vielleicht habe er wirklich das Gefühl, dass es ihm gut gehe. Er habe seinen Antrag durchbekommen. Er wisse ganz genau, es werde nichts stattfinden ohne Haushalt. Die Eltern seien, soweit er sehe, nach Hause gegangen und glauben, jetzt werde alles gut. Das Gebäude bleibe. Aber sobald ein Problem komme, habe man kein Geld und über Neubau brauche man gar nicht zu reden. Das sei die Frage, die man heute klären müsse. Sei man wirklich nicht in der Lage, auch wenn man dem einen oder anderen weh tun müsse, in der Gesamtheit?

Er sitze nicht im Kellerchen, er sei im Kreistag unterwegs und er sei Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises. Wie man hier sitze sei man Kreistagsmitglied des Unstrut-Hainich-Kreises.

Gerichtet an Frau Croll sage er, er möge in seiner Art und Weise sehr emotional und für den einen oder anderen vielleicht zu direkt sein, aber wenn sein stellvertretender Landrat zu einer Veranstaltung gehe, als stellvertretender Landrat und Stimmung mache, indem er brülle, Zanker will Zank und dann Lehrer, Eltern und Schüler sich gemüßigt fühlen, ihn auch persönlich zu beleidigen, Zanker setzen, Zanker sechs setzen, dann frage er sich erst einmal, wo sei der Anstand von Lehrern, Eltern und Kindern eines Gymnasiums, bevor sie ihm vorwerfen können, dass er emotional für den Unstrut-Hainich-Kreis kämpfe.

Die CDU könne froh sein, dass seine Frau nur das angedeutet habe. Er wollte hier ein Referat halten, weil er auch Herrn Urbach gesehen hatte. Weil Gemeinden gegangen seien, vielleicht auch weil es nicht mehr gegangen sei, ihre Rahmenbedingungen nicht in Griff gekriegt haben, gesagt haben, dann lieber gehe man auseinander, jeder suche seinen Weg, koste es dem Unstrut-Hainich-Kreis mindestens 11 Mio. EUR.

Die Kreistagsmitglieder haben gemeinsam mit ihm beschlossen, dass man vors Verfassungsgericht gehe. Hier tun alle so, als wenn man Millionen zu verschenken habe. Nein, Gemeinden seien gegangen und das waren CDU-Bürgermeister, weil gesagt worden sei, die CDU könne alles und er nichts. Er werfe das nicht vor, wenn nicht davon angefangen worden wäre.

Herr Kunze gab bekannt, dass er denke, dass diese Sitzung neben der letzten Kreistagssitzung am 21.02. eine ganz besondere sei. Das habe man heute schon öfters gehört. Vielleicht lege man hier als Kreistagsmitglied eine Prüfung vor den Wählern und vor allem vor den Kindern der Region Nottertal-Heilinger Höhen und den Kindern der Förderschule Bad Langensalza ab.

Die heutigen drei Tagesordnungspunkte 20, 21, 22 berühren ihn sehr, um nicht zu sagen, sie stimmen ihn sowohl traurig, zornig als auch verständnislos. Wie müssen sich die Schüler und Schülerinnen nach der letzten Kreistagssitzung fühlen? Er wiederhole sinngemäß die Aussage des Landrates, die Lehrer kosten Geld, die Schulen kosten Geld. Ein Vorwurf an die Schüler und Schülerinnen, dass sie ein Kostenfaktor in unserer Gesellschaft seien. Er könne den Landrat leider nicht ansprechen, da er nicht da sei.

Er erinnere den Landrat höflichst daran, dass die Kinder die Zukunft seien, gerade für Deutschland als innovatives Land. Kinder mit einer guten Schulausbildung seien die Ingenieure, Techniker, Facharbeiter und Handwerker von morgen. Wie Erdöl, Gas oder Gold für andere Länder seien es die Fachkräfte, die den Wohlstand erhalten. Deutschland sei das Land der Dichter und Denker. Man habe derzeit viel zu viele Dichter, man brauche wieder mehr Denker.

Auch die nachfolgenden zwei Sätze gehören zur Wahrheit dazu, wie Herr Zanker des Öfteren anmerkte: Er glaube, wer die jetzige gesellschaftliche Situation, die außenpolitische Lage, in der man sich befinde, nur halbwegs einordnen könne, der komme zu einem eindeutigen Ergebnis. Es gehe hier nicht nur um die Schließung eines Gymnasiums und einer Förderschule, nein es gehe hier um viel mehr. Es gehe hier um die Kinder und deren Bildung, die man für eine solche Politik opfern müsse, die man kurz und knapp als wahnsinnig bezeichnen müsse, diese Politik. Nein, das dürfe man als Eltern, Großeltern und Bürger dieser Region nicht zulassen und eben auch nicht die Kreistagsmitglieder, denn man habe es in der Hand.

Wie werde jeder Einzelne die heutige Prüfung bestehen oder auch nicht? Vor allem, welche Punkte, Themen und / oder Sachverhalte beziehe man in seine Entscheidungsfindung mit ein?

Ausgangspunkt sei die Haushaltssituation des Unstrut-Hainich-Kreises für das Jahr 2023, ein Defizit im zweistelligen Millionenbereich. Für ihn persönlich stellen sich folgende Fragen:

Warum wurde der Kreistag nicht schon zum Ende des letzten Jahres über die diffuse Finanzlage informiert und schon mit einbezogen?

Welche Alternativen zur Schulschließung und deren Kosteneinsparung habe die Verwaltung hinsichtlich Einsparmöglichkeiten aufgezeigt, über die man als Kreistag diskutieren und entscheiden könne?

Wie zur letzten Sitzung schon angemahnt, so ein sensibles Thema müsse im Vorfeld umfassend und ausführlich kommuniziert werden und vor allem unter Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2023. Dieser Haushaltsentwurf wurde den Kreistagsmitglieder erst vor wenigen Tagen zur Verfügung gestellt.

Zur letzten Sitzung hatte man eine umfassende umfangreiche Präsentation und Zahlenwerk vorgestellt bekommen. Wie auch zu dieser letzten Veranstaltung schon angesprochen, möchte er den Faden zum Thema Kosten und Vergleichbarkeit hier nochmals aufnehmen. In dieser Präsentation wurde ja mehrfach durch Herrn Zanker auf den Punkt hingewiesen, Vorgabe des Thüringer Schulgesetzes. Die Vorgaben an den Landkreis, sparsam und wirtschaftlich zu handeln seien fortlaufend zu beachten. Dazu müsse man als Kreistagsmitglied auch die entsprechenden Zahlen bekommen, die man auch vergleichen könne.

Er hatte Herrn Zanker nachfolgend einen umfangreichen Fragekatalog zugeschickt. Auf die Fragen wolle er jetzt nicht im Einzelnen eingehen. Nur so viel, die Kernfrage für ihn sei unter anderem Folgende:

Welche Ausgaben seien denn nun an den einzelnen Schulen in der Trägerschaft des Unstrut-Hainich-Kreises je Schüler und Schülerinnen innerhalb der letzten acht Jahre zum Beispiel pro Jahr ausgegeben worden?

Er hatte das letzte Mal schon zitiert, laut der Zeitung PUR vom 03.02.2022 beliefen sich die Kosten im Schnitt pro Schüler pro Jahr 2020 auf 8.500 EUR in Gesamtdeutschland. Von dieser Summe entfielen ca. 1.700 EUR auf Investitionen und laufende Kosten. Herr Ramelow habe in den sozialen Medien vor wenigen Stunden von 1.300 EUR gesprochen.

Herr Schmalz sprach Herrn Kunze an. Er wolle ihn nicht unterbrechen, habe aber gesehen, dass es noch mehrere Seiten seien. Er bitte, wenn die Möglichkeit bestehe, sich aufgrund der Dauer der Sitzung und der Debatte möglichst kurz zu fassen.

Herr Kunze fuhr fort und merkte an, dass er zusammenfassen werde.

Interessant wäre natürlich, wie man auf diese Zahl zugreifen könne. Ihm liege noch ein viel größerer statistischer Wert als die 1.700 EUR vor. Er hatte sich jetzt schon mal die Zeit genommen und für Schlotheim die Kosten zusammengefasst: Grundschule, Regelschule und Gymnasium der letzten fünf Jahre. Natürlich liegen die letzten zwei Jahre noch nicht vor, aber da habe er den Haushaltsansatz als Grundlage genommen. Er komme zu folgendem Ergebnis:

Die durchschnittlichen Kosten pro Schüler auf allen Schulformen am Standort Schlotheim liegen letztendlich bei ca. 860 EUR pro Jahr und Schüler. Somit wäre ein Campusmodell bildungstechnisch wie auch wirtschaftlich gesehen ein tragfähiges Konzept. Für die Kreistagsmitglieder und auch als Entscheider sei ein Aufstellen der Kosten aller Schulen pro Schüler für die kommende Schulnetzplanung zwingend erforderlich. Es wäre auch gut, wenn man das im Vorfeld schon hätte.

Ähnlich wie bei der Aufstellung sehe er es auch bei dem Thema Fahrtkosten, diese zu bewerten. Wie transparent und nachvollziehbar seien denn hier die Kosten? Für ihn seien sie es nicht. Wenn man schon eine Gegenrechnung aufmache, dann bitte verständlich.

Welches Thema eigentlich heute ganz zu kurz gekommen sei und das möchte er jetzt natürlich ansprechen, das sei die fehlende Buslinie, die Buslinie Bothenheilingen und Kleinwelsbach. Da müsse er dem Landrat sagen, für ihn habe er die Buslinie von Anfang an boykottiert. Zum einen sagte er, es fehle die Konzession, was seines Erachtens nicht stimme. Dann sei kein Geld für die Einrichtung einer solchen Strecke da gewesen. Jetzt gebe es keine Busse mehr und auch keine Busfahrer.

Eine weitere Frage bei seinem Fragekatalog bezog sich auf die schulpflichtigen Kinder der Ortschaften Bothenheilingen und Kleinwelsbach. Sage und schreibe 39 schulpflichtige Kinder könnten den Schulstandort Schlotheim noch zusätzlich besuchen. Dazu möchte er noch erwähnen, dass laut Geburtsregister bis jetzt 41 Kinder in den kommenden sechs Jahren von Bothenheilingen und Kleinwelsbach eingeschult werden möchten und müssen.

Des Weiteren sei ergänzend noch zu sagen, wenn so eine Buslinie bestehen würde, wäre die Möglichkeit auch da, dass Kinder von Großwelsbach, diese Schulbuslinie nutzen könnten, um die Schulen in Schlotheim zu besuchen. Er glaube, das haben sich viele Kleinwelsbacher und Bothenheilinger anders vorgestellt, als sie sich für die Gemeindefusion zur Stadt Nottertal-Heilinger Höhen im Jahr 2018 und 2019 entschieden hatten.

Bevor er noch zu einigen abschließenden und ebenfalls ganz wichtigen Punkten komme, erlaube der Landrat ihm noch eine Frage:

Was komme auf die Schlotheimer, auf die Bürger der Stadt Nottertal-Heilinger Höhen noch zu, wenn es um das Thema Flüchtlinge gehe? Was sei geplant? Auf was müsse man sich noch gefasst machen, im Besonderen bei der Gemeinschaftsunterkunft Obermehler, denn dort seien auch noch schulpflichtige Kinder.

Herr Schmalz bat Herrn Kunze beim Thema zu bleiben.

Herr Kunze fuhr fort. Er sei beim Thema.

Dort in dieser Gemeinschaftsunterkunft seien auch noch schulpflichtige Kinder.

Herr Schmalz erwiderte, er habe Fragen zur Gemeinschaftsunterkunft gestellt und das sei nicht das Thema.

Herr Kunze fuhr fort.

Dort seien auch noch schulpflichtige Kinder, die wahrscheinlich dem Schulstandort zugeführt werden müssen. Also derzeit seien dort 800 Flüchtlinge wohl untergekommen und es soll weiter hochgefahren werden. Also eine Gemeinde, eine Stadt wie Schlotheim, Obermehler beziehe er mit ein, zu belasten mit 1.200 Flüchtlingen, naja.

Was sollte man bei der Entscheidungsfindung noch berücksichtigen, als gewünschte Vertreter mit einem Wählerauftrag?

Er frage den Landrat, wie bewerte er das Ergebnis der Petition von über 8.000 Stimmen, die sich für den Schulstandort Seilergymnasium und der Förderschule ausgesprochen haben? Hatte die Verwaltung die Möglichkeit, diese Petition zu prüfen? Könne man das bei der Entscheidungsfindung als Kreistagsmitglied einfach so ignorieren?

Die BSO, die Bürgerinitiative Soziale Ordnung, hatte spontan eine Unterschriftensammlung für den Erhalt des Seilergymnasiums angestoßen, mit dem Ergebnis von 3.093 Unterschriften. Zwei Muttis haben sich mehrere Tage hingesetzt und haben diese Listen ausgewertet, recht vielen Dank noch mal. Er würde diese Mappe, diese Unterschriftenliste übergeben. Es gebe auch hier ein Ergebnis schon: 77 % der Unterschriften waren von Bürgern aus dem direkten Einzugsgebiet des Gymnasiums, darunter waren auch viele Wähler vom Landrat und über alle Parteien hinweg. Daran wolle er nur kurz erinnern.

Müsse man das bei seiner Entscheidungsfindung berücksichtigen?

Am 10.02.2023 wurde ein Schreiben von den Unternehmern und Gewerbetreibenden der Region Nottertal-Heilinger Höhen verfasst. In diesem Schreiben hatte sich die Unternehmerschaft und auch viele ihrer Angestellten eindeutig und unmissverständlich für den Erhalt des Seilergymnasiums ausgesprochen. Die Kreistagsmitglieder müssen die Belange von Unternehmern und deren Angestellten bei dieser Entscheidung beachten bzw. was habe man mit Unternehmern zu tun?

Schreiben der Handwerkskammer vom 07.02.2023 zur Befürwortung des Schulversuchs Handwerkergymnasium in der Absichtserklärung vom 24.06.2020. Die Handwerkskammer würde sehr gern das Seilergymnasium bei der Umsetzung als Handwerkergymnasium unterstützen. Viele Handwerksunternehmen suchen Fachkräfte und vor allem auch Nachfolger für Handwerksunternehmen, deren Inhaber in den wohlverdienten Ruhestand gehen möchten. Können die Kreistagsmitglieder bei der Unterstützung des Handwerks mitwirken bzw. nur einen kleinen Beitrag leisten für die Stärkung von kleineren und mittelständischen Handwerksunternehmen der Region?

Es hatte mehrere Schreiben von Unternehmern und Bürgern an Vertreter der Landesregierung für den Erhalt des Seilergymnasiums und der Förderschule gegeben. Das eine oder andere Schreiben sei den Kreistagsmitgliedern bekannt. Sollte das die Kreistagsmitglieder in ihrer Entscheidungsfindung beeinflussen?

Heute sei wieder eine größere Aktion der Schüler und Eltern vor dem Versammlungsgebäude und man habe um das Seilergymnasium und das Förderzentrum gekämpft.

Herr Schmalz bat Herrn Kunze zum Ende zu kommen.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Kunze bedankte sich bei Herrn Groß für den Hinweis.

Wer die Reden der Schüler und Eltern bei dieser Veranstaltung gehört habe, der wisse, wie emotional, ehrlich und überzeugend diese Beiträge waren. Er denke, man sei nicht nur Kreistagsmitglied, sondern auch Eltern, Großeltern, Tanten oder Onkels und solche Aktionen und Beiträge der Eltern und Schüler sollten einen berühren.

Er komme nun zum Schluss seiner Ausführungen:

Es gebe einen beschlossenen Schulnetzplan bis 2025/26 und an dem sollte man als Kreistag festhalten. Er bitte alle Kreistagsmitglieder, den Antrag eines geänderten Schulnetzplanes abzulehnen.

Abschließend habe er noch folgende Anmerkung: Die Stadt sollte sich intensive Gedanken machen, ob ein Wechsel in den Kyffhäuserkreis nicht nur hinsichtlich des Schulstandortes, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zweckmäßiger sei. Ebeleben und Nottertal Heilinger-Höhen können zu einem Mittelzentrum aufsteigen und dem ländlichen Raum neue Impulse geben und darüber hinaus stärken.

Zu den Ausführungen des Herrn Zanker vorhin zu Herrn Reinz, da hatte er gesagt, so hatte er es verstanden, dass die Kreisverwaltung angegriffen und kritisiert worden sei hinsichtlich ihrer Arbeit. Wer sich erinnern könne, zu Beginn der Veranstaltung hatte die Fa. Rödel & Partner ihre Ausführungen gegeben, wie viel Beratungsunternehmen hatte es gegeben, vier, fünf, die die Kreisverwaltung unterstützt haben in den letzten 25 Jahren?

Herr Schmalz unterbrach Herrn Kunze. Es laufe gerade wieder ein Stück vom Thema weg.

Herr Kunze fuhr fort.

Das sei noch mal der Hinweis gewesen. Er denke, dieser gehöre hier der Fairness und der Wahrheit halber dazu. Er merke, er solle abgewürgt werden. Dann beende er hiermit seine Ausführungen.

Herr Schmalz entgegnete, dass er niemanden abwürgen wolle.

Es gebe nun zwei Anträge zur Geschäftsordnung, von Frau Croll und Herrn Dr. Bruns, die man nacheinander anhören werde. Dann entscheide er, welcher der weitergehende Antrag sei.

Frau Croll beantragte im Namen der CDU-Fraktion „Ende der Debatte“. Sie denke, aus jeder Fraktion habe es jetzt genügend Redner gegeben.

Herr Schmalz gab bekannt, dass er dem Klopfen von Herrn Dr. Bruns entnehme, dass er denselben Antrag stellen wollte.

Zum Antrag „Schluss der Aussprache“ nach § 20 der Geschäftsordnung sei zu schauen, dass jede Fraktion zu Wort gekommen sei. Der Vollständigkeit halber wolle er sagen, wer noch auf der Rednerliste stehe: Herr Kirchner, Herr Kubitzki, Herr Poppner und Herr Gaßmann.

Dann gebe er noch den Hinweis, dass es auch noch den Antrag auf „Schluss der Rednerliste“ gebe.

Er stelle nun den Geschäftsordnungsantrag „Ende der Debatte“ zur Abstimmung.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Herr Schmalz stellte fest, dass damit die Debatte beendet sei.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Schmalz gab bekannt, dass es „Schluss der Debatte“ und das Schließen der Rednerliste gebe und man über „Schluss der Aussprache“ abgestimmt habe. Das seien zwei unterschiedliche inhaltliche Punkte. Jetzt sei die Aussprache mit dem Zustimmen zu diesem Geschäftsordnungsantrag beendet.

Es gab verschiedene Zwischenrufe aus dem Saal.

Herr Schmalz stellte fest, dass er mit Blick in die Geschäftsordnung Herrn Gaßmann Recht geben müsse. Unabhängig und auch bei Zustimmung des Antrages müssen alle Fraktionen zu Wort gekommen sein. Das sei hier nicht der Fall. Insofern habe Herr Gaßmann das Rederecht.

Herr Gaßmann führte aus, dass er länger überlegt habe, vielleicht zu lange, sich heute zu melden, da es ja eine hitzige Debatte sei. Zuerst einmal wolle er allen Respekt sagen, die für den Schulstandort kämpfen, insbesondere auch Herrn Roth, der seit Beginn der Diskussion sehr für den Schulstandort gekämpft habe, aber auch die Eltern und Lehrer. Das gehöre einfach zur Fairness dazu.

Das Thema Haushaltskonsolidierung sei erstmal kein Thema mit dem die GRÜNEN dieses Thema vorrangig betrachten, sondern ihnen gehe es tatsächlich um das Thema Bildungsqualität. Wenn man sich anschaue, dass man hier über das drittkleinste Gymnasium in Thüringen spreche und darüber, dass man hier eine Oberstufe haben mit 43 Schülerinnen und Schülern, habe man einfach Zweifel daran, dass das Seilergymnasium den Anforderungen entspreche, die man an ein Gymnasium in Thüringen stellen müssen.

Er durfte ja als Bildungsausschussvorsitzender die Anhörung zum Seilergymnasium verfolgen. In der Anhörung habe man auch über verschiedene andere Möglichkeiten diskutiert. Die Thüringer Gemeinschaftsschule war ein Thema und man musste leider feststellen, dass Grund- und Regelschule kein wirkliches Interesse daran haben, dafür zu sorgen, dass man ein gymnasiales Schulangebot bis zur Klasse 10 in Schlotheim ermöglichen könne. Das wäre aus Sicht der GRÜNEN die einzige Möglichkeit gewesen, tatsächlich ein gymnasiales Bildungsangebot in Schlotheim vorzuhalten. Insofern sei das Festhalten an der Dreigliedrigkeit für sie erst einmal keine Lösung.

Nichtsdestotrotz hätte das Vorgehen der Verwaltung besser sein können. Die Informationen hätten früher kommen können, auch die Schreiben an die Eltern. Das sei aber im Nachhinein vergossene Milch und man könne es nicht mehr ändern.

Abschließend wolle er sagen, die GRÜNEN werden dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Für die GRÜNEN sei das auch eine Entscheidung in Richtung Bildungsqualität.

Man hätte sich gern andere Wege gewünscht, aber es sei auch klar, der Kreistag könne den Schulen nicht oktroyieren, dass man eine Kooperation eingehen müsse, sondern das müsse vor Ort gewollt sein, müsse in dem Kollegium gewollt sein. Auch das Schulgesetz habe da seinen Mangel, dass gemeinsame Schulleitungen nicht gehen, wenn Gemeinschaftsschulen zusammengelegt werden. Das verhindere einfach auch manches und da werde man auf Landesebene dafür kämpfen müssen, dass es da Veränderungen gebe. Die GRÜNEN werden jetzt erst mal hier diesem Vorschlag so folgen.

Herr Schmalz stellte fest, dass damit jede Fraktion das Rederecht hatte.

Gerichtet an Herrn Kirchner gab er bekannt, dass es im leidtue. In der Geschäftsordnung stehe, sich davon zu überzeugen, dass jede Fraktion Gelegenheit hatte, ihre Argumente vorzutragen. Das treffe leider auf fraktionslose Mitglieder nicht zu.

Er erteilte Herrn Poppner für eine persönliche Erklärung das Wort.

Herr Poppner gab eine persönliche Erklärung ab:

„Ganz kurz hier, es geht um Hass und Hetze. Herr Shevchenko, mein Großvater mütterlicherseits ist in Lemberg geboren. Das ist der polnisch besetzte Teil der Ukraine, kam 39 Hitler Stalinpakt in den Warthegau, ist dann Soldat geworden, kam 46 aus der Gefangenschaft nach Mühlhausen, hat hier seine Aufbauarbeit geleistet. Sie haben unter anderem von meinen Steuergeldern hier gelebt und haben bisher keine produktive Arbeit geleistet.“

Herr Schmalz unterbrach Herrn Poppner. Persönliche Angriffe seien zu unterlassen.

Herr Poppner fuhr fort:

„So und noch dazu: Ich bin verheiratet seit 10. September mit einer Tatarin, russische Staatsbürgerin. Hass und Hetze mit mir nicht. Danke.“

Herr Schmalz gab bekannt, dass man nun zur namentlichen Abstimmung komme.

Herr Kirchner redete vom Platz.

Herr Schmalz erwiderte, dass Ende der Debatte als Geschäftsordnungsantrag beschlossen worden sei. Das Verfahren regele die Geschäftsordnung und daran habe er sich gehalten. Nun komme man zur Abstimmung.

Gerichtet an einen Besucher forderte Herr Schmalz auf, dass Aufnahmen nicht gestattet seien. Dies sei sofort zu unterlassen und die Aufnahme sei zu löschen.

Herr Schmalz rief zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussvorlage auf, die wie folgt lautet:

1. „Das staatliche Gymnasium „Seilergymnasium“ in 99994 Nottertal-Heilinger Höhen, Heilinger Straße 9 wird, vorbehaltlich der Zustimmung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums, mit Wirkung zum 31.07.2025 geschlossen.

Ab dem Schuljahr 2023/2024 werden keine Schüler mehr in Klasse 5 aufgenommen.

Die Schüler der künftigen Klassen 6 bis 8 (jetzigen 5 bis 7) melden sich zum Schuljahresbeginn 2023/2024 um; insb. die aus dem Unstrut-Hainich-Kreis am Staatlichen Gymnasium – Tilesiusgymnasium – in Mühlhausen bzw. am Staatlichen Gymnasium –Salzagymnasium – in Bad Langensalza. Auch die Anmeldung an den anderen Gymnasien im Unstrut-Hainich-Kreis ist möglich.

Die Schüler der künftigen Klassen 9, 11 und 12 (jetzigen 8,10 und 11) können bis zum Schuljahresende 2024/2025 noch am Standort des Seilergymnasiums im Altbaugebäude unterrichtet werden und melden sich sodann um bzw. haben ihr Abitur erlangt. Die Schüler der künftigen Klasse 10 (jetzige 9) wählen sich ab dem Schuljahr 2024/2025 bereits an andere Gymnasien (Kurssystem) ein, so dass die Klassenstufe 10 nur noch das Schuljahr 2023/2024 am Standort Schlotheim absolvieren und zum Schuljahresbeginn 2024/2025 in ein anderes Gymnasium umgemeldet sind.

2. Das angemietete Gebäude der ERGE Kommunalfonds Ost Gymnasium Schlotheim GbR wird zum 31.12.2023 zurückgegeben.“

Namentliches Abstimmungsergebnis:

Name	*Abstimmung*
CDU-Fraktion	
Conrad, Matthias	Nein
Croll, Jane	Nein
Holzapfel, Elke	Nein
Hunstock, Manfred	Nein
Kühler, Tobias	Nein
Lehmann, Annette	Nein
Lutze, Karsten	Nein
Mascher, Reinhard	Nein
Roth, Hans-Joachim	Nein
Dr. Scharf, Eberhard	Nein
Schmalz, Jeremi	Nein
Zunke-Anhalt, Klaus	Nein
SPD-Fraktion	
Dr. Bruns, Johannes	Ja
Gött, Jürgen	Ja
Henning, Andreas	Ja
Kleemann, Dagmar	Ja
Klupak, Jörg	Ja
Niebuhr, Matthias	Enthaltung
Shevchenko, Oleg	Ja
Wacker, Martin	Ja
Zanker, Claudia	Ja
Zanker, Harald	Ja
AfD-Fraktion	
Görbig, Iven	Nein

Name	*Abstimmung*
Kleinschmidt, Angelika	Nein
Kleinschmidt, Detlef	Nein
Lindner, Andreas	Nein
Poppner, Ronny Hermann	Nein
Sell, Stefan	Nein
Fraktion Freie Wähler Unstrut-Hainich	
Montag, Karl-Josef	Nein
Reinz, Matthias	Nein
Riemann, Jan	Nein
Wronowski, Torsten	Nein
Zehaczek, Uwe	Nein
Fraktion DIE LINKE	
Eger, Cordula	Nein
Kubitzki, Jörg	Ja
Ortmann, Monika	Nein
Pollak, Petra	Nein
Rebenschütz, Anja	Ja
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Gaßmann, Tino	Ja
Schlegel, Edgar	Ja
FDP-Fraktion	
Groß, Marko	Nein
Dr. Kappe, Alexander	Ja
fraktionslose Kreistagsmitglieder	
Kirchner, Björn Guido	Nein
Kunze, Jens	Nein

Die Beschlussvorlage wurde mit 14 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Landrat meldete sich zur Geschäftsordnung.

Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses ziehe die Verwaltung folgende Tagesordnungspunkte zurück:

- TOP 22: Fortschreibung Schulnetzplan - Standortwechsel der Grundschule Schlotheim zum 01.08.2026

- TOP 23: Beschluss der 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Unstrut-Hainich-Kreises für den Zeitraum 2023 – 2025

- TOP 24: Beschluss des Antrages auf Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 Abs. 2 Ziffer 1 Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG)

- TOP 25: Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 sowie des Finanzplanes für den Zeitraum 2022 - 2026 des Unstrut-Hainich-Kreises und Verweisung in die Ausschüsse außer Rechnungsprüfungsausschuss

- TOP 29: Öffentliche Ausschreibung Nr. 082-2022-UHK-IT_Los 1: Umsetzung Digitalpakt Grund- und Regelschule Schlotheim – Elektroinstallation

- TOP 36 im nichtöffentlichen Teil: Offenes Verfahren Nr. 178-2022-UHK-BKR: Kommunikationssystem Zentrale Leitstelle Unstrut-Hainich-Kreis

Herr Schmalz gab bekannt, dass damit der gesamte nichtöffentliche Teil wegfalle, da TOP 37 – Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse – sich erledigt habe.

Er würde die Kreistagssitzung nun um zwei Minuten unterbrechen, um sich mit der Verwaltung abzustimmen, inwieweit bestimmte Tagesordnungspunkte aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit noch mal vertagt werden können.

Herr Schmalz unterbrach um 21:16 Uhr die Kreistagssitzung für

Herr Schmalz setzte um 21:19 Uhr die Kreistagssitzung fort.

Herr Schmalz gab bekannt, dass er in Abstimmung mit der Verwaltung beantrage, folgende zwei Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung zu vertagen:

- TOP 26: Ergänzungswahl eines Kreistagsmitgliedes der CDU-Fraktion und eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich

- TOP 32: Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigen Mitgliedes der AfD-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss

Er rief zur Abstimmung über diesen Vorschlag auf. Dieser wurde mehrheitlich mit 3 Enthaltungen angenommen.

Herr Schmalz gab bekannt, da die TOP 22 bis 25 von der Verwaltung zurückgezogen wurden und TOP 26 vertagt worden sei, rufe er nun TOP 27 auf.

Zum TOP 27

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/465/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung von Katharina Mock zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes - vor.

Der Landrat gab bekannt, dass sowohl dieser als auch der nächste Tagesordnungspunkt mit personellen Veränderungen im Rechnungsprüfungsamt einhergehen. Er werde gleich beide Tagesordnungspunkte zusammen begründen:

Frau Mock sei seit 01.01.2016 beim Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis beschäftigt und nunmehr seit 01.05.2022 im Rechnungsprüfungsamt tätig. Sie besitze die Qualifikation als Diplom Sozialwirtin (FH) - Studiengang Sozialmanagement. Ebenso verfüge sie über mehrjährige praktische Berufserfahrung in der Kommunalverwaltung, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit/Jugendförderung.

Frau Duda sei seit 22.03.2021 beim Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis beschäftigt und nunmehr seit 01.02.2023 im Rechnungsprüfungsamt tätig. Sie besitze neben der Qualifikation als Verwaltungsfachangestellte ebenso den Abschluss als Verwaltungsfachwirtin (FL II - Abschluss 01/2023). Zudem verfüge sie über mehrjährige praktische Berufserfahrung in der Kommunalverwaltung (Landratsamt Sömmerda/Gemeinde Herbsleben).

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes wird Frau Katharina Mock bestellt."

Der Beschluss wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmenangenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/465-27/2023.**

Zum TOP 28

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/466/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung von Doreen Duda Mock zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes - vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes wird Frau Doreen Duda bestellt."

Der Beschluss wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmenangenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/466-27/2023.**

- *Hinweis:*
  TOP 29 wurde von der Tagesordnung genommen

Zum TOP 30

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/461/2022 lag die Verwaltungsvorlage – Vorschlagsliste des Unstrut-Hainich-Kreises für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Nordhausen - vor.

Herr Schmalz führte aus, dass die Amtszeit von zwei auf Vorschlag des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises berufenen ehrenamtlichen Richtern beim Sozialgericht Nordhausen ende und daher ein Ersatz vorzuschlagen sei.

Die Verwaltung schlage vor, über die gesamte Vorschlagsliste in Gänze abzustimmen. Sollte die Einzelabstimmung gewünscht sein, müssen zu jedem Bewerber sowohl die Ja-Stimmen, als auch die Nein-Stimmen und die Enthaltungen ausgezählt werden.

Alle Bewerber, die hier die erforderliche Mehrheit erhalten, werden auf einer Liste zusammengefasst und dem Sozialgericht gemeldet. Das Sozialgericht wählt dann von diesen Bewerbern zwei aus.

Herr Shevchenko gab bekannt, dass man sich interfraktionell abgestimmt habe. Man schlage vor, entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, einzeln über jeden Kandidaten abzustimmen.

Herr Schmalz merkte an, dass er dann jeden einzelnen Kandidaten aufrufen und die Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen auszählen werde. Alle Kandidaten, die über 50 % der Stimmen bekommen, verbleiben dann auf der Vorschlagsliste, die dem Sozialgericht übergeben werde.

Er rief zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf, über jeden Bewerber für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters einzeln abzustimmen auf.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen.

Herr Schmalz rief zur Einzelabstimmung über jeden einzelnen Bewerber wie folgt auf und gab das jeweilige Abstimmungsergebnis bekannt:

lfd. Nr.	*Name, Vorname*	*Geburtsjahr*	*Abstimmungsergebnis*		
			Ja	*Nein*	*Enthaltungen*
01	Blankenburg, Alexander	1980	6	27	4
02	Brombeer, Heike	1971	0	28	10
03	Friesen, Elena	1987	0	27	11
04	Fritzlar, Sandra	1977	0	28	13
05	Gröger, Anja	1969	6	25	9
06	Gröger, Anja	1974	3	25	9
07	Heinemann, Michaela	1969	1	24	13
08	Kirchner, Björn	1977	6	22	12
09	Kleidt, Isabel	1978	2	29	8
10	Kreusel, Susanne	1981	0	27	12
11	Marx, Reinhard	1961	0	30	11
12	Mittelsdorf, Mario	1958	0	28	12
13	Möller, Waldemar	1956	0	28	12
14	Nebert, Jan	1974	0	26	13
15	Otto, Bernhard	1954	29	6	5
16	Pallasch, Melanie	1983	29	3	7
17	Raethel, Roberto	1982	3	22	14
18	Saul, Marco	1975	1	23	14

lfd. Nr.	*Name, Vorname*	*Geburtsjahr*	*Abstimmungsergebnis*		
			Ja	*Nein*	*Enthaltungen*
19	Schulze, Hagen	1958	0	30	11
20	Stollberg, Michael	1959	0	28	12
21	Winkler, Karl-Heinz	1959	0	26	13

Damit werden Herr Otto, Bernhard und Frau Pallasch, Melanie für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Nordhausen vorgeschlagen.

Der Beschlusstext lautet:

„Die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste des Unstrut-Hainich-Kreises zur Bewerbung als ehrenamtliche Richterin / ehrenamtlicher Richter beim Sozialgericht Nordhausen wird bestätigt.

Anlage zum Beschluss-Nr.: KT/B/461-27/2023
der Kreistagssitzung am 06. März 2023

Vorschlagsliste des Unstrut-Hainich-Kreises für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Nordhausen

lfd. Nr.	*Name, Vorname*	*Geburtsjahr*	*jetzige Tätigkeit*
1	Otto, Bernhard	1954	Rentner
2	Pallasch, Melanie	1983	Lehrerin

Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/465-27/2023.**

Zum TOP 31

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/453/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Verlängerung des Mietvertrages für die Blöcke 4 und 5 der Wohnsiedlung Am Flugplatz Obermehler mit einer Kapazität von maximal 350 Plätzen für die Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage. Wichtig sei es zu unterstreichen, dass die finanziellen Mittel, die für diese optionale Geschichte zur Verfügung stehen, ausreichend seien und dass die Möglichkeiten, wie es sich auch in den letzten Jahren bewährt habe, eigentlich eine logische Konsequenz seien. Man wisse aber auch ganz genau, dass Alternativen im Moment nicht im Raum stehen. Er bitte um Zustimmung.

Herr Schmalz gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	6	0	0

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Landrat wir ermächtigt und beauftragt, den mit der Firma IPG V GmbH, Max-Planck-Straße 25, 63303 Dreieich am 25.10.2018 geschlossenen Mietvertrag bis zum 31.10.2028 zu verlängern."

Der Beschluss wurde mehrheitlich bei 34 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/452-27/2023.**

- *Hinweis: TOP 32 wurde vertagt*

Zum TOP 33
Beteiligungsbericht des Unstrut-Hainich-Kreises 2021

Der Landrat gab bekannt, dass der Beteiligungsbericht des Unstrut-Hainich-Kreises 2021 allen Kreistagsmitgliedern zugehe. Fragen können an das Kreistagsbüro bzw. in den Ausschüssen gestellt werden.

Zum TOP 34
Bericht des Landrates zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr. KT/B/407-24/2022 vom 05. September 2022 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne: Zustand der Löschwasserversorgung im Unstrut-Hainich-Kreis

Der Landrat führte aus, dass es der Antrag der GRÜNEN gewesen war, einmal jährlich, eigentlich immer zum Jahresende, über den Zustand der Löschwasserversorgung zu berichten. Der Bericht liege nun mit etwas Verspätung vor.

Der Bericht sei in Gänze sehr auskunftsträchtig. Man habe versucht, mit einzelnen Positionen immer auf einzelne Orte, Festlegungen, Probleme bzw. Maßnahmen hinzuweisen. Der Bericht diene der Information. Er sage nicht, dass man in all seinen Teilen dafür verantwortlich sei, weil das auch immer wieder hinterfragt werde. Der Kreis sei für den kreisübergreifenden, für den gemeindlich übergreifenden oder wenn der Katastrophenschutzfall eintrete, zuständig. Ansonsten sei es eine örtliche Aufgabe.

Zum Jahresende würde man dann einen erneuten Bericht geben.

Der Bericht gehe allen Kreistagsmitgliedern zu. Fragen können an das Kreistagsbüro gestellt werden.

Herr Roth verwies darauf, dass man im Büro des Landrates gesessen und bezüglich der Löschwasserproblematik gesprochen habe. Der Landrat hatte angedeutet, dass es eventuell Fördermittel seitens des Landes geben könnte. Liegen dazu bereits weitere Informationen vor?

Der Landrat antwortete, dass nach Kenntnis der Verwaltung die Förderrichtlinie in Arbeit sei. Eine Rückinformation, wie genau die Bedingungen seien, gebe es noch nicht. Es werde aber sicherlich ein Anhörungsverfahren über den Städte- und Gemeindebund bzw. den Thüringischen Landkreistag geben. Sobald hier etwas vorliege, werde man informieren.

Zum TOP 35

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/469/2023 lag die Verwaltungsvorlage - Übertragung der Zuständigkeit des Kreistages gem. § 26 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Unstrut-Hainich-Kreis bezüglich der Vergabe Brunnenstraße 94 – Natursteinfassade auf den Kreisausschuss – vor.

Der Landrat verwies auf seine Ausführungen zur Begründung der Dringlichkeit. Es gehe vorliegend darum, dass man diese Maßnahme in dem Zeitfenster bis Mai realisieren müsse. Aufgrund von Ausschreibungsproblemen musste eine Wiederholung erfolgen, da ein Subunternehmer diese Aufgabe nicht leisten konnte.

Damit nicht noch eine zusätzliche Kreistagssitzung wegen einer Vergabe stattfinden müsse, werde vorgeschlagen, die Zuständigkeit auf den Kreisausschuss zu übertragen. Er bitte um Zustimmung.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Entscheidung zur Vergabe aus der öffentlichen Ausschreibung Nr. 193-2021-UHK-ZD_Los 18 zur Herrichtung der Vorhangfassade mit Naturstein am Gebäude Brunnenstraße 94, in das das TLLLR einziehen wird, wird gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages auf den Kreisausschuss übertragen.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/469-27/2023.**

Damit war die Sitzung des Kreistages beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Schmalz
Kreistagsvorsitzender
(ab TOP 08, außer TOP 17)

Klupak
stellvertretender Kreistagsvorsitzender
(bis TOP 07 und TOP 17)

Junker
Schriftführerin